

Magazin
für junge
Leute

D 2835 E

6. Frankfurt/M. 1

Mai 5/68

1,- DM

el an



Hein & Oss

Ostermarsch im Bild

Protest '68

el an-Star-Story

**Karl Marx
150 Jahre**

Kurzfilmtage Oberhausen

**Zwischen Sex
und Notstand**



Lieber Leser,

das widerliche Beileidsgestammel der Prominenz in Bonn und Westberlin anlässlich des Attentats auf Rudi Dutschke ist verrauscht. Es konnte nicht vertuschen, daß dieser Mordversuch in einem Klima erfolgte, für das die große Kiesinger-Springer-Wehner-Schütz-Koalition verantwortlich zeichnet. Bild hat mitgekillt, denn Schlagzeilen wie diese: „Unruhestifter unter Studenten ausmerzen!“ — „Jetzt wird ausgeräumt!“ — „Rabatz-Studenten soll es nun an den Kragen gehen!“ sind nichts anderes als Mordhetze. Und auch Strauß schürte die Mordlust in seiner Vilshofener Hetzrede vom 28. Februar 1968: „Die ungewaschene und verdreckte und verlaute Kreatur Dutschke“.

Dem heuchlerischen Beileid in kleiner Münze folgte die Übung des Notstandes. Mit unerhörter Brutalität ging die Polizei in einigen Städten gegen Studenten und junge Arbeiter vor, die vor den Springer-Hochburgen demonstrierten. Am Mittwoch nach Ostern bot die Bundeshauptstadt das Bild einer Stadt, in der Bürgerkrieg herrscht: Heerlager der Bereitschaftspolizei mit Wasserwerfern und Panzerspähwagen auf den Rheinwiesen. Zur gleichen Zeit tagte in Wiesbaden der Hauptausschuß des Landtages hinter Barrikaden und Polizeiketten.

Der Versuch, die Demonstrationen der arbeitenden und studierenden Jugend in ein Alibi für die Durchpeitschung der Notstandsgesetze zu nutzen, wurde offenbar. Zwar warnte der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner die Regierung davor, diese Demonstrationen „als Vorwand für eine Forcierung ihrer Notstandspläne zu benutzen“. Er kündigte gleichzeitig an, ein solcher Versuch würde auf „den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften stoßen.“ Bonns Notstandsstrategen schlugen diese Warnungen in den Wind. Der tragische Tod des Münchener Pressefotografen Klaus Frings mußte herhalten, um die Stimmung gegen die außerparlamentarische Opposition weiter anzuhizen, um sie gegenüber der Bevölkerung in die Isolierung zu treiben.

Wozu der neue Notstandsminister Benda fähig ist, das demonstriert sein Vorschlag, für „Rädelsführer“ eine „vorbeugende Haft“ gesetzlich einzuführen. Das ist im Prinzip nichts anderes, als die berühmte Schutzhaft der Nazis, das bedeutet Konzentrationslager für oppositionelle Arbeiter und Studenten.

Was ist zu tun?

Wir müssen unseren Widerstand gegen die Notstandspolitik der Großen Koalition verstärken, weil sie den Nährboden schafft, auf dem Neo-Nazismus und Polizeiterror noch stärker gedeihen, und weil sie darauf abzielt, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu zementieren.

Die bisherigen Demonstrationen haben das tiefe Unbehagen, das nicht nur bei der Jugend vorhanden ist, deutlich gemacht, mit ihnen wurden die politischen Forderungen der Opposition ausgedrückt. Das war ihr Erfolg. Aber Sprechchöre, Transparente und Spuckzettel allein reichen nicht aus, die Menschen, die jetzt noch unseren Aktionen vom Straßenrand aus zuschauen, aktiv werden zu lassen. Was wir jetzt brauchen, das ist die Diskussion gerade mit ihnen, das ist das große Gespräch vor allem mit den Arbeitern in den Betrieben. Jetzt müssen wir alles tun, um das Bündnis zwischen Arbeiterjugend und Studenten, das Bündnis aller, die eine neue Politik in Bonn wollen, auszubauen. Anarchistische Rüpelspiele, die gerade bei den Arbeitern auf Ablehnung stoßen und die der Herstellung dieses Bündnisses abträglich sind, müssen dabei ausgeschaltet werden.

In diesem Sinne sollten wir die nächste große Aktion der außerparlamentarischen Opposition vorbereiten: den Marsch auf Bonn am 11. Mai!

Herzlichst Ihr

Karl Hubert Reichel

HERAUSGEBER
Bernhard Jendreyewski,
Pastor Horst Stuckmann,
Werner Weismantel,
Pfarrer W. Heintzeler

VERLEGER
Karl Heinz Schröder
Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR
Karl Hubert Reichel

VERANTWORTL. REDAKTEUR
H. J. Hennecke, Dortmund

LAYOUT
Dmitrij Werschbizkij

REDAKTION
46 Dortmund, Kuckelke 20
Tel. 57 20 10

VERLAG
Weltkreisverlags-G. m. b. H.
6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacher Straße 65

FRANKFURTER BÜRO
6 Frankfurt/M.,
Robert-Mayer-Straße 50
Tel. 77 38 03

PREIS INLAND
Einzelpreis DM 1,—
einschl. Mehrwertsteuer
Jahresabonnement DM 10,—
zuzügl. Zustellgebühr

KONTEN
Weltkreisverlag
Deutsche Bank Darmstadt
Kto.-Nr. 290 221
Postscheckkto. Frankfurt/M.
Kto.-Nr. 2032 90

PREISE AUSLAND

BELGIEN 15 Bfrs. / BULGARIEN 50 stc.
/ CSSR 2 Kr. / DANEMARK 2,30 dkr.
/ GROSSBRITANNIEN 3 sh. / IRLAND 3 sh.
/ FINNLAND 1,20 fmk. / FRANK-
REICH 1,50 ffrs. / ITALIEN 200 Lire
/ LUXEMBURG 15 ffrs. / NORWEGEN 2,75 nkr.
/ NIEDERLANDE 1,10 hfl. / ÖSTER-
REICH 10 Schilling / POLEN 1 Zloty
/ SCHWEDEN 2,25 skr. / SCHWEIZ 1,20 sfrs.
/ UdSSR 0,30 Rubel / USA u. a.
40 ct.

DRUCK: HOSCH GMBH., FRANKFURT

300 000!

Zu Ostern demonstrierte die „kleine radikale Minderheit“: 300 000 Menschen gingen für die Interessen von Millionen Arbeitern und Angestellten, Studenten und Schülern auf die Straße. Sie forderten: Demokratie statt Notstandsgesetze; soziale Sicherheit statt Rüstungshaushalt; Mitbestimmung in Betrieb und Schule statt Neofaschismus; stabile Friedensordnung statt militärische Machtpolitik.

Frieden für Vietnam statt Unterstützung der US-Aggression durch Bonn. Die Politiker der Großen Koalition sind nicht bereit und unfähig, eine Politik entsprechend diesen Forderungen zu entwickeln. Die Bonner Knüppeldemokraten bieten die staatliche Gewalt auf, um ihre Politik zu schützen. Das zeigt noch deutlicher die Gefahr, die von ihnen ausgeht: sie zerknüppeln heute schon

die Grundrechte, die sie morgen mit den Notstandsgesetzen abschaffen wollen. Die bessere Politik, die besseren Argumente würden auf dem Ostermarsch vorgetragen. Ihre Stärke wird sich erneut zeigen beim Sternmarsch auf Bonn am 11. Mai, wenn es konkret um die Verhinderung der Notstandsgesetze geht.



Polizei, Grenzschutz und Bundeswehrreservisten üben die Niederschlagung von Streiks und Demonstrationen. Mit den Notstandsgesetzen sollen über achtzig Grundgesetzänderungen und die Aufhebung der wesentlichsten Grundrechte durchgesetzt werden.

Aber Regierung und Springer behaupten, damit werde das Grundgesetz und die Demokratie geschützt.

Arbeiter haben Angst um ihre Arbeitsplätze. Die Preise steigen immer höher, weil die Rüstung das Geld wegfrisst.

Regierung und Springer aber sprechen vom sozialen Rechtsstaat.

Demonstranten beim Sitzstreik - Regierung und Springer sprechen vom Terror der Linken.



Mit Napalm, Gas und Giftstoffen begehen die USA Völkermord in Vietnam. Regierung und Springer sagen, daß die USA dort die Freiheit verteidigen.

Junge Arbeiter sehen im Marxismus eine Alternative, einen Weg zu einer gerechteren Gesellschaft. Regierung und Springer dagegen halten den Kapitalismus für die beste Gesellschaftsordnung.



Minister Schröder will weiterhin Atomwaffen. Minister Strauß lehnt den Atomwaffensperrvertrag ab. Die Regierung jedoch spricht vom „Gewaltverzicht“.

Polizeiknüppel gegen Demonstranten. Regierung und Springer sprechen von Ruhe und Ordnung.



Der Arbeiter Phillip Müller, der Student Benno Ohnesorg, der Student Rudi Dutschke wurden Opfer der Gewalt von rechts. Regierung und Springer sagen, die Opposition übe Terror aus.

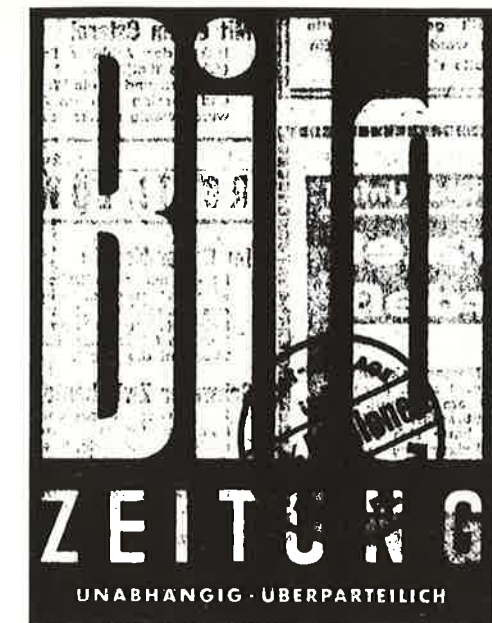
Auf nach Bonn am 11. Mai!

Die Widersprüche, die Gefährlichkeit der Politik der Großen Koalition ist deutlicher geworden. Die außerparlamentarische Opposition findet

immer mehr Zustimmung und Unterstützung. Deshalb die Hetze der Springer-Presse. Deshalb der brutale Polizei-Einsatz. Deshalb wurden

Straßenschlachten von der Polizei begonnen. Gegen friedliche Demonstranten. Die Regierung will die Notstandsgesetze durchpauken. Es gilt, diese

NS-Gesetze zu verhindern. Die außerparlamentarische Opposition hat die Kraft dazu. Wenn sie gemeinsam handelt.



hat mitge
schossen



BILD Stoppt den Terror der Jung-Roten jetzt!

Deutsche **National-Zeitung** R2295C
und Soldaten-Zeitung
18. Jahrg. / Nr. 7 / 18. Februar 1968
Heute mit Extrablatt DEUTSCHE NATION
Brecht Dutschkes Terror!
Stoppt die roten Banditen!

Wie der „Berliner Extradienst“ mitteilt: Innensenator Kurt Neubauer zu seinem Polizeipräsidenten Moch „Auf ein paar Tote kommt es nicht an.“

Gleiche Brüder, gleiche Kappen: Springer und Neonazis gemeinsam gegen Linke. Neonazi Bachmann wurde Werkzeug ihrer Hetze.

Jackenkragen zusammengezogen, erwarten wir den Segen, der unsere „Gemüter abkühlen“ soll. Schon klatscht es wolkenbruchartig zwischen uns, spült in Hemden, Schuhe und Jackentaschen. Wenige Sekunden Pause und das ganze geht wieder los.

Insgesamt viermal, dann ist der Wasserwerfer leer. Er rollt ab. Hinter sich läßt er tauende von Demonstranten, durchnäßt und frierend, aber unbeeindruckt durch diese Berührung mit der staatlichen Autorität. Auch ich bin klitschnaß. Arbeiter, Schüler und Studenten hauen sich diese kalte Nacht von Karfreitag auf Ostersonntag um die Ohren. Gut 24 Stunden nach den Schüssen auf Rudi Dutschke. Den meisten hier ist klar: es kann jetzt nicht darum gehen, ob Rudi Dutschke mit seinen Theorien ins Schwarze trifft, ob er Revolutionär oder Sektierer ist. Die Schüsse auf Rudi Dutschke galten uns allen, der demokratischen Opposition dieses Landes. Josef Bachmanns Attentat entwuchs haargenau der Atmosphäre, die die Springer, Schütz und Kiesinger in der Bundesrepublik und Westberlin bereiteten. Und nichts ist treffender als die Sprechchöre, die in dieser Nacht in vielen Städten zwischen Hamburg und München, Essen und Frankfurt gerufen werden: „BILD hat mitgeschossen.“ Springers Blätter, die jetzt auf dem Pflaster der Sachsenstraße druckfrisch verbrennen, haben seit Jahren Mordhetze gegen Oppositionelle geschürt. „Wir dürfen der Polizei die Dreckarbeit nicht alleine überlassen“ — und „Wer es wohlmeint mit Berlin, der jage endlich die Krawallradikalen zum Tempel hinaus...“ So befahl BILD, und Bachmann Fortsetzung auf Seite 27

Hans-Jörg Hennecke

An der Einbiegung der Essener Sachsenstraße kommt das Ungetüm von Wasserwerfer zum Stehen. Blaulicht rotiert auf dem Dach des Fahrzeugs. Mit zehn anderen Demonstranten hetze ich vom Eingang des Springer Druckhauses hinüber zu einem parkenden Mercedes. Hockend, die

Unterstützung für e l a n

ELAN 1 bis 4/66: „Johnson ist ein Mörder“, hatte e l a n festgestellt. Als deshalb ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde, solidarisierten sich mehr als 700 Leser mit ihrer Zeitschrift durch eine Selbstanzeige.

Ich habe für e l a n DM 15,— abgeschickt. Von mir wurde die Zeitschrift abbestellt. Nun aber nach diesem Vorgehen der Justiz zahle ich ein weiteres Jahr weiter für diesen so gerade und aufrichtigen e l a n. Der Krieg in Vietnam ist ein Verbrechen mit all seinen Grausamkeiten, die Johnson mit Gift, Phosphor, Splitterbomben und grausamen, unmenschlichen Vergewaltigungen der Zivilbevölkerung begeht. Auch ich habe einen direkten Grund, diese Kriegsverbrechen zu verurteilen. Im letzten Krieg verlor ich meine ganze Familie; sie wurde auf der Straße von Phosphor verbrannt. WALTER FICHTNER, Hamburg

Nachzuvollziehen, wer verantwortlich ist für den Völkermord in Vietnam, dürfte nicht schwer sein. Wir wissen wo die Fäden der Macht zusammenlaufen. Das „Russel-Tribunal“ hat die Regierung der USA des Völkermordes schuldig gesprochen. Kopf dieser Regierung ist Präsident Johnson. Und wenn deshalb in Ihrer Zeitung zu lesen stand: Johnson ist ein Mörder! so ist dies nur die einzige richtige und mögliche Konsequenz daraus. Dem wäre nunmehr nichts hinzuzufügen, gäbe es nicht noch deutsche Behörden, die zu Bütteldiensten bereit sind. Solidarität

und Unterstützung jetzt also nicht nur für das vietnamesische Volk, sondern auch für ELAN. KLAUS LINSEL, Köln

Wesentlicher Unterschied

Für die Praktizierung der Demokratie in der Bundesrepublik plädiert ein Leser aus Aachen. Er fand Unterschiede zwischen der DDR und der BRD.

In der DDR wurde der Entwurf einer neuen Verfassung von der Bevölkerung durchdiskutiert. Schon die erste Verfassung von 1949 wurde dem Volke zur Kritik unterbreitet, eine Tatsache, die in der Bundesrepublik noch wenig bekannt ist. An der Ausarbeitung unseres Grundgesetzes war kein Bundesrepublikaner beteiligt, mit Ausnahme der führenden Politiker, die mit „freundlicher Unterstützung“ der westlichen Besatzungsmächte das Grundgesetz entwarfen. Eine Diskussion im Volke widersprach anscheinend dem Demokratiebegriff der damals politisch Herrschenden. Ob sich in den vergangenen 20 Jahren bei uns etwas geändert hat, läßt sich am Beispiel der Notstandsgesetze feststellen. Zu diesen Gesetzen ist bisher noch kein Bundesbürger aufgefordert worden Stellung zu nehmen. Aber man merke sich: Wir leben in einem demokratischen Staat! Und wo ist da ein Unterschied, ob das dumme Volk oder ein parlamentarischer Rat an der Gesetzgebung beteiligt ist? Demokratie bedeutet, daß das Volk entscheidet, und

Briefe

zwar nicht nur bei den Wahlen, sondern vor allem in der darauf folgenden Wahlperiode. Es muß das politische Geschehen aufmerksam verfolgen und den Willen zur Kontrolle deutlich zeigen. Deshalb sind die Demonstrationen äußerst wichtig als Zeichen dafür, daß die Bevölkerung mit Entscheidungen der von ihnen gewählten Politiker nicht einverstanden ist. PETER TYMISTER, Aachen

Weltgendarm USA

ELAN 3/67: „Mister Johnsons Killer“: Den Augenzeugenbericht eines Arztes sowie Fotos der Napalmopfer in Vietnam veröffentlichte e l a n als erste Zeitschrift.

Jeder kann es miterleben, je näher die Wahlen in den USA herandrücken, um so mehr verschärfen die USA-Imperialisten und die anderen reaktionären Mächte in der Welt ihren verbrecherischen Kampf gegen die Befreiung des vietnamesischen Volkes von der Unterdrückung der faschistischen Marionetten in Saigon und Hue, die Vietnam am liebsten für alle Zeit als Kolonie an die Globalstrategen der kapitalistischen Welt verschachern möchten. Als Gegenleistung hat der Hitlerverehrer und Henker des vietnamesischen Volkes Ky, die Vernichtung der Volkskräfte und die Zerstörung der befreiten Dörfer und Städte im Norden wie im Süden eingehandelt. Der Preis für das gewaltsame Zurückrollen des Fortschritts hat bei den Imperialisten noch nie eine Rolle gespielt. Aber nichts, aber auch garnichts kann die US-Aggressoren und ihre Marionetten

vor der vernichtenden Niederlage retten, denn noch nie hat sich ein Volk versklaven lassen. Diese Niederlage des USA-Imperialismus und Neo-Kolonialismus wird genauso vernichtend sein wie vor 9 Jahren auf Kuba. Aber die reaktionären Kreise in den USA und in der Welt scheinen nichts hinzuzulernen zu haben. Die Volkskräfte Vietnams wissen, daß alle demokratischen und friedliebenden Menschen geschlossen hinter ihnen stehen und die großzügige und humanistische Unterstützung der sozialistischen Staaten, vor allem die uneigennützte militärische Hilfe der Sowjetunion sichert den unausbleiblichen Sieg der Befreiungsfront Vietnams und damit die große Zukunft des vietnamesischen Volkes in Frieden und Freiheit. JOACHIM HICK, Kassel

KPD soll legal werden

ELAN 3/67: Einen Entwurf für ein Programm legte die KPD vor. Justiz und Polizei beschlagnahmten dieses Dokument. Diese Maßnahme stieß auf Kritik, das Programm auf starkes Interesse der Jugend.

Am 1. April — leider kein Aprilscherz — starteten Beamte der Politischen Polizei in den Städten Hamburg, Hannover, Wolfenbüttel, Göttingen, Dortmund und München mit Verhaftungen und Hausdurchsuchungen eine Großaktion gegen Kommunisten, um zu verhindern, daß das Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands in die Hände des Volkes kam. Diese Aktion zeigt wieder einmal deutlich, wie sehr sich die Bonner Koalitionsregierung vor dem Programm der Kommunisten fürchtet. Monatelang vorher aber schrie man in der Regierung, als die Kommunisten eine Neugründung abgelehnt hatten, weil ihre Partei ja noch bestand: „Legt doch endlich ein Programm vor! Oder wir müßten sonst denken, Ihr wollt gar nicht legal werden!“ — Das Programm kam heraus, und die Bevölkerung diskutierte es munter. Das behagte der Regierung nicht, denn sie merkte bald, daß die Bevölkerung anfang darüber nachzudenken. Das wollten sie verhindern, und sofort begann die Jagd nach dem Programm. Sind diese Aktionen der Behörden nicht ein Beweis dafür, daß das Programm der Kommunisten der Bevölkerung den richtigen Weg zeigt? (Name des Einsenders ist der Redaktion bekannt.)

Anzeige

„Das deutsche Nachrichten-Magazin DER SPIEGEL“ glaubt vielleicht mit der Methode eines Bundespräsidenten durchzukommen: zu öffentlichen, belegten Buschuldigungen keine Stellung zu nehmen! gez.: Kurt Berna.

Öffentliche Anklage

Ich beschuldige hiermit öffentlich „Das deutsche Nachrichten-Magazin DER SPIEGEL“ einer vorsätzlichen Nachrichten-Unterdrückung seit über z e h n Jahren!

Begründung: Die entdeckte, tatsächliche Möglichkeit, daß Jesus mit schlagendem Herzen vom Kreuz abgenommen wurde, ist eine Nachricht. Diese Nachricht wird von dem Nachrichten-Magazin „DER SPIEGEL“ seit über zehn Jahren vorsätzlich unterdrückt.

Das unwiderlegbare Beweismaterial für die oben genannte öffentliche Anklage — der 1956er Originaltext vom SPIEGEL-Archiv — wurde den Chefredaktionen der maßgebenden deutschen Presse sowie der „deutschen presse-agentur“ Hamburg, ferner den internationalen Agenturen „AP“ und „UPI“ Frankfurt/M. und dem Deutschen Fernsehen von der Bundespost übergeben. gez.: Schriftsteller Kurt Berna, Stuttgart

Briefe

Demokratie ist ohne Mitwirkung der KPD nicht möglich! Wäre die KPD im Bundestag vertreten, hätte sich die SPD ihre Eskapaden nicht erlauben dürfen. Und die Regierung hätte es nicht gewagt, so laut und offen von der Beseitigung der Demokratie zu sprechen. Das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands muß sofort aufgehoben werden. An die Bundesregierung und die Befürworter des KPD-Verbotes stelle ich folgende Forderungen:

1. Sofortige Aufhebung des KPD-verbotes,
2. sofortige Einstellung der Terrorjustiz gegen demokratisch gesinnte Bürger,
3. Amnestie und völlige Rehabilitierung aller im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot Verfolgten,
4. völlige Wirkungsfreiheit für die KPD ...

ARNO FRIEDRICHS, Hamburg 62

Das Verbot der KPD müßte aufgehoben werden. Eine echte Demokratie muß es sich leisten können, extreme Parteien zu haben. In der jetzigen Situation (Wirtschaftslage, NS-Gesetze etc.) brauchen wir eine starke KPD, um der Gefahr von rechts — sprich NPD — einen Gegenpol entgegenzusetzen ...

HANS GEORG MEYER, Bad Hönningen

Ich glaube, daß gerade in der augenblicklichen Situation eine linksorientierte Partei in der Bundesrepublik gebraucht wird, da damit endlich wieder einmal eine stärkere innerparlamentarische Opposition (ich zweifle nicht daran, daß die KPD, wäre sie zugelassen, beachtliche Stimmenerfolge erzielen würde) vorhan-

den wäre, und um ein Gegengewicht zur rechtsradikalen NPD zu schaffen. An die Bundesregierung stelle ich die Frage, inwiefern die Ziele der KPD die freiheitliche demokratische Grundordnung beeinträchtigen oder den Bestand der Bundesrepublik gefährden. Außerdem interessiert es mich, weshalb eine KPD verboten sein soll, während eine rechtsradikale Partei wie die NPD, die die gleichen Ziele verfolgt wie eine Partei ähnlichen Namens vor 25 Jahren, ihre Tätigkeit in der Bundesrepublik ungehindert ausüben kann.

BERND KAPPEL, Ölbronn

Wie sehr die Bundesregierung das Programm der KPD fürchtet kam beim Polizeieinsatz gegen die Verteilung des Programmtextes zum Ausdruck. Ich bin selbst Kommunist und habe festgestellt, wie begehrt der Programmtext gerade bei Arbeitern ist.

MICHAEL DEGE, Hannover

Ist es demokratisch, wenn die Bundesregierung den Programmtext der immer noch verbotenen KPD beschlagnahmen läßt? Keineswegs, denn aus den Stellungnahmen der Presse konnten wir entnehmen, daß der Programmtext keinen verfassungswidrigen Inhalt hat. Es ist für mich unverständlich, daß eine Partei mit einem verfassungskonformen Programm verboten ist, während auf der anderen Seite die Notstandspläne, die bekanntlich die Grundrechte der Verfassung außer Kraft setzen wollen, ihr demokratiefeindliches Spiel in aller Öffentlichkeit vertreten können.

Ich habe den KPD-Programmentwurf gelesen und kann mir deshalb ein Urteil darüber erlauben, daß die KPD die Probleme der jungen Generation sehr ernst nimmt. Besonders kann ich es nur unterstützen, daß alles getan werden muß, damit unsere Jugend sich nicht noch einmal für die egoistischen Profitinteressen einer verschwindend kleinen Minderheit in kriegsrische Abenteuer verwickeln läßt. Vielmehr kommt es heute darauf an, daß unsere Jugend im Geiste des Friedens und der Völkerfreundschaft erzogen wird.

ILSE DRESCHKE, Dortmund

Johnson = Mörder!

Mit einem Exklusivbericht aus Südvietnam von Dr. Joseph Janssen berichtete e l a n über napalmverbrannte Kinder und Frauen.

Der zärtliche Halunke LYTHUIN D. Johnson



Auch in Vietnam gibt es Kinder
Mr. Johnson

Ein Bericht in der Februarausgabe des e l a n veranlaßte mich zu dieser Zeichnung.

RAINER WEGENER, Hamm

Wer schreibt ihm?

Ein Leser aus der CSSR sucht Briefwechsel mit Freunden in der Bundesrepublik.

Seit drei Jahren lerne ich die deutsche Sprache, in der ich mich vollkommen möchte. Ich bin ledig. 25 Jahre alt und arbeite in einem Hüttenwerk. Ich würde mich freuen, mit jungen Leuten in der Bundesrepublik Bekanntschaft zu machen.

BARON OTMAR, Nydek 13, okr: Frydek — Mistek, CSSR

BEILAGENHINWEIS
Einem Teil unserer Auflage liegen Prospekte des EKA-Werkes und des IBF-Instituts, München, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.
Redaktion e l a n

WACHT AUF, VERDAMMTE DIESER ERDE!

5. Mai 68: Karl Marx 150 Jahre

Von Hermann Sittner

10. April 1867. Sturm und tobende See herrschen auf dem Ärmel-Kanal. Das Schiff hat schwer zu kämpfen — auch mancher Passagier. Einer aber an Bord

fühlt sich „kannibalisch wohl wie 500 Säue“. Er ist Doktor der Philosophie, hat bereits sieben gewichtige Bücher geschrieben und war — mehr oder minder lange — Mitarbeiter von elf verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften. Bei fünf von

innen sogar Herausgeber oder Chefredakteur. Ein prominenter, anerkannter Mann. Und doch hat er sich Geld leihen müssen, um wenigstens die Reisekleidung aus dem Pfandhaus holen und die Reisekosten bezahlen zu können.

“Die Marxismus-Töter kommen und vergehen - die Erkenntnisse und Ideen von Karl Marx aber haben das Gesicht der Welt entscheidend verändert.”



Warum fühlt er sich so „kannibalisch wohl“? In seiner Tasche steckt das Manuskript für sein wissenschaftliches Hauptwerk. Es ist das Ergebnis seiner Studien während 23 Jahren. 1500 Bücher hatte er dazu ausgewertet — es soll das geistige Werkzeug sein, mit dem die Gesellschaft verändert werden kann. Der Titel des Buches: „Das Kapital“. Sein Autor: Dr. Karl Marx.

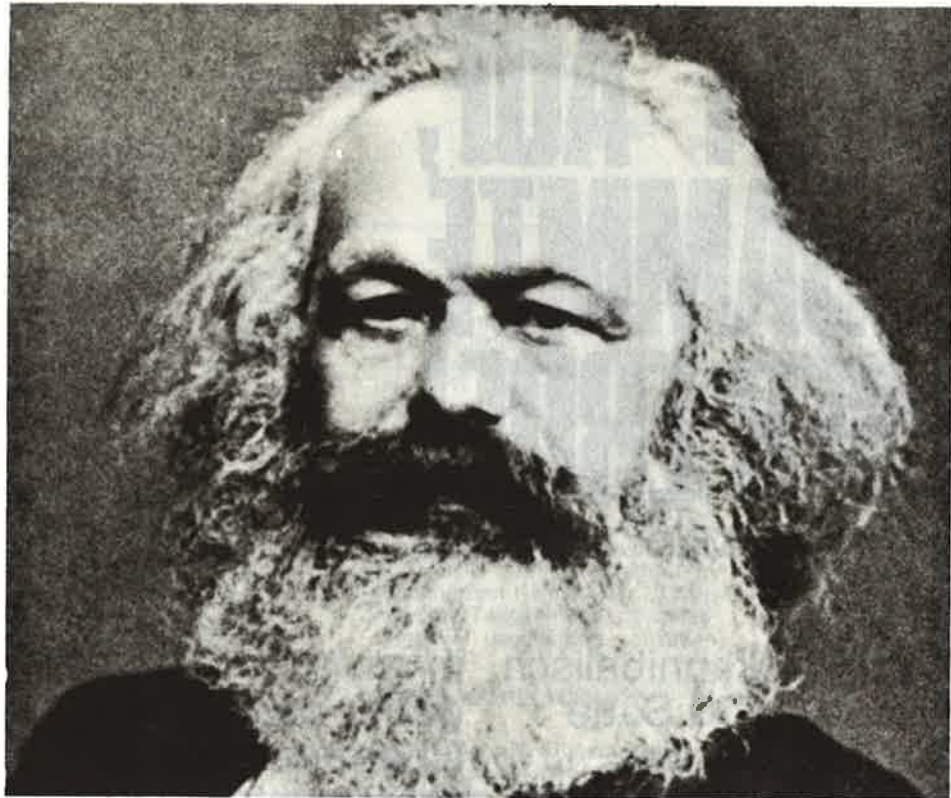
In London hatte Marx das Buch geschrieben, in Hamburg wurde es gedruckt: Am 14. September 1867 erschien der erste Band in tausend Exemplaren. Einen Monat vorher hatte er seinem Freund Friedrich Engels schreiben können: „Eben den letzten Bogen (49.) des Buchs fertig korrigiert ... Also dieser Band ist fertig. Bloß Dir verdanke ich es, daß dies möglich war! Ohne Deine Aufopferung für mich konnte ich unmöglich die ungeheuren Arbeiten zu den 3 Bänden machen. Ich umarme Dich dankerfüllt!“

Es lohnt sich!

Preise stark herabgesetzt für Schreibmaschinen aus Vorführung und Retouren, trotzdem Garantie u. Umtauschrecht. Kleinste Raten. Fordern Sie Gratiskatalog R 286

NÖTHEL Deutschlands großes Büromaschinenhaus

34 GÖTTINGEN, Postfach 601



Der schwarzhaarige junge Bursche, der im Oktober 1835 von seiner Geburtsstadt Trier aus per Schiff mosel- und rheinabwärts nach Bonn fuhr, hatte feste Vorstellungen von seinem künftigen Beruf: Jura wollte er studieren und Rechtsanwalt werden. Das entsprach seinem eigenen und dem Wunsch seines Vaters, des Rechtsanwaltes Heinrich Marx.

Der 17jährige Marx, erfüllt von Wissensdurst, wollte seine Zeit nützen; neun Vorlesungsreihen belegte er, und als ihn die Vorlesungen nicht mehr befriedigten, verlegte er sich — erfolgreich — aufs Selbststudium. Trotzdem: So ganz trocken ging die Studiererei auch bei ihm nicht ab: einen Tag Karzer (Arrest) erhielt er wegen Trunkenheit und nächtlicher Ruhestörung. Hinzu kam, daß sich Marx, zusammen mit anderen bürgerlichen Studenten, öfter auch mit den Fäusten gegen die Pöbeleien der adeligen Komilitonen zur Wehr setzte — Marx' Vater jedenfalls wurde einigermaßen besorgt und schickte seinen Sohn in das „Arbeitshaus“ unter Deutschlands Universitäten, nach Berlin.

Ist die Welt festgenagelt?

Cafe Stehely, am Berliner Gendarmenmarkt: Stimmengewirr, Tabakqualm, erregte Debatten. Das Serviermädchen hat zu tun: die gelehrten Herren sind wieder da. Die „gelehrten Herren“, das waren Akademiker, Lehrer, Journalisten, Privatdozenten — der „Doktorclub“. Unter ihnen: der 19jährige Student Karl Marx, der die Jurisprudenz in die Ecke gelegt und sich auf das Studium der Philosophie gestürzt hatte. Regierungsfromm waren die Mitglieder dieses Klubs gar nicht. Kritik an der Religion zu formulieren war der Hauptzweck ihrer Zusammenkünfte, und damit kratzten sie beträchtlich an den Grundpfeilern der bestehenden Ordnung, die doch regierungsamtlich als „gottgewollt“ und deshalb unveränderlich dargestellt wurde. Aber da war der Philosoph Hegel aufgetaucht, und das Kernstück seiner Weltanschauung war die Dialektik; das hieß nicht weniger als die Welt und das Geschehen in ihr als einen Prozeß ständiger Veränderung und Entwicklung zu begreifen. Hegel selbst

aber hatte auch den großen Widerspruch zu seiner Dialektik geschaffen: Nach seiner Auffassung hörte die Entwicklung dann auf, wenn die „absolute Idee“, nach der hin sich die Entwicklung zu vollziehen gehabt hatte, entdeckt und verwirklicht war. Und das war — laut Hegel — geschehen. Ab sofort hatte sich nichts mehr zu verändern. Dieser Widerspruch in Hegels Lehre spaltete seine Anhänger in zwei Lager: ständige Weiterentwicklung oder war die Welt jetzt festgenagelt? Der Doktorclub und Marx gehörten zu jenen, die das Prinzip der ständigen Weiterentwicklung bejahten. Auch in seiner Doktorarbeit, die Marx 1839 begann, war die Verteidigung des Atheismus eine indirekte Kampfansage an den preußischen Staat „von Gottes Gnaden“. Im Frühjahr 1841 schloß er diese Arbeit ab und reichte sie zur Prüfung bei der Universität Jena ein. Sie zeuge „von ebensoviel Scharfsinn wie Belesenheit“, wurde ihm von dort mitgeteilt, und am 15. April 1841, kurz vor seinem 23. Geburtstag, erhielt Karl Marx die Würde eines Doktors der Philosophie.

Die Liebe verdrängt die „Würde“

Mit „Würde“ hatte das Benehmen des jungen Mannes, der da an einem der letzten Apriltage 1841 durch Trier rannte, gar nichts zu tun. Schockiert blickten die geruhsamen Bürger dem Manne nach, der, einen Stapel Papier in der Hand, sie beinahe umrannte, Karl Marx hatte nur ein Ziel vor Augen: Er wollte seine Braut sehen. Fünf Jahre Trennung lagen hinter den beiden. Während des kurzen Heimaturlaubs zwischen Bonn und Berlin hatte er sich mit dem anerkannt schönsten Mädchen Triers, Jenny von Westphalen, verlobt. Jetzt wollte er seinem Schwiegervater in spe die Doktorarbeit in die Hand drücken. Sie war zwar noch keine Existenzgrundlage, und ans Heiraten war deshalb nicht zu denken; aber immerhin, sie war ein Anfang. Dozent für Philosophie an der Bonner Universität wollte Karl Marx werden, und seine Berliner Freunde erwarteten großes von ihm. Aber daraus wurde nichts. Für Preußens Herrscherkaste war der feurige Demokrat Dr. Marx zu revolutionär. Gerade hatte sie die Univer-

sitäten von den fortschrittlichen Geistern „gesäubert“ — da sollte sie diesen neuen Mann zulassen?

Die philosophischen Ansichten, die er zu verbreiten gedachte, unterstützten ja die Forderungen der jetzt stärker gewordenen Bourgeoisie.

Diese neuerstandene Klasse der Besitzer der modernen Industrieanlagen, erkämpfte sich immer mehr wirtschaftliche Macht und Reichtum. Aber für die schnelle Weiterentwicklung ihrer Produktionsweise war es notwendig, die bestehende Feudalordnung abzuschaffen, volle Gewerbefreiheit und vor allem ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ohne Zollschränken und mit gleicher Währung in Deutschland herzustellen. Sie brauchte darüberhinaus Einfluß auf die Gesetzgebung, die ihren ökonomischen Interessen dienen sollte. Sie brauchte also die politische Macht, die der Feudaladel im Besitz hatte.

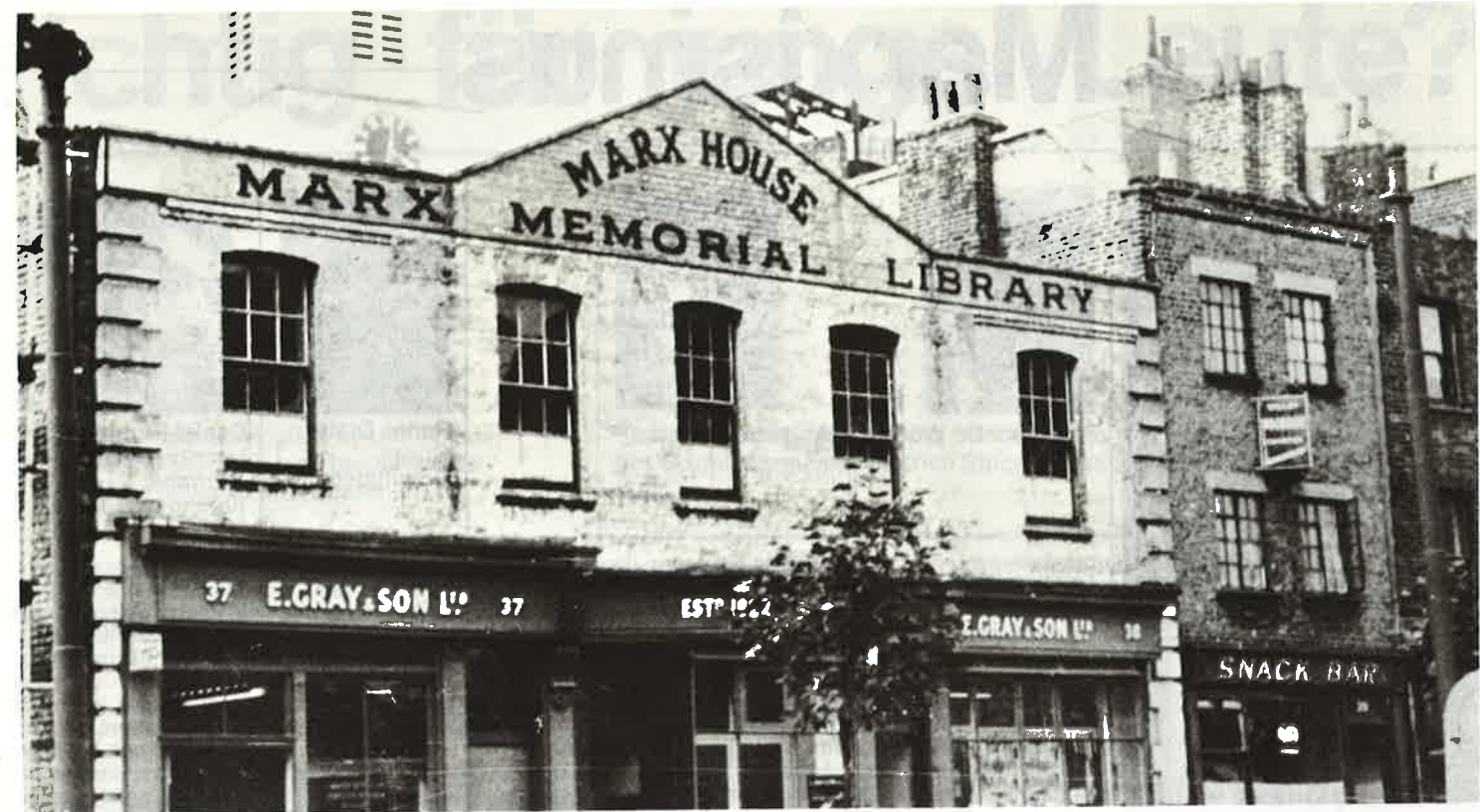
Der Kampf um die Durchsetzung dieser Forderungen spielte sich vor allem auf publizistischem Felde ab. Und hier konnte Dr. Karl Marx tätig werden. Als 1842 von rheinischen Industriellen die „Rheinische Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe“ in Köln gegründet wurde, fand Marx auch eine „bürgerliche“ Existenz: Er wurde ab April 1842 ihr ständiger Mitarbeiter und übernahm etwas später als Redakteur ihre Leitung.

Der jüngste Chefredakteur Deutschlands

Es war praktische politische Arbeit, die Marx während dieser Zeit leistete, und sie brachte ihn zu neuen theoretischen Erkenntnissen: Bisher war er — philosophisch immer noch Idealist — der Auffassung, der Staat sei dazu da, die Gesellschaft vernünftig zu organisieren, die sozialen Probleme zu lösen, man müsse den Staat nur zur Erfüllung dieser Pflichten drängen. Bei der Behandlung sozialer Fragen aber stieß er darauf, daß dieser Staat nach Gesetzen handelte, die genau den Interessen derer entsprachen, die wirtschaftliche Macht hatten. Diese Feststellung und der Angriff einer großbürgerlichen Zeitung, die sein Blatt als „preußische Kommunistin“ bezeichnete, brachten Marx zum Studium der Werke bekannter französischer und englischer Sozialisten. Sein eigenes Wissen über sozialistische Ideen war zu dieser Zeit äußerst gering, aber auch Theoretiker wie Fourier, Saint-Simon und Owen vermochten ihn nicht zu befriedigen: sie sahen keine Kraft, die die Gesellschaft zu verändern vermochte, sondern appellierten an die Herrschenden und Besitzenden, das Elend der Massen zu beseitigen. Ihr Bild einer sozialistischen Gesellschaft, in der das Elend abgeschafft sein sollte, schien ihm deshalb zu utopisch. Eines aber erkannte Marx: er mußte sich, wollte er die sozialen Probleme begreifen, mit ökonomischen Fragen beschäftigen. Vorerst aber schob die Regierung seiner weiteren öffentlichen Tätigkeit einen Riegel vor. Am 21. Januar 1843 beschloß sie das Verbot der Zeitung ab 31. März 1843. Und weil die Aktionäre des Blattes nicht zu ihrem Chefredakteur standen, erschien am 17. März schon folgende Notiz: „Unterzeichneter erklärt, daß er der jetzigen Zensurverhältnisse wegen aus der Redaktion der ‚Rheinischen Zeitung‘ mit dem heutigen Tag ausgetreten ist. Köln, den 17. März 1843. Dr. Marx.“

Wissenschaftler der Revolution

Das Haus Nr. 38 in der Rue Vanneau in Paris bekam neue Mieter: das Ehepaar Karl und Jenny Marx bezog Ende Oktober 1843 eine kleine Wohnung. Enttäuscht von der inkonsequenten Haltung der bürgerlichen Demokraten in Deutschland, wollte er von hier aus mit einer Zeitschrift den Kampf gegen die Feudal-



herrschaft in Deutschland fortsetzen. Denn in Paris gab es schon die bürgerlichen Freiheiten, die in Deutschland erst noch verwirklicht werden mußten.

Der revolutionäre Demokrat Karl Marx lernte in Paris eine neue Welt kennen: die Welt des herrschenden Kapitalismus, und damit die zwei mit dieser Gesellschaftsordnung untrennbar verbundenen Klassen, die Industrie-bourgeoisie und das Industrieproletariat.

Marx hatte alle Ursache, seine theoretischen Erkenntnisse anhand der neuen Gesellschaft zu überprüfen. Und schon im ersten Heft seiner neuen Zeitschrift „Deutsch-Französische Jahrbücher“ zog er seine Schlußfolgerungen: Rechtsverhältnisse und Staatsformen entsprechen den materiellen Lebensverhältnissen der Gesellschaft (wirtschaftliche Macht bedeutet politische Macht); die Klassenkämpfe sind die Triebkraft der geschichtlichen Entwicklung; in der kapitalistischen Gesellschaft ist es nur das Proletariat, das „durch die materielle Notwendigkeit... dazu gezwungen wird“, die bürgerliche Gesellschaft, den bürgerlichen Staat und seine ökonomische Basis, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, zu zerschlagen und dadurch die soziale Revolution zu verwirklichen. Für Marx bedeuten diese Schlußfolgerungen den Bruch mit seiner bürgerlichen Vergangenheit. Er hatte sich voll auf die Seite des Proletariats gestellt, das von ihm als erstem nicht als leidende, sondern als kämpfende und gestaltende Klasse erkannt worden war. Er hatte sich zum Wissenschaftler der sozialistischen Revolution entwickelt.

Seine Majestät ist sauer

Friedrich Wilhelm IV., preußischer König von Gottes Gnaden, tobte. Seine Majestät beliebte sauer zu sein: da hockte völlig unbehelligt in Paris ein übler Hetzer, der seiner Majestät Untertanen die Demokratie anpries. Das mußte anders werden. Und es wurde anders. Am 3. 2. 1845 erschien bei der Familie Marx ein französischer Gendarm. In der einen Hand den Säbel, in der

anderen den Ausweisungsbefehl. Binnen 24 Stunden hatte Marx Paris zu verlassen. Wohin? In Preußen erwartete ihn der Haftbefehl. Marx fuhr nach Brüssel. Aber auch dort war vorgesorgt: Brüssels Polizei zwang ihn zu der Verpflichtung, in Belgien nichts über tagespolitische Fragen zu veröffentlichen. Damit war Marx die einzig mögliche Erwerbsquelle entzogen. Fast ohne Geld traf die Familie, inzwischen um die Tochter Jenny vergrößert, in Brüssel wieder zusammen. Da half Friedrich Engels, der Mann mit dem Marx gerade Freundschaft geschlossen hatte, und ohne dem Marx und seine Wissenschaft undenkbar ist. Er veranstaltete bei Bekannten und Gesinnungsfreunden im Rheinland eine Solidaritätssammlung. Die preußische Regierung aber gab sich mit dem von ihr erreichten nicht zufrieden; sie drängte auch die belgische Regierung, Marx auszuweisen. Marx blieb kein anderer Weg: er verzichtete auf die preußische Staatsangehörigkeit, um dieser Regierung wenigstens das formelle Recht zu nehmen, ihn in anderen Ländern zu jagen.

Ein Buch für „die Mäuse“

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.“ Diesen Satz schrieb Marx im Frühjahr 1845 in sein Notizbuch. Er wurde sein Programm. Wer die Welt verändern sollte, war klar: die Arbeiterklasse. Warum sie das konnte und wie sie das tun mußte, war noch wissenschaftlich nachzuweisen. Marx drängte danach, den Kapitalismus in seiner damals höchsten Entwicklungsstufe, in England zu studieren. Zusammen mit Engels, der im April zu ihm nach Brüssel gekommen war, um in engster Gemeinschaft mit ihm zu arbeiten, fuhr Marx im Juli 1845 nach England. Hier fand er die entwickeltste Arbeiterklasse mit reichen Erfahrungen im Klassenkampf, hier konnte er die am weitesten fortgeschrittene kapitalistische Produktionsweise studieren, und hier fand er auch das reichhaltigste Material für seine ökonomischen Studien. Nebenbei knüpften Marx und Engels, wie vorher

schon in Paris und Brüssel, sofort enge Verbindungen zu den Arbeiterführern an. In Brüssel machten sich die beiden Freunde an die Auswertung der neuen Erfahrungen. Binnen sechs Monaten schrieben sie ihr — nach der „Heiligen Familie“ — zweites gemeinschaftliches Werk: „Die deutsche Ideologie...“ Es war eine Streitschrift, in der sie sich mit den verschiedensten Spielarten des philosophischen Idealismus, aber auch mit den Schwächen des Materialismus des Philosophen Feuerbach auseinandersetzten. Kritisch verwerteten sie, was an wissenschaftlichen Erfahrungen und Kenntnissen auf den Gebieten Philosophie, politische Ökonomie und utopischer Sozialismus bis dahin gesammelt worden war und überprüften es an der Praxis der neuen Gesellschaft, des Kapitalismus. In dieser kritischen Auseinandersetzung entwickelten sie die Grundlagen des dialektischen und historischen Materialismus, die Weltanschauung der Arbeiterklasse. Allerdings konnte den beiden Verfassern dieses Werk nur zur Selbstverständigung dienen: alle Versuche, in Deutschland einen Verleger dafür zu finden, scheiterten. Sie mußten das Manuskript „der nagenden Kritik der Mäuse“ überlassen.

Die erste Arbeiterpartei wird gegründet

Für Marx war es peinlich: Immer wieder hörte er die gleichen Fragen: Kann er nicht ein ganz normaler Bürger werden, ein Gelehrter, der solche Bücher schreibt, die sich auch jeder kaufen kann und die dann auch Geld bringen? Nein, das kann er nicht. Kann er nicht seine aufrührerischen Gedanken (schön, sie mögen ja richtig sein) für sich behalten und dafür das schreiben, was von der Obrigkeit anerkannt und auch honoriert wird? Nein, er kann auch das nicht — was nützt dann das Denken? Aber Geld möchte er haben! Ja, das braucht er. Und wofür, bitte sehr? Für die Familie, zum einen, und vor allem, um nach London fahren zu können.

Marxismus

richtig für junge Leute?

elan - Umfrage



Professor Dr. Wolfgang Abendroth



Hanns Dieter Hüsch, Schriftsteller



Daniel Bergmann, Vorsitzender der Betriebsjugendvertretung



Rolf Jürgen Priemer, Mitglied des Gründungsausschuß für eine revolutionäre sozialistische Jugendorganisation



Herbert Lederer, Mitglied des Bundesvorstandes des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)

Was hat Karl Marx uns heute noch zu sagen?

Die Analysen von Karl Marx über die generellen Bewegungsgesetze des geschichtlichen Prozesses haben sich nicht nur als fruchtbarster Ansatz der Darstellung der Entwicklung von den primitiven Gesellschaften, die auf den ersten Formen systematischer Aneignung der Natur durch die Arbeit des Menschen beruht haben, bis zu jener heutigen technischen Welt erwiesen, die die Produktivität dieser Arbeit aufs Höchste gesteigert hat, aber an der Entfaltung ihrer Möglichkeiten noch immer durch die Klassenstruktur der spätkapitalistischen Produktionsweise gehindert wird, sie haben darüber hinaus auch die Gesetzmäßigkeiten und Entwicklungstendenzen dieser kapitalistischen Gesellschaft gezeigt, wie sie sich in den Jahrzehnten nach dem Tode von Marx bewahrheitet haben. Die Zentralisation und Konzentration des Kapitals, deren Unvermeidlichkeit Karl Marx dargestellt hat, hat in unserer Periode zur Verschmelzung der Interessen von großkapitalistischen Konzernen und Staatsapparat geführt. Solange im Interesse dieser Konzerne der wirtschaftliche Prozeß durch das Profitmotiv gesteuert wird, hat sich der Klassenwiderspruch, den Marx als Motor des geschichtlichen Prozesses dargestellt hat, dahin erweitert, daß diese Machtkombination zur unmittelbaren Gefährdung des Weltfriedens und der Lebensbedürfnisse aller Völker des zu einer Einheit gewordenen Erdballs zu werden droht, wenn es nicht gelingt, sie durch das Zusammenwirken der Bevölkerung der Entwicklungsländer, der Arbeitnehmer in den kapitalistischen Staaten und der bereits zu sozialistischen Produktionsverhältnissen gelangten Staaten zu überwinden. Wäre es jedoch möglich, zu einer sozialistischen Umgestaltung auch in den kapitalistischen Industrieländern zu gelangen, so könnte auf Grundlage dieser Steigerung dieser Produktivität die Freiheit aller Individuen einer nicht mehr durch Klassenspaltung getrennten Menschheit aufs Höchste gesteigert werden. Ohne die Denkmethode, die Karl Marx uns gelehrt hat, ist es weder möglich, die Probleme dieser hochindustriellen Welt zu erkennen, noch sie zu lösen.

Der Marxismus ist ja bei uns heute immer noch nicht salonfähig. Der deutsche Bürger, der gerne und schnell alles in einen Topf wirft, wie er auch gerne alles aus einem Topf ißt, hat es bis auf den heutigen Tag tatsächlich fertiggebracht, daß die Jugend weitgehend keine Gelegenheit erhält, sich mit dem Marxismus zu beschäftigen und auseinanderzusetzen.

Was Karl Marx vor mehr als 100 Jahren schrieb, hat heute noch seine Berechtigung. Wir Arbeiter werden nach wie vor ausgebeutet, auch wenn die Formen etwas „feiner“ sind und uns Schnitzel, Fernsehen und Autos gegönnt werden. Bei uns im Bergbau sieht man das ja besonders deutlich. Wir haben nur so lange unseren Arbeitsplatz, wie die Unternehmern an uns verdienen. Wenn sie uns nicht mehr ausbeuten können, werden wir entweder entlassen, oder man macht den Pütt dicht. Das wird immer so lange bleiben, wie die ungerechten Eigentumsverhältnisse bestehen bleiben. Was Marx forderte: die gesellschaftliche Veränderung und das Eigentum der Arbeiter an den Produktionsmitteln ist heute notwendiger denn je. Wir können ganz gut auf unsere Unternehmer verzichten. Die können wir ersetzen.

Karl Marx bewies vor 100 Jahren, daß die Besitzenden die Arbeitskraft kaufen, die Arbeiter so niedrig wie möglich abfinden und den Profit, den „Mehrwert“, in die eigene Tasche fließen lassen, daß die Kapitalisten die Arbeiterklasse ausbeuten. Wir jungen Arbeiter und Angestellten wissen aus eigener Erfahrung, daß sich daran bis heute nichts geändert hat. Die Unternehmerrgewinne galoppieren den Löhnen davon. Und wenn Marx vor 100 Jahren feststellte, daß es im Kapitalismus zur Konzentration des Kapitals in den Händen Weniger kommen muß, so haben wir bei uns den besten Beiwies dafür: 0,3 % der Bürger unseres Landes besitzen mehr als die übrigen 99,7 Prozent. Die großen Konzerne haben die gesamte Wirtschaft der Bundesrepublik im Griff. Wie sie selbst zugeben, bedeutet wirtschaftliche Macht auch politische Macht. Marx wies nach, daß Krisen zum Kapitalismus gehören wie der Gestank zum Misthaufen. Für uns bedeutet das heute Kurzarbeit, Feierschichten, Entlassungen. Ebenso recht hat Marx, wenn er von einem unüberbrückbaren Widerspruch zwischen den Interessen der herrschenden, besitzenden Klasse und der Arbeiterklasse spricht. Wer glaubt denn noch an das Sozialpartnerschafts-Gequassel, wenn Bergarbeiter, wenn Textilarbeiterinnen, wenn Metallarbeiter von heute auf morgen auf die Straße fliegen – die Profite hingegen steigen? Karl Marx erkannte, daß die Arbeiterklasse und ihre Organisationen sich nicht auf den Kampf um wirtschaftliche Verbesserungen und Reformen beschränken können. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, das heißt die Macht des Großkapitals und damit die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen muß beseitigt werden.

Alle! Tausende von westdeutschen Jungarbeitern erfahren ARBEITSLOSIGKEIT nach Schulentlassung oder wenigen Arbeitsjahren. Zehntausende begabter Arbeiterkinder verkommen in Zwergschulen. Hunderttausende von jungen amerikanischen Soldaten werden in Unterdrückungskriege gejagt, um umzukommen und umzubringen. Millionen junger Asiaten und Lateinamerikaner krepieren an Hunger oder Krankheiten, ohne je gelebt zu haben. Eine „extremistische Minderheit“ von Großkapitalisten regiert über die jungen Arbeiter, entläßt sie, wenn der Profit es fordert. Dieselbe Clique verfügt über das Leben von jungen Amerikanern und Vietnamesen, um ihr ungerechtes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem im eigenen Lande (sog. „freier Westen“) aufrecht zu erhalten und konterrevolutionär in andere Länder zu exportieren. Sie verbrennt Weizen, Kaffee, wirft Gemüse in die Flüsse, erschießt und verbuddelt vollgefressene Mastschweine in der Erde, schließt Zechen, um den Profit zu halten; sie sieht zu wie ein großer Teil der Welt verhungert, bastelt an heimtückischen Waffen, statt alle Energien gegen den Tod einzusetzen; sie mordet, ohne mit der Wimper zu zucken, Millionen von „Kommunisten“ und läßt durch ihre Zeitungen diejenigen als Terroristen und Faschisten bezeichnen, die diese Ungerechtigkeiten aus Notwehr bekämpfen. Die Ursache für all das, das private Eigentum von wenigen Ausbeutern an den Mitteln, mit denen die Arbeiter produzieren und die terroristische Aufrechterhaltung dieses Zustandes Faschismus, Notstandsgesetze, KPD-Verbot usw.) – Marx hat sie wissenschaftlich enthüllt. Er hat aber auch den Weg zur Bekämpfung aufgezeigt: den Kampf der unterdrückten Klasse, die Überführung der Produktionsmittel in Arbeiterhand, die Zerschlagung der alten Unterdrückergesellschaft, die REVOLUTION. Marx ist daher aktuell wie nie zuvor. Begreifen wir es! Helfen wir durch Aktion und Agitation, daß mehr es begreifen!

Halten Sie es für richtig, daß sich junge Leute für den Marxismus engagieren?

Eben deshalb ist es die Aufgabe einer jungen Generation, die diesen Gefahren wie diesen Möglichkeiten gegenübersteht, sich für das Erlernen der Methoden von Karl Marx zu engagieren und aus ihnen Kraft zu gewinnen, die Gefahren des Rüstungskapitalismus abzuwehren und eine humanitäre Entwicklung einzuleiten.

Die Frage heute zu stellen, beweist allein schon, daß etwas nachzuholen ist, was für uns als Wissen und als Kraft in der Arbeit für eine bessere Gesellschaft in einer veränderten Welt dringend notwendig ist.

Es ist richtig, sich für den Marxismus einzusetzen. Wir Arbeiter sollten dies in einem stärkeren Maße tun, als es bisher der Fall war. Leider nehmen unsere Gewerkschaften und die SPD keine eindeutig marxistische Stellung ein. Doch man kann als Marxist in ihnen wirken.

Das ist nicht nur richtig, sondern dringend erforderlich. Deshalb haben wir vor, am 4. Mai 1968 in Essen eine marxistische Organisation der Arbeiterjugend zu gründen. Wir, das sind junge Arbeiter und Angestellte zwischen München und Kiel, zwischen Aachen und Braunschweig. „Zahlen fallen nur ins Gewicht, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet“, schrieb Karl Marx. Die herrschende Kapitalistenklasse fürchtet nichts so sehr, als daß die Jugend in unserem Lande die Ursachen für Ungerechtigkeit und Meinungsterror, für Ausbeutung und Unterdrückung erkennt. Ein Teil der Jugendlichen hat die Ursachen, die am System liegen, bereits erkannt. Deshalb Wasserwerfer, deshalb Gummiknüppel, deshalb Pistolenkugeln. So war es 1919, so war es in der Nazizeit und so ist es auch heute. Diese kapitalistische Ordnung läßt sich nur mit dem Marxismus überwinden. Darum wurde und wird Karl Marx und seine Ideen von den Herrschenden gefürchtet. Und sie fürchten die Jugend, denn jung und modern sein, heißt Marxist sein.

Um den Kapitalismus endlich in die Mottenkiste der Geschichte zu feuern, so wie es russische, chinesische, kubanische und andere revolutionäre Jugendliche vor uns getan haben. Doch, was heißt „engagieren“? „Auf, auf zum Kampf sind wir geboren“ auf den Lippen, die rote Fahne auf dem Ostermarsch, die theoretische Arbeit in Zirkeln, die Demonstrationen gegen den Antidemokraten und Imperialisten im eigenen Land, die kämpferische Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen, all das ist notwendig. Allein den Kampf zu führen, ist jedoch illusorisch. Nur Ohnmacht und Selbstbefriedigung bleiben zurück. Der Gegner ist stark, er scheint manchmal überstark. Wir müssen ihn an Stärke übertreffen, um ihn, seine sämtlichen Schwächen ausnutzend, besiegen zu können. Marxistische Schüler- und Studentenorganisationen reichen dazu nicht aus. Tagesaufgabe ist die Organisation der proletarischen Jugend, und zwar über die Arbeit in den Gewerkschaften hinaus, die selbstverständlich für jeden Marxist ist. Vieles kann sie lernen von den Kampfformen der Studenten. Umgekehrt kann sie helfen, manche Kinderkrankheiten der Studenten schneller zu heilen. Die arbeitende Jugend darf nicht hilflos den von der SPD-Führung gegängelten Organisationen ausgeliefert sein. Nicht Versöhnung mit der kapitalistischen Eigentumsordnung, nicht Nato- und Notstandsbewußtsein, sondern internationalistisches, revolutionäres Klassenbewußtsein gilt es zu entwickeln und in die Praxis umzusetzen.

Schließlich hat es Marx doch geschafft. Das notwendige Geld ist aufgebracht von Bekannten und Verwandten. Und er kann fahren. In London erwartet ihn am 29. November 1847 der erste internationale Kongreß des revolutionären Proletariats. Die besten Arbeiterführer aus den europäischen Ländern sind zusammengekommen, um die erste internationale und zugleich die erste deutsche revolutionäre Partei der Arbeiterklasse zu gründen. Zwei Wochen lang tagt dieser Kongreß. Die Delegierten müssen tagsüber ihr Brot verdienen, so können sie nur in den Abendstunden zusammenkommen. Aber es lohnt sich: Nach achtstündiger Debatte stimmen die Delegierten dem von Marx und Engels vorgelegten und erläuterten Programm zu, beschließen den Namen ihrer Partei: „Bund der Kommunisten“, und beschließen die Losung der Partei: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“. Marx und Engels werden „mit der Abfassung eines für die Öffentlichkeit bestimmten, ausführlichen theoretischen und praktischen Parteiprogramms“ beauftragt. Die Bemühungen von Karl Marx und Friedrich Engels hatten sich gelohnt. Endlich war die Partei der Arbeiterklasse geschaffen, endlich gab es eine breitere Basis für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus.

Aus dem sektiererischen und putschistischen „Bund der Gerechten“ mit utopischen und putschistischen Vorstellungen war die Kraft geworden, die, ausgerüstet mit einem wissenschaftlichen Programm, die Arbeiterklasse führen konnte im Kampf um die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft. Und selbstbewußt beginnt das von Marx und Engels verfaßte „Programm der Kommunistischen Partei — Kommunistisches Manifest“ mit den Worten: „Ein Gespenst geht um in Europa — das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet ... Zweierlei geht aus dieser Tatsache hervor. Der Kommunismus wird bereits von allen europäischen Mächten als eine Macht anerkannt ...“

Revolution in Paris ...

Für Marx und seine Freunde beginnen harte Zeiten des Kampfes. Im Februar 1848 bricht in Paris die Revolution aus. Schnell greift sie auf andere Staaten in Europa über. Die Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten übergibt Marx in Brüssel alle Leitungsbefugnisse. Die belgische Regierung läßt Truppen um die Hauptstadt zusammenziehen und mit Waffengewalt gegen das Volk vorgehen. Marx, der gerade eine größere Summe Geldes geerbt hat, gibt den größten Teil davon für die Bewaffnung der Arbeiter aus. Am 3. März erhält er den Ausweisungsbefehl der belgischen Regierung. Seine wenige Habe muß er zurücklassen. Aber er und seine Familie — sie ist inzwischen auf 5 Personen angewachsen — haben eine Einladung aus Paris erhalten: „Wackerer, aufrichtiger Marx, der Boden der französischen Republik ist eine Freistätte für alle Freunde der Freiheit. Tyrannenmacht hat Sie verbannt, das freie Frankreich öffnet Ihnen seine Tore wieder.“ Marx geht nach Paris mit dem Auftrag seiner Freunde, dort eine neue Zentralbehörde des Bundes zu bilden.

... und in Deutschland

Am 18. März finden in Berlin Barrikadenkämpfe statt. Das Volk erringt einen großen Sieg. Es zwingt den König, sich vor den toten Revolutionären zu verneigen. Ein bürgerliches Ministerium aus Bankiers und Industriellen wird gebildet. Endlich scheinen auch in Deutschland demokratische Freiheiten durchgesetzt zu sein. Aber die Revolution ist nicht gesichert. Sie muß weitergeführt werden. Marx entwickelt ein Aktionsprogramm: „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland“, und bereitet die Bundesmitglieder auf ihre Rückkehr nach Deutschland vor. Die Feudalordnung muß beseitigt werden. Das kann nur geschehen, wenn die Arbeiterklasse das Bürgertum nach vorn treibt und sich selbst gleichzeitig demokratische Rechte sichert. Sie muß deshalb als möglichst geeinte Kraft auftreten. Dazu müssen legale Arbeitervereine gebildet werden, müssen die bis dahin erkämpften Rechte genutzt und damit gesichert werden. Aber die Arbeiterklasse steht noch zu stark unter dem Einfluß des Kleinbürgertums. Und die Bourgeoisie geht bereits das Bündnis mit dem Adel ein. Die Bildung einer einheitlichen Arbeiterpartei kommt noch nicht zustande. Zu wenig noch konnten die Arbeiter über ihre wahre Interessenlage aufgeklärt werden. Eine legale Tageszeitung ist notwendig. Die hart erkämpfte Pressefreiheit muß genutzt werden.

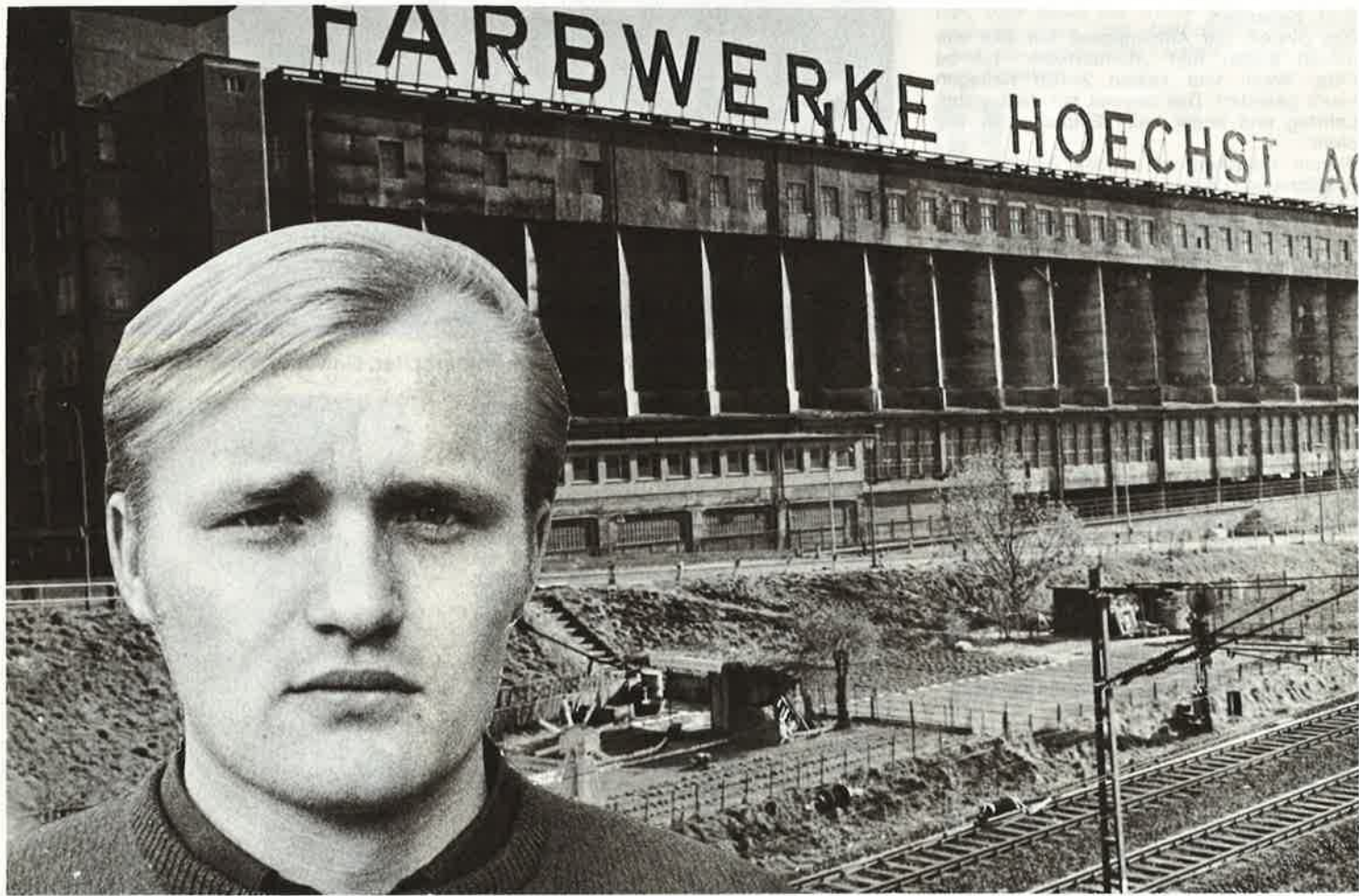
Die Konterrevolution siegt

31. Mai 1848. Kölner Zeitungsträger versammeln sich im Redaktionslokal Unter Hutmacher 17, nehmen die noch druckfrische Zeitung in Empfang und verschwinden in der Stadt. Es ist geschafft. Die erste Ausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung“ ist erschienen. Leicht war es nicht. Geld mußte beschafft werden. Aber von den Arbeitern, für die die Zeitung in erster Linie geschrieben werden sollte, war kein Geld zu erwarten. Unterstützung konnte nur von radikal-demokratischen bürgerlichen Kräften erwartet werden. Aber auch diese hatten Angst, das Kampfbündnis mit der Arbeiterklasse einzugehen. Und auch Engels mußte seinem Freund Marx schreiben: „Aus meinem Alten ist vollends nichts herauszubeißen ... statt 1000 Talern schickte er uns lieber 1000 Kartätschenkugeln auf den Hals.“ Es ist eine junge Redaktion, die Karl Marx, selbst erst 30 Jahre alt, um sich gesammelt hat. Aber sie ist kampferfahren. Und sofort richten sie ihr Hauptfeuer gegen den Hauptfeind: die feudale Konterrevolution und ihre großbürgerlichen Handlanger. Ein knappes Jahr lang dauerte der Kampf. Dann hatte sich die Großbourgeoisie als Verräter, das Kleinbürgertum als zu halbherzig und die Arbeiterklasse als noch zu schwach erwiesen, die Revolution zu sichern. Die Konterrevolution siegte in blutigen Kämpfen. Am 19. Mai 1849 erschien die „Neue Rheinische Zeitung“ zum letzten Mal. Marx mußte, wieder ausgewiesen, Deutschland verlassen. Sein Ziel ist wieder Paris. Aber auch dort wird er wieder — die Reaktion hat auch hier gesiegt — ausgewiesen. Unverhoffte, wenn auch höchst zweifelhaft, „Ehre“widerfuhr dem aus dem Lande gejagten Revolutionär Karl Marx im Okt. 1865: Der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck persönlich bot Marx durch einen Mittelsmann die Mitarbeit an einem Regierungsblatt, dem „Preußischen Staatsanzeiger“, an. Wer Einfluß auf den Staat nehmen wolle, müsse „sich sammeln um die

Regierung“, wurde Marx erklärt. Solche Art „Realpolitik“ lehnte Marx ab. Als wirkliche Ehre wertete Marx dagegen die Bitte einiger Berliner Arbeiter, nach Deutschland zu kommen und die Führung der Arbeiterbewegung zu übernehmen. Zwar mußte er als politischer Emigrant dieses Angebot ablehnen; es machte jedoch deutlich, wie stark sein Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung selbst aus der Emigration gewachsen war. Trotz härtester persönlicher Not und Armut, die Marx und seine Familie in London erdulden mußten — drei seiner Kinder starben von 1850 bis 1855, und zeitweise mußte die Familie auf dem nackten Boden schlafen — hatte Marx unermüdlich weitergearbeitet. Und über lange Strecken war das Überleben nur möglich, weil Friedrich Engels seinem Freunde zuliebe die Kaufmannstätigkeit wieder aufgenommen und Marx Geld zur Verfügung stellte. Aber diese Arbeitsteilung, ein selbstloses Opfer von Friedrich Engels, zahlte sich aus: Marx konnte sich ganz auf die politischen Aufgaben und auf seine wissenschaftlichen Studien konzentrieren. Der „Bund der Kommunisten“ wurde reorganisiert, eine Reihe Analysen zur politischen Situation erschienen, und als in Köln im Jahre 1852 der berühmte „Kommunistenprozeß“ durchgeführt wurde, konnte Marx die von der Anklage vorgelegten „Beweismaterialien“ sämtlich als Fälschungen entlarven. Die wissenschaftlichen Auffassungen von Karl Marx gewannen in der internationalen Arbeiterbewegung immer mehr an Boden, erwiesen sich als richtig. Im Sept. 1864 wurde in London die „Internationale Arbeiterassoziation“ gegründet. Fünf Jahre später entstand — als erste legale Partei der deutschen Arbeiterklasse (der Bund der Kommunisten war nicht zugelassen) — die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands. Von Marx, Engels, Wilhelm Liebknecht und August Bebel in jahrelanger Zusammenarbeit vorbereitet, gab sie sich ein im wesentlichen marxistisches Programm und erklärte sich zum „Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation“. In jenen Jahren des Londoner Exils entstand aber auch das Hauptwerk Karl Marx', das „Kapital“. Es wurde zur schärfsten Waffe der internationalen Arbeiterklasse im Kampf für ihre Forderungen, deckte es doch das Geheimnis des „Wie“ der kapitalistischen Ausbeutung auf. Selbstverständlich erfolgte die Durchsetzung des wissenschaftlichen Sozialismus nicht im Selbstlauf, selbstverständlich mußte immer wieder um die richtige Haltung der Arbeiterklasse zu jeder konkreten gesellschaftlichen Frage gerungen werden. Und selbstverständlich bot die gegnerische Klasse alle Kräfte auf, den Marxismus zu unterdrücken. Ihre Ideologen erklärten seit Bestehen des Marxismus diese Wissenschaft für tot; die Marxismus-Töter kamen und gingen — die Erkenntnisse und Ideen von Karl Marx jedoch haben das Gesicht der Welt entscheidend verändert. Seine Wissenschaft von der Veränderbarkeit der Welt durch die Menschen war und ist für die Unterdrückten und Ausgebeuteten in allen Ländern zur Waffe im Kampf um ihre Befreiung geworden. „Die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift“, dieses Wort von Marx hat sich auf einem Drittel der Erde bewährt. Der Sozialismus ist konkrete Wirklichkeit geworden. Es ist eingetreten, was Friedrich Engels am Grabe von Karl Marx am 17. März 1883 vorausgesagt hatte: „Sein Name wird durch die Jahrhunderte fortleben und so auch sein Werk!“

DIESEN BOSSEN TRAUEEN?

Hans-Jörg Hennecke elan bei jungen Rotfabrikern



Wenn Peter Weith die Bolongarostraße in Richtung Werktor Nord passiert, weiß er, ab 6.49 Uhr heißt es für ihn „Schnauze halten“. Das ist ihm längst in Fleisch und Blut über-

gegangen. Trotz seiner 20 Jahre kennt der „Rotfabriker“ die Spielregeln der Farbwerke Hoechst in Frankfurt, wie andere Leute ihre Westentasche. Die Spielregel

beginnt für Peter mit der Stempeluhr, in die er spätestens elf Minuten vor Schichtbeginn seine Karte zu drücken hat.

Er ist nicht aus Begeisterung „Rotfabriker“ geworden. Aber welche Wahl hat man schon, wenn man wie Peter Weith neben den Farbwerken großgeworden ist. Wenn sich das Leben der Menschen im Westen Frankfurts von der Wiege bis zur Bahre um den Chemiegiganten dreht. „Feinmechaniker werden, da stand ich drauf. Die Farbwerke haben's mir auch zugesagt.“

Doch nach wenigen Wochen Grundlehrgang kam für Peter die erste kalte Dusche: Die Farbwerke hatten überhaupt keine Feinmechaniker-Lehrstelle für ihn! Aber er könne ja Schlosser lernen... „Was blieb mir anderes übrig“, resigniert der Zwanzigjährige.



„Schnauze halten“ ist seit 105 Jahren bei den Farbwerken existenznotwendig. Daran hat sich nichts geändert, seit damals fünf Arbeiter mit einer Tagesproduktion von 12 Pfund Fuchsin, einem roten Anilinfarbstoff, begannen.

Das System der Abhängigkeit hat sich von diesen ersten fünf „Rotfabrikern“ bis zu Peter Weith und seinen 24.000 Kollegen kaum geändert. Das beginnt mit dem ersten Lehrtag und endet beim Empfang der Papiere.

Warum brauchen wir jungen Arbeiter Mitbestimmung? Was haben wir von der Mitbestimmung?

Um diese Fragen ging es in einer abendlichen Diskussionsrunde am Stammtisch der Rotfabriker im „Goldenen Adler“: Betriebsjugendvertretern, Jugendvertrauensleuten, dem Bezirksjugendsekretär der IG Chemie, Lothar Rothenstein und elan.

„Wir wollen wissen, in welchen Händen das Kapital ist, für wessen Profite wir arbeiten. Kontrolle über das Kapital, nicht nur über das Geschehen im Betrieb, ist notwendig“, meint der Hoechster Jugendvertrauensmann Karl Seibel.

Und diese Jungs haben Grund zum Mißtrauen gegenüber der unumschränkten Macht- und Befehlsgewalt ihrer Bosse. Gegenüber denen, die im Mittelpunkt ihres Handelns ausschließlich die höchstmögliche Profitrate sehen. Denn: hartnäckig hält sich im In- und Ausland die Behauptung, die Farbwerke hätten den amerikanischen Krieg in Vietnam als Profitquelle entdeckt.

Was diesen Bereich betrifft, kann man in dem Frankfurter Vorort schon auf einige Erfahrung zurückblicken.



Da ist zum Beispiel Professor Karl Winnacker. „Chef vons Ganze“ bei Hoechst, genannt Vorsitzender des Vorstandes. Er hat sich seine Sporen als Direktor bei der IG (Interessengemeinschaft) Farbenindustrie AG verdient. Diese IG Farben erwies sich während des 3. Reichs als Vernunftfeinde der Chemiekonzerne BASF, Bayer und Hoechst, um den Markt der Branche in den Griff zu bekommen. Der Mammutkonzern zeichnete sich neben einem strengen Diktaturprinzip im Innern (Unternehmer = Betriebsführer, Arbeiter = Gefolgschaft) durch politische Ambitionen aus.

Großes Ziel der Herren war im Frühjahr 1933, die zwischen Stempeluhr und Arbeitsplatz vorhandene Diktatur auch auf den Staat zu übertragen. Denn das ständige Drängen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften nach demokratischen Rechten und sozialem Fortschritt, drohte die Profite zu gefährden.

So ließ sich die IG Farben nicht lumpen,

als es um Wahlkampfspenden der Industrie für die Parteikasse der Nazis ging. Mit 400.000 RM bei einer einzigen Sammlung zeigte sich der Chemiekonzern am spendabelsten. Weil Hitler versprach, daß sich diese Spende um Milliardenbeträge verzinsen würde. Er hielt sein Versprechen. (Siehe auch Seite 31 ff. dieser Ausgabe.)



Karl Winnacker weiß als ehemaliger Direktor der IG Farben von dem großen Geschäft mit Arbeitsklaven in den Konzentrationslagern.

Man schmierte die SS-Verbrecher mit 3 bis 4 RM pro Tag und Häftling. Für arbeitsfähige Häftlinge wollte die IG Farben nichts aufwenden, sie wurden auf ihren Wunsch



Diskussion am Stammtisch: Junge Chemiearbeiter, Gewerkschafter und elan

der Vernichtung zugeführt. Die Zusammenarbeit zwischen SS und IG Farben klappte reibungslos, denn die Profite stimmten in jedem Fall. Arbeitsklaven waren genügend vorhanden.

Die Sklavenhändler, Plünderer und Freunde der SS leben heute mitten unter uns. Geachtete Bürger.

Professor Winnacker begrüßte die verurteilten Kriegsverbrecher nach ihrer Haftentlassung freudig: „Wir fühlen uns mit den Herren des Aufsichtsrates und Vorstandes der IG Farbenindustrie AG, sowie mit allen alten Freunden dieser Firma eng verbunden und sind glücklich darüber, eine so große Zahl alter Freunde aus dieser Zeit bei uns heute begrüßen zu können.“

Winnacker und seinesgleichen ging es 1943 genauso um das große Geschäft, wie 1968. Diese Frage nahm auf einer Diskussionsveranstaltung junger „Rotfabriker“ breiten Raum ein. Gemeinsam verlangten sie von der Unternehmensleitung klare Antworten auf klare Fragen:

■ Sind die Farbwerke Hoechst direkt oder indirekt, z. B. per Tochtergesellschaft im In- und Ausland, an der Herstellung oder Zulieferung chemischer Kampfstoffe beteiligt, die in Vietnam oder anderswo zum Einsatz kommen oder kommen könnten?

■ Hat ein Patentaustausch auf der Basis der alten IG Farben Patente stattgefunden? Sozialdirektor Erhard Bouillon antwortete auf die berechtigte Frage der Jungarbeiter zornig: „Unverschämtheit.“ „Auf eine Anfrage an die Unternehmensleitung bekam ich die Antwort, die Vorwürfe seien ‚unwahr und unzutreffend.‘“ berichtet Dieter Egner, Vorsitzender der Betriebsjugendvertretung. Diese lasche Erklärung konnte die Farbwerker nicht überzeugen. Sauer waren sie vor allem



Schichtwechsel an Tor Ost



als man ihnen mitteilte, einer Stellungnahme des Vorstandes „müsse man schon Glauben schenken.“

Glauben schenken denen, die ihr Geschäft mit Sklavenarbeitern machten?



Wie Peter Weith während seiner Lehrzeit verschaukelt wurde, so schiebt man auch seine jungen Kollegen wie Figuren übers Schachbrett. Ob jemand Chemiefacharbeiter oder Chemielaborant wird, entscheidet er keineswegs selbst. Das hängt vom Wohlwollen der Firma ab. Lothar Rothenstein, Bezirksjugendsekretär der IG Chemie, Papier, Keramik sagt uns dazu: „Die Berufsausbildung wird als Druckmittel gegen junge Arbeiter benutzt.“

Wenn dann im Betrieb die Forderung kommt, mitbestimmen zu wollen über das eigene Schicksal, über die eigene Zukunft, heißt es: Ihr habt doch das Betriebsverfassungsgesetz, ihr habt doch den Betriebsrat und die Jugendvertretung. Doch welche Chancen haben die Kollegen von Betriebsrat und Jugendvertretung praktisch? Wenn es hoch kommt, hört sich der Unternehmer gelegentlich ihre Meinung an. Der Betriebsrat darf dann den Betriebsausflug organisieren und die Jugendvertretung kann die fehlende Toilettenrolle auf dem OO kritisieren. Aber mitbestimmen, mitentscheiden? Lothar Rothenstein: „Betriebsrat und Jugendvertretung sind zum Prellbock der Unternehmer geworden. Sie wurden zum Ordnungsfaktor im Betrieb degradiert.“



Warum brauchen also die jungen Arbeitnehmer der Farbwerke Hoechst Mitbestimmung? Warum ist Mitbestimmung in allen Betrieben dringend erforderlich?

1. Die Geschichte der Farbwerke zeigt, daß die Unternehmenspolitik skrupellos immer ausschließlich darauf gerichtet war, höchstmögliche Gewinne zu erzielen. So wurde Hitler finanziert, so beutete man in den Konzentrationslagern Menschen bis zur völligen physischen Erschöpfung aus.

Die Macht der Farbwerkbosse war und ist unkontrolliert. Wenn heute wieder Geld an chemischen Kampfmitteln verdient werden kann, so besteht zumindest die Gefahr, daß entsprechende Produkte auch für den Vietnam-Krieg der Amerikaner hergestellt werden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert deshalb: „Um Mißbräuche solcher Macht gegenüber einzelnen, gegenüber Gruppen, gegenüber der Gesellschaft vorzubeugen, um sie möglichst zu verhindern, müssen die Quellen der Macht, die Großunternehmen, kontrolliert werden. Darum der Ruf nach Mitbestimmung.“



2. Die Unternehmer täuschen die Öffentlichkeit mit der Behauptung, das Betriebsverfassungsgesetz biete ausreichende Möglichkeiten der Mitbestimmung. In der Praxis sind Jugendvertretung und Betriebsrat Gesetzeskontrollleure. Das BVG zwingt sie in die Rolle eines Ordnungsfaktors der Unternehmer im Betrieb.

Der DGB erklärt deshalb: „Das Betriebsverfassungsgesetz war schon unzureichend, als der Bundestag es 1952 gegen den Widerstand der Gewerkschaften beschloß. Das

Gesetz verwehrt dem Betriebsrat in den wichtigsten betrieblichen Fragen die Mitbestimmung. Von einem personellen und wirtschaftlichen Mitbestimmungsrecht kann überhaupt nicht gesprochen werden.“

3. Junge Arbeitnehmer bekommen keine Informationen über ihre berufliche Zukunft. Die Unternehmer sagen ihnen nichts über geplante technische Veränderungen, auf die sie ausbildungsmäßig vorbereitet werden müßten. Bei Umstellungen am Arbeitsplatz stehen sie vor der vollendeten Tatsache, daß sie den neuen Anforderungen ihres Berufes nicht mehr gewachsen sind. Ergebnis: trotz einer 1 in der Gesellenprüfung müssen junge Arbeiter stempeln gehen. Den Unternehmern geht es nicht um die Zukunft der jungen Arbeiter, sondern um Nachwuchskräfte für die Erarbeitung ihres Profits. Lehrlinge werden auf „Teufel komm raus“ eingestellt. Ohne Rücksicht darauf ob nach Lehrabschluß auch entsprechende Planstellen vorhanden sind. Deshalb ist Mitbestimmung in der Unternehmensspitze erforderlich. Dort fallen die Würfel über technische Veränderungen und betriebliche Planung. Über die persönliche Existenz jedes einzelnen Arbeiters.



4. Politisch mißliebige Personen können entlassen werden, z. B. aktive Jugendvertreter und Gewerkschafter. Unkritisches Verhalten wird erzwungen, indem man Repressalien androht. Wer nicht spurt, bekommt den blauen Brief. Arbeiter werden zu willenslosen Befehlsempfängern herabgewürdigt. Die Entpolitisierung wird in den Farbwerken Hoechst zum System. Fallen in der Werkschule Unterrichtsstunden aus, dann Sozialkunde. Manche Lehrlinge haben ein halbes Jahr überhaupt keinen Sozialkundeunterricht erhalten. Dafür betreiben die Farbwerke ihre Unternehmerpropaganda im Lehrlingsheim Oberaudorf. Außerhalb des Jahresurlaubs dürfen sich dort besonders ausgesuchte Lehrlinge neben Spiel und Sport der „Berieselung hingeben“.



Andererseits wird der Jugendvertretung verboten, auf Jugendversammlungen einen Vertreter der Gewerkschaft sprechen zu lassen. Dieter Egner: „Selbstbestimmung, nicht Fremdbestimmung. Darum geht es uns.“

Die jungen Rotfabriker wollen sich nicht länger wie unmündige Kinder behandeln lassen. Daher die Forderung nach gesetzlicher Regelung der qualifizierten, gleichberechtigten Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der gesamten Wirtschaft. Unsere Mitbestimmungsforderung bleibt auf der Tagesordnung, bis die Demokratie in der Wirtschaft verwirklicht ist.“



So wie es Wilhelm Gefeller, der Vorsitzende der IG Chemie, Papier, Keramik ausdrückte: „Wenn die Arbeitnehmer in Nord und Süd der Bundesrepublik immer wieder und unüberhörbar ihre Forderungen erheben, wird der Gesetzgeber es nicht länger wagen, sich hinter den Rücken von Sachverständigen zu verstecken, die erst noch Gutachten ausarbeiten sollen. Der Bundestag muß entscheiden, und das heißt: Die Parteien müssen Farbe bekennen.“

Hosch

druckt
von DIN A 6 bis
DIN A 2
Bücher,
Broschüren,
Prospekte,
Kataloge,
Briefbogen,
Preislisten,
Drucksachen
aller Art

HOSCH GmbH.
6 Frankfurt
am Main W 13
Kurfürstenplatz 42
Tel. 778273

Peter Rath



STECK BRIEFE

„AN IHREM WESEN SOLLTE GENESEN, was krisenhaft darnieder lag“ (Grass). Mehr als ein Jahr ist vergangen, seit die SPD für ihre Anpassungspolitik ein CDU-Führungszeugnis bekam und an der CDU-Politik und damit dem weiteren autoritären Verfall der Demokratie beteiligt wurde. In Bild und Prosa ist sarkastisch zu Papier gebracht, was die ganze bucklige Parteiverwandtschaft in einem Jahr Mischehe ausstraß. Was bleibt ist die Hoffnung, daß „die Ehe (man sollte besser von einem politischen Unzuchtsverhältnis sprechen) bald geschieden wird, und das Paar davor bewahrt wird, zusammen alt zu werden.“ (Fritz Wolf, DIE VOLLKOMMENE MISCHEHE. Eine schwarzrote Familienchronik, 64 S., Leinen, 8,50 DM, Lübbe-Verlag)



**Warum wir die
Notstandsgesetze ablehnen**

Informationen und Argumente
von Walter Schlenker



Max von der Grün
Hans Dieter Schwarze

»Feierabend«



Peter v. Schubert
Anti-
gewerkschaftliches
Denken in der
Bundesrepublik
Deutschland



Walter Schlenker, Pfarrer der Evangelischen Landeskirche in Baden-Württemberg, will die Hirten- und Hüterfunktion nicht den Generälen und Berufspolitikern überlassen.

Seine Schrift WARUM WIR DIE NOTSTANDSGESETZE ABLEHNEN gibt Informationen und Argumente, um die Leser zu einer eigenen Stellungnahme, zu weiterem Studium und persönlichem Einsatz zu veranlassen.

(Walter Schlenker WARUM WIR DIE NOTSTANDSGESETZE ABLEHNEN, 88 S., 2,80 DM, Hrsg. Kirchliche Bruderschaft in Württemberg, Auslieferung: Fr. I. Anger, 7 Stuttgart-Zuffenhausen, Achardweg 4)

Tausend Tips für das Frisieren nach allen Regeln der Kunst lasen wir in AUTOS SCHNELLER MACHEN. Die Frisiertechnik — im Prinzip für alle Autos gleich — werden anhand zahlreicher Beispiele ausführlich dargestellt. Der Leser wird durch sie mit der Tuning-Arbeit vertraut gemacht: Veränderungen an Motor, Fahrwerk, Bremsen, und anderen Teilen.

Das Buch zeigt die Möglichkeit auf, sein Auto schneller und trotzdem fahrsicherer zu machen. Jeder Autofahrer kann viel davon profitieren, denn mit der Technik des Autos wird man am besten bei der Frisierarbeit vertraut.

Gert Hack, AUTOS SCHNELLER MACHEN — Automobil-Tuning in Theorie und Praxis, 384 Seiten, Ganzleinen, 32,— DM, Motorbuch-Verlag Stuttgart)

Das Thema: Alte Menschen im Ruhrgebiet. Berginvaliden, die es nicht länger zu Hause hält, als irgend nötig. Die sich dort einerseits überflüssig und störend im Tagesablauf fühlen, andererseits bevormundet und ausgenutzt werden.

Dem überarbeiteten Text von Max von der Grün hat der TV-Regisseur Hans Dieter Schwarze das Geschehen während seiner Dreharbeiten an diesem Stoff in tagebuchähnlichen Aufzeichnungen aufgefangen: Die Motivsuche der ersten Tage, Gespräche, Überlegungen, Tagesereignisse, Filmtechnisches und Anekdotisches aus der Arbeit am Fernsehfilm „Feierabend“.

(Max v. d. Grün / H. D. Schwarze, FEIERABEND, 88 S., Pappb., 8,80 DM, Paulus Verlag, Recklinghausen.)

Seit Jahren diffamieren Unternehmensverbände, Parteien (insbes. die CDU/CSU), Regierung, viele Organe der öffentlichen Meinung die Gewerkschaften. Peter von Schubert widerlegt in ANTIGEWERKSCHAFTLICHES DENKEN IN DER BUNDESREPUBLIK die Kritik an der Gewerkschaftspolitik Otto Brenners.

Seine Gewerkschaftspolitik soll undemokratisch, staats-, gemeinschafts- und wirtschaftsfeindlich sein. Die Argumentation der Kritiker in die auch Wehner, Schmidt und Schiller einzureihen sind, verrät: Mangel an volkswirtschaftlicher Sachkunde (dafür Wirtschaftsromantik) und politischer Phantasie (dafür um so autoritätsanfälliger).

(Peter von Schubert, ANTIGEWERKSCHAFTLICHES DENKEN IN DER BRD — 130 S., 12,80 DM, Europäische Verlagsanstalt Frankfurt/M.)

CDU-Heck für US-Krieg

Bundesminister für Familie
und Jugend propagiert
US-Aggression

Von Rolf Jürgen Priemer

In Presseveröffentlichungen des „Stern“ und des „CDU-Pressedienstes“ ist jetzt deutlich geworden, daß in der Bundesrepublik ein Familien- und Jugendminister amtiert, der sich eindeutig hinter den Völkermord der USA in Vietnam und hinter die Unterstützung der Bundesregierung für die US-Aggression stellt. Dr. Bruno Heck, Jugendminister und CDU-Generalsekretär, hat in seinem Rundschreiben Nr. III 2 — 1033 — 020 V an die Jugendbehörden der Länder von der Unterstützung der Hilfsorganisation „Terre des Hommes“ hinsichtlich ihrer Hilfe für vietnamesische Kinder abgeraten. Angesichts der Tatsache, daß in Vietnam bereits 200 000 Kinder getötet, 15 000 durch Verbrennungen und Napalmeinwirkung verletzt, 10 000 zu Krüppeln geschossen und 1000 geblendet wurden, ungeachtet der Mitteilung, daß 80 000 südvietnamesische Kinder als Vollwaisen gemeldet sind und ihre Zahl monatlich um rund 2000 wächst, verweist Heck auf die Unterstützungsmaßnahmen Bonns für das Saigoner Regime und für die amerikanische Politik, durch die wirksame humanitäre Unterstützung gewährleistet sei.

Dieser Zynismus ist unfabbar. Nicht zurückgenommen wurde bisher auch die Stellungnahme Hecks im Pressedienst seiner Partei, in der es zum Engagement der USA in Vietnam heißt: „Es kann keinen Zweifel daran geben, daß es

zu Recht erfolgte, in Erfüllung besonderer Vertragsverpflichtungen.“ Unter Hinweis auf Berlin und Korea befürwortet Heck außerdem die „Verteidigung der Freiheit“ auch an anderen Plätzen der Welt, ähnlich wie in Vietnam, als Pflicht der USA.

Damit hat sich Heck rückhaltlos hinter den Völkermord der USA gestellt und die Weltgendarmenrolle des amerikanischen Imperialismus gerechtfertigt. Bereits vor einigen Wochen hatte Heck versucht, die Verbreitung der Wahrheit über den Vietnam-Krieg zu kriminalisieren, indem das seinem Ministerium unterstellte Amt „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften“ eine Ausgabe des „Stern“ unter dem Vorwand der Jugendgefährdung indizierte, weil darin alarmierende Bilder vom Kriegsschauplatz enthalten waren. Nicht die rohe Gewalt der amerikanischen Aggressoren und ihrer Saigoner Marionetten, sondern die ungeschminkte Berichterstattung über sie wird vom Heck-Ministerium als „verrohend“ und „jugendgefährdend“ bezeichnet.

Mit der Verweigerung der notwendigen Hilfe für „Terre des Hommes“, mit der Unterdrückung der Wahrheit des Krieges — mit der Propagierung der US-Aggression hat sich Dr. Heck als Jugendminister endgültig disqualifiziert. Er hat gegen die im Grundgesetz geforderte Förderung des friedlichen Zusammenlebens der Völker verstoßen.

Der Deutsche Bundesjugendring will am 8. Juni in der traditionsreichen Frankfurter Paulskirche seinen 1. Jugenddelegiertentag als eine große Friedenskundgebung unter dem Motto „Denken und Handeln für den Frieden“ veranstalten. Als einer der Redner wurde Bundesminister Dr. Heck eingeladen. Er hat sich aber jetzt als untragbar erwiesen, als ungeeignet, auf einer Kundgebung dieser Zielsetzung zu sprechen. Er handelt nicht für den Frieden.

Die Jugendpolitik der Großen Koalition (II)

Bundesjugendplan - Druckmittel und Reservekasse

Die Bundesregierung ist bestrebt, die demokratischen Jugendverbände für ihre Politik einzuspannen. Wo diese Bemühungen nicht fruchten, wird immer wieder zu Repressalien gegriffen. Beliebtestes Instrument: Kürzung der Jugendförderungsmittel. In Zeiten, da die Ausgaben für Notstandspläne, Rüstung und Vietnam-„Hilfe“ steigen, wird bei den Jugendverbänden der Rotstift angesetzt.

Der Bundestag hat entschieden: Der Bundesjugendplan 1968 wurde gegenüber 1967 um 1,79 Mio. DM auf 45,87 Mio. gekürzt. Besonders betroffen sind die Mitgliedsverbände des Bundesjugendringes: Ihnen wurden für zentrale Aufgaben und politische Bildungsarbeit 230 000 DM weniger bewilligt als 1967. Wenn es nach dem Willen von CDU-Generalsekretär und Familienminister Dr. Heck gegangen wäre, hätten die Jugendverbände sogar 330 000 DM weniger bekommen. Gegen den Willen des Ministers milderte der Haushaltsausschuß des Bundestages die Kürzungspläne ein wenig. Dem Plan der FDP, lediglich um 60 000 DM zu kürzen, stand aber das CDU/CSU-SPD-Kartell fast einstimmig entgegen. Und so setzte man dann den Hobel an... Die Kürzungen, von Minister Heck veranlaßt, werden in den Jugendverbänden als ein Racheakt angesehen, mit dem sie für ihren Widerstand in Sachen „Besucherdienst“ (IJAB) bestraft und zu Wohlverhalten genötigt werden sollen¹⁾. Zu denken gibt, wel-

che Positionen Heck ausbauen ließ: für die politische Bildungsarbeit außerhalb der Jugendverbände, für Berlinfahrten inklusive Pilgerfahrt an die Mauer und die Freiheitsglocke sowie für „Eingliederungshilfen für junge Menschen aus der Zone und den Aussiedlungsgebieten“⁽¹⁾ werden erheblich mehr Mittel bereitgestellt als im Vorjahr.

Schwächung der Verbände

Seit längerer Zeit ist im Bundesfamilienministerium die Tendenz erkennbar, die Jugendverbände in ihrer Bedeutung herabzumindern, ihre Möglichkeiten einzuschränken. Besonders die politische Bildungsarbeit der Mehrzahl der Jugendorganisationen stößt bei Heck auf wenig Gegenliebe, und somit kürzt er die entsprechenden Mittel bei den freien Trägern, um sie in Bereichen zu erhöhen, auf die diese keinen Einfluß haben. Seit langem ist Heck bemüht, statt zum selbstverantwortlichen, kritischen, demokratischen Staatsbürger zu erziehen, die politische Bildungsarbeit nach emotional-nationalen Gesichtspunkten umzufunktionieren. 1965 warnte Heck: „Allerdings ist es an der Zeit, daß wir uns über Inhalt und Methoden der politischen Bildung einigen“²⁾. Im Bericht der Bundesregierung über die Bildungsplanung³⁾ wird im Abschnitt „Politische Jugendbildung“ kritisch das Bemühen der Jugendverbände vermerkt, überwiegend „Wissensstoff zu vermitteln und das rational-kritische Vermögen zu schulen“. Daher, so heißt es weiter, 19



wolle die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die Jugendverbände in ihrer Arbeit noch stärker alle Initiativen fördern, „Leistungen für den Nächsten und für das Gemeinwohl“ zu erbringen und in „kleinen überschaubaren Gruppen“ und weniger mit großen Veranstaltungen zu arbeiten. Dafür, daß die Mehrzahl der Jugendverbände in der politischen Bildung den Griff in die Mottenkiste des Nationalismus nicht mitvollziehen und nicht in „kleinen, überschaubaren“ Sandkästen Politik spielen mochte, erhielten die Verbände jetzt die Qultung — ihre Mittel für die politische Bildungsarbeit wurden gekürzt.

Beispiel SDS

Die Skala der Möglichkeiten, mittels des Geldhahnes auf die Politik eines Verbandes Einfluß zu nehmen, hat die Bundesregierung bereits einmal durchexerziert: im Falle des SDS. Ihm wurden aus politischen Gründen die Bundesmittel entzogen und bisher trotz eines Urteils des Verwaltungsgerichtes Köln, das dem SDS Recht gab, nicht wieder gewährt. Während rechtsextreme Organisationen mit revanchistischen und friedensgefährdenden Ansprüchen, wie die Deutsche Jugend des Ostens, unbehelligt und öffentlich gefördert arbeiten können, will man hinsichtlich der Repressalien gegen den SDS sogar noch einen Schritt weitergehen. Das Bundesinnenministerium kündigte durch seinen damaligen Chef, Minister Lücke, an, man wolle den SDS „notfalls verbieten“ ¹⁾ Die jetzt von der Großen Koa-

lition beschlossene Kürzung bringt die Jugendverbände in arge Bedrängnis. DBJR-Vorsitzender Flegel machte folgende Rechnung auf: diese Kürzung und eine fällige 3,5%ige Personalkostenerrhöhung sowie die Auswirkungen der Mehrwertsteuer mit ihren Preiserhöhungen, vor allem bei den Verpflegungssätzen in den Bildungsstätten, müssen insgesamt im Zusammenhang mit dem allgemeinen Kaufkraftschwund zwangsläufig zu einer Besneidung der Aktivitäten der Jugendorganisationen auf dem Gebiet der politischen Bildung führen.

Sozialisten und Demokraten ins Parlament

Diskussion des SDS und der Sozialisten über Bundestagswahlkampf 1969

In Offenbach trafen sich Vertreter der verschiedensten sozialistischen Gruppen und beschlossen, in einem „Sozialistischen Zentrum“ zusammenzuwirken. Nordrhein-westfälische Kommunisten haben eine Teilnahme an den Bundestagswahlen 1969 angekündigt. Sie streben ein Wahlbündnis aller Demokraten und Sozialisten an. Der Bundesvorstand der DFU forderte dazu auf, dem demokratischen Bündnis, das in den Bewegungen „Notstand der Demokratie“ und „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ bestehe, eine parlamentarische Vertretung zu schaffen. Ein Bündnis gleichberechtigter Partner solle zur Bundestagswahl geschaffen werden, um die Stimme der demokratischen Opposition zu Gehör zu bringen, effektive Kontrolle zu üben und eine klare Alternative zu vertreten. Die Diskussion der Linken über die Bundestagswahl und über die Haltung der außerparlamentarischen Bewegung zum Parlament wird sehr lebhaft im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) geführt. Über die außerordentliche Delegiertenkonferenz des SDS zu Fragen des Parlamentarismus berichtet der Vorsitzende des SDS Wuppertal, Stephan Voets:

Deutlich standen sich von Anfang an zwei Positionen gegenüber: die des „antiautoritären Lagers“ und die derer, die einen konsequenten Marxismus-Leninismus vertreten, so insbesondere im Hinblick

Die Vorgänge um den diesjährigen Bundesjugendplan im Rahmen des Bundeshaushaltes haben erneut gezeigt, daß die Bundesregierung die Jugendförderungsmittel sowohl als politisches Druckinstrument wie auch als Reservekasse zugunsten anderer, ihr wichtigerer Positionen zu nutzen versteht.

Uwe Sommer

auf den Parlamentarismus. Wenn auch unausgesprochen, bestand Einigkeit allein darüber, daß gewöhnlich unter den Bedingungen des Kapitalismus ein Parlament allen möglichen Zwecken dient, nur nicht der Vertretung der Interessen des Volkes. Aber hinsichtlich der Rolle und der Möglichkeiten dieser Institution ergaben sich grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten.

Die „Antiautoritären“ verfochten folgende Auffassung: In Ländern wie der BRD habe das Parlament einzig die Aufgabe, die Bevölkerung von der Wahrnehmung ihrer Interessen durch den bloßen Schein eben dieser Wahrnehmung abzuhalten, Opposition durch eine parlamentarische Scheinopposition zu kanalisieren und bei der Bevölkerung die Illusion zu erzeugen, das Parlament sei Entscheidungsstätte und die Wahl Entscheidungsakt — was dann Machtverhältnisse und tatsächliche Entscheidungsakte verschleierte. Da das Parlament ausschließlich dazu diene, bereits gefaßten Entschlüssen der herrschenden Klasse den Schein demokratischen Beschlusses zu geben und durch die Erzeugung von Illusionen die Bevölkerung völlig zu entmündigen, ergebe sich die Konsequenz: Für die Antiautoritären gibt es als Konzeption nur den antiparlamentarischen Kampf, der jede Wahlbeteiligung ablehnt und das Parlament zu entlarven versucht. Als Perspektive wird eine schrittweise Selbstorga-

nisation von Individuen und Räte Demokratie abgelehnt. Aus dieser Perspektive sind kommunistische und sozialistische Parteien veraltet, bürokratisch und sinnlos autoritär (und damit selbst eine Wurzel allen Übels). Diejenigen, die versuchten, historische Perspektiven und Erfahrungen mit einzubeziehen (und deshalb mit einem negativen Unterton „Traditionisten“ genannt werden), die starke Minderheit der Marxisten-Leninisten, hatte keinen leichten Stand. Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung wußte sie: antiautoritäre, auf Individuum und Spontaneität ausgerichtete Konzeptionen (wie z. B. der Anarchismus) sind alt und ihr Auftauchen in nichtrevolutionären Phasen unter Studenten ist typisch. Diese simple Wahrheit aber auf der Delegiertenkonferenz auszusprechen, wäre schulmeisterlich erschienen. Die sachliche Position der Marxisten-Leninisten war folgende: Die Funktion, die das Parlament für die herrschende Klasse hat, ist nur die eine Seite der Medaille, denn hier entscheiden die Kräfte der Klassen. Eine sich organisierende linke Bewegung kann sehr wohl das Parlament für ihre Zwecke nutzen. Da die Masse der Bevölkerung auf den Parlamentarismus fixiert ist, muß der Klassenkampf auch auf dieser Basis geführt werden — und diese Funktion kann von kommunistischen und linkssozialistischen Abgeordneten wahrgenommen werden. Natürlich können durch parlamentarische Arbeit Illusionen erzeugt werden, aber einerseits werden gleichzeitig andere zerstört (Beitrag zum Bewußtwerdungsprozeß) und andererseits wäre es lächerlich, wenn Marxisten schon an den Gefahren des Parlaments scheitern sollten — sie wären unfähig für die Realität des gesamten politischen Kampfes. Das Parlament erweist sich als ein mögliches Mittel zur Veränderung der Gesellschaft. Natürlich kann parlamentarische Arbeit in keiner Weise die eigentlich entscheidende Arbeit in der Bevölkerung selbst und schließlich der Bevölkerung selbst ersetzen — aber sie kann dabei helfen, wenn es gelingt, das Parlament zur „Tribüne des Klassenkampfes“ (Lenin) zu machen. So wird nicht nur die Funktion, die das Parlament für die herrschende Klasse hat, störrisch, so können auch einige formaldemokratische Möglichkeiten des Parlaments inhaltlich gefüllt werden. Den Parlamentarismus kategorisch zu be-



kämpfen, heißt eine Möglichkeit der eigenen Politik abzulehnen. Die Gefahr der eigenen Schwäche besteht überall, und auch die Manipulationen der herrschenden Klasse gibt es überall. Dem aber stehen nicht bloß spontane Entscheidungsakte einzelner Individuen, sondern objektive Bedingungen und der organisierte Kampf der Arbeiterbewegung gegenüber. Ebenso, wie die Pressearbeit der Arbeiterbewegung unter den Bedingungen des Kapitalismus und seiner Pressekonzentration nicht aufgegeben werden kann, kann auch die parlamentarische Arbeit nicht einfach abgelehnt werden — es kommt weniger darauf an, wie der Parlamentarismus derzeit aussieht, als darauf, was aus und mit ihm gemacht werden kann. Die Perspektive dieser Konzeption: Herstellung eines breiten Bündnisses aller demokratischen und antikapitalistischen Kräfte, kein Verzicht auf irgendwelche sich bietende Mittel, nur weil die herrschende Klasse sie zur Zeit benutzt, außerparlamentarische Arbeit mit möglicher parlamentarischer Unterstützung, denn das Kernproblem ist der Klassenkampf mit seinen Machtverhältnissen, und es geht darum, die eigene Macht auszubauen. Die Marxisten-Leninisten — auch sie nicht ohne Fehler — fanden bei den Antiautoritären kaum Gehör. Doch eines der größten Probleme war die egozentrische, unsozialistische und direkt feindliche Haltung der Antiautoritären — sei es die ebenso hysterische wie sachlich falsche Attacke eines Reimut Reiche gegen die KPD, sei es das Unterbrechen von Rednern durch Klatschen, Trampeln und Ho-Chi-Minh-Rufe, sei es die Anwendung von Schimpfwörtern, Luftballons und Knallkörpern. Hier sollte im Vordergrund stehen, daß sachliche Differenzen unter Genossen nur auf solidarischer Basis im Lernen voneinander ausgetragen werden können. Stephan Voets

ÖTV- und Bergbau-Jugend tagten

Jugend in der Verantwortung

In zwei bedeutsamen Konferenzen hat sich Mitte April die gewerkschaftlich organisierte Jugend zu Wort gemeldet und ihre Vorstellungen von Betrieb, Politik und Gesellschaft artikuliert. In Oberhausen trafen die 75 Delegierten der 17 000 jugendlichen Mitglieder der IG Bergbau und Energie zu ihrem 9. Gewerkschaftsjugendtag zusammen; in Wuppertal fand die Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr statt, an der für 96 000 junge Gewerkschafter 103 Delegierte teilnahmen. An ein wesentliches Grundrecht der jungen Generation erinnerten die jungen Bergleute: an das Recht auf Arbeit, das in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen verankert ist. Zu diesem Verfassungsartikel wird ein Sondergesetz gefordert, das den Anspruch auf Arbeit realisiere. Die Konferenz betonte in ihrem einstimmig angenommenen Beschluß: Die Zeit des wirtschaftlichen Rückganges habe gezeigt, daß Verfassungsrechte allein nicht ausreichen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Im Frühjahr 1968 seien im Bereich des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen noch immer 9 600 junge Menschen unter 21 Jahren als Arbeitslose registriert worden. Beide Gewerkschaftsjugendkonferenzen lehnten erneut jede Notstandsgesetzgebung ab. Die ÖTV-Jugend rief zudem zum Sternmarsch der Notstandsgegner nach Bonn am 11. Mai auf. Gleiche Positionen wurden zur Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre und zur Verurteilung des Militärregimes in Griechenland bezogen. Nach Auffassung der Bergbau-Delegierten sollen die Gewerkschaften Studienfahrten und Seminare in den sozialistischen Ländern einschließlich der DDR durchführen. Die ÖTV-Jugendkonferenz stellte fest, es bestünden zwei deutsche Staaten; Beiträge zur Annäherung der beiden Staaten sollten von

der Regierung, aber auch von den gesellschaftlichen Gruppierungen erbracht werden. Die ÖTV solle sich daher beim DGB für Kontakte zum FDGB in der DDR einsetzen. Für den Fall, daß dies nicht glücke, soll sich die ÖTV selbst um das Zustandekommen solcher

Kontakte bemühen. ÖTV-Vorsitzender Kluncker ließ auf der Konferenz deutlich werden, daß er diesen Gedanken positiv gegenübersteht: „Die Bemühungen um eine Entspannung und Normalisierung der Verhältnisse mit den Ostblockstaaten können auf die Dauer nicht an der DDR vorbeigehen.“ Beide Konferenzen erklärten sich mit der protestierenden Jugend solidarisch. Gewisse Formen und Methoden des studentischen Protestes stießen jedoch auf Unverständnis und sogar auf scharfe Ablehnung. Die ÖTV-Jugend unterstützt die „berechtigten Aktivitäten“ junger Menschen für eine Modernisierung und Demokratisierung des Schul- und Hochschulwesens sowie für die Beteiligungsrechte junger Menschen in Betrieb und Verwaltung. Es soll eine Erklärung gegenüber den Studentenorganisationen abgegeben werden, in der die Bereitschaft geäußert wird, Aktionen zur Demokratisierung der Gesellschaft gemeinsam zu planen und durchzuführen. Auch in dieser Frage unterstützen die Gewerkschaftsvorsitzenden Arendt und Kluncker die Haltung „ihrer“ Jugend. Sie kündigten Gespräche der Gewerkschaften mit den Studenten an. Heinz Kluncker verteidigte das Recht aller Staatsbürger und aller Gruppen — auch der Minderheiten — auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit. Kluncker forderte dazu auf, nicht allein den Schülern und Studenten zu überlassen, wie das Bild von der Jugend geprägt werde. Die jungen Arbeitnehmer sollten Einfluß nehmen auf die konkreten politischen Entscheidungen. Einig sind sich die ÖTV- und Bergbaujugend in der Ablehnung der Pressekonzentration und in der Verteidigung des öffentlich-rechtlichen Charakters der Rundfunkanstalten. In diesem Zusammenhang befürwortet die ÖTV-Jugend die Herausgabe einer eigenen Tageszeitung durch den DGB. Die Konferenzen bestätigten

Jugendsozial- und Bildungspolitik der Gewerkschaftsjugend, besonders hinsichtlich der Forderung nach einem Berufsausbildungsgesetz und nach Verbesserung des Jugendarbeitsschutzes. Die ÖTV Jugend verlangt die Kürzung der Wehrpflicht auf 12 Mona-

te, die Abschaffung der Prüfungsverfahren für Wehrdienstverweigerer und die Zahlung eines Überbrückungsgeldes von 2000,— DM für die aus Wehr- oder Ersatzdienst entlassenen Jugendlichen. Einig waren sich die Konferenzen in der Forderung nach Maßnahmen gegen den Rechtsradikalismus. Verstärkt solle die ÖTV Forderungen nach Mitbestimmung und nach Überführung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum propagieren, hieß es ferner. Kritisiert wurde die Einschränkung der Jugendarbeit durch den DGB. Gemeinsamkeit gab es auch in der Empörung über die Verschleppung der südkoreanischen Kollegen aus der Bundesrepublik. Die feindseligen Handlungen in Vietnam müßten beendet werden hieß es weiter. Die ÖTV-Jugend verlangte zudem die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Verurteilt wurde die Haltung arabischer Nationalisten gegenüber Israel. Andererseits forderte die ÖTV-Jugend die Regierung Israels auf, die eroberten Gebiete zurückzugeben und sie bis zu einer friedensvertraglichen Regelung unter die Kontrolle der UNO zu stellen. Nach Meinung der ÖTV-Jugend soll die Verbreitung von Zeitschriften aller politischen Richtungen möglich sein; das Verbot kommunistischer Zeitschriften verstoße gegen das Grundgesetz. Die beiden Konferenzen spiegelten die Problematik, vor die sich die Jugend heute gestellt sieht, deutlich wider. Im Bergbau sind es besonders junge Menschen, die unter der Strukturkrise und unter mangelnder Berufsausbildung zu leiden haben. Ihnen soziale Sicherheit zu erkämpfen, ist die Tagesaufgabe der Gewerkschaft. Die ÖTV-Jugend ist gemäß ihrer Struktur besonders allen innenpolitischen Geschehnissen gegenüber zur Antwort verpflichtet. Diese Antwort der zahlreichen Delegierten aus dem öffentlichen Dienst, aber auch aus dem privaten Dienstleistungsbereich fiel klar aus: für Demokratie, gegen den autoritären Rüstungsstaat. Die beiden Konferenzen dürften den künftigen Jugendkonferenzen einzelner Gewerkschaften und des DGB wesentliche Impulse gegeben haben. Ulrich Sander 21

1. siehe „elan“ Nr. 4/68, April, S. 19 ff
2. „Politik“, herausgegeben vom Kuratorium Unteilbares Deutschland, 3/1965
3. „Bericht über den Stand der Maßnahmen auf dem Gebiet der Bildungsplanung“, herausgegeben am 13. 10. 1967 von der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache V/2166
4. „Die Welt“ vom 15. 2. 1968

Lieder der Arbeiterjugend

Manfred Voß
Lied vom 1. Mai

Gustav Kulkes seliges Ende

Als im Frühjahr 1929 die Arbeiterklasse ihren Kampftag, den 1. Mai vorbereitete und diesen Tag unter der Losung des Kampfes gegen die zunehmende Militarisation stellten, verbot der damalige sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Zörgiebel, jegliche Demonstration. Aber entsprechend ihrer Tradition gingen die Berliner Arbeiter am 1. Mai auf die Straße. Zörgiebel läßt am Bülow-Platz das Feuer auf die Demonstrierenden eröffnen. 33 Menschen fallen an diesem Tag dem Polizeiterror zum Opfer. Mehrere Hundert werden verletzt, 1200 verhaftet. Die Methoden unterschieden sich nicht von denen, mit der die preußisch-kaiserliche Polizei gegen die Arbeiterklasse vorgegangen war. Und auch heute: Terror der Reaktion, 1967 fällt ein Mann, der Student Benno Ohnesorg. In diesen Tagen wurde aus dem gleichen Geist heraus der Student Rudi Dutschke niedergeschossen. Der proletarische Schriftsteller Erich Weinert benutzt die Form einer Satire, um die Verhältnisse von 1929 in einem Lied anzuprangern. Ein Dutzend gesetzlicher Feiertage verzeichnet unser Kalender. Den Ersten Mai erkämpfte sich die Arbeiterklasse als Kampftag für die Durchsetzung ihrer Ziele und Forderungen. Die Herrschenden setzen alles daran, diesen Feiertag zu unterdrücken. So ist die Geschichte des 1. Mai eine Geschichte von Klassenkämpfen. „Entlassen am 2. Mai 1890“ weist in Deutschland ein Stempel in den Arbeitsbüchern die ersten Kämpfer für den Maifeiertag aus. 1889 beschloß der Internationale Arbeiterkongreß in Paris, den 1. Mai zum internationalen Kampftag der Arbeiter zu benennen. Die deutsche Arbeiterklasse ging am 1. Mai 1890 auf die Straße. Entlassungen und Verfolgungen sind die Antwort der in Staat und Betrieben Herrschenden. Unterdrückung des 1. Mai und Verfallschuld seiner Zielsetzung auch im 1. Weltkrieg und in der Zeit des Faschismus. Heute, über 20 Jahre nach dem Ende der Nazi-Herrschaft, ist der 1. Mai ein anerkannter Feiertag. Jedoch der Kampf um den Inhalt der Maifeiern muß weiter und verstärkt geführt werden. Denn wenn die Herrschenden in diesem Staat den 1. Mai benutzen, um den Kampftag der Arbeiterklasse zu deformieren, ihn als Demonstration einer Sozialpartnerschaft in die Hand kriegen und

die Vernebelung der Klassengegensätze auf den Maifeiern betreiben, ist es schon wieder weit gekommen. Denn Lübkes Rat auf der Maifeier 1966 in Berlin: Man darf Sozialpolitik nicht nur mit dem Blick auf materielle Errungenschaften betreiben“, ist doch die verschleierte Forderung auf Verzicht von Lohnerhöhungen und auf Belassung des derzeitigen Zustands. 1968 ist die Zeit fortgeschritten. Man weiß in Bonn, daß der Arbeitsfrieden unter den Voraussetzungen einer monopolkapitalistischen Gesellschaft nicht ewig zu wahren ist. Der Irrationalismus einer kapitalistischen Wirtschaftsführung zwingt den Arbeiter auf der Hut zu sein und sich seinen Teil auch mittels Streiks zu erzwingen. Und gerade für den Zeitpunkt möchte man in Bonn gerüstet sein. Hierzu benötigt man die Notstandsgesetze. Um diese Notstandsgesetze zu verabschieden gingen die Herrschenden in Bonn sogar so weit, die Sozialdemokraten an der Regierung zu beteiligen. Denn das interne Regierungsprogramm der „Großen Koalition“ sieht die Verwirklichung der NS-Gesetze vor. Man geht den alten reaktionären Weg. Um die gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung zu unterbinden, braucht man die NS-Gesetze. Die Versuche, das Grundgesetz zu verändern und die Notstandsparagraphen in die Verfassung einzufügen, bedeutet die Führung des Klassenkampfes von oben, im Auftrag des Monopolkapitals. Die Zeit ist fortgeschritten. Aber lassen wir es nicht so weit treiben, wie die Süddeutsche Zeitung am 13. 4. 68 über die diesjährige Maifeier in Spanien meldet: „94 Arbeiter sollen demnächst in Madrid vor Gericht gestellt werden, weil sie Vorbereitungen für eine nicht zugelassene Feier zum 1. Mai getroffen hatten. Das teilte in Brüssel der Internationale Bund freier Gewerkschaften (IBFG) mit.“

Für Gruppenleiter:

Ein Report zum 1. Mai unter dem Titel „Vorwärts und nicht vergessen!“, Textbuch und Tonband, ca. 90 Minuten lang, ist bei Hannes Stütz, 8 München, Reichenbachstraße 35, gegen geringe Gebühr zu entleihen.

Gustav Kulkes seliges Ende



Gustav Kulke war zu Kaisers Zeiten ein berittner Schutzmann in Berlin. Gustav durfte durch die Straßen reiten und am Ersten Mai den Säbel ziehn.

Gustav ritt die schneidigsten Attacken. Manche Schwärte hat er abgepeilt. Grimmig kriegte er den Feind zu packen, denn er war ein Preuße und ein Held.

Kam sein Kaiser in die Ordenswochen, war für Gustav auch ein Blech dabei. Dieses ward ihm dankbar angestochen von dem Präsident der Polizei.

Aber ach, sein Kaiser kam abhanden. Gustav Kulke wurde abgebaut. Zähneknirschend stand er nun am Brandenburger Tor und räsonierte laut.

Gustav kaufte eine Bierbucke in der Krümelstraße Nummer drei. Und er fluchte auf die Republik und die schlappe grüne Polizei.

Ach, und immer, wenn der Erste Mai kam, putzte er sein Polizistenschwert. Und bei jeder Fahne, die vorbeikam scharfte er wie ein Soldatenpferd.

Gustav spülte seinen Kummer runter. Aber Gustav spülte allzuviel. Und auf einmal war er nicht mehr munter und begab sich auf den Sterbepfuhl.

Eines Tages wollte seine Seele still entfliehn – es war der Erste Mai –, da vernahm er preußische Befehle. Durch die Straßen schoß die Polizei.

Gustav ging ein Ruck durch alle Glieder, als er morgens in die Zeitung sah. Gustav sprach: Nun kommt mein Kaiser wieder! Denn der Preußengeist ist wieder da!

Gustav ließ sich seinen Säbel reichen, griff noch einmal um den Messingknäuf, schlug aufs Bett und gab mit einem weichen Lächeln seinen Polizeigeist auf.

Worte: Erich Weinert, 1929 – Melodie: nach volkstümlichen Motiven bearbeitet von Hanns Eisler.

elan magazin

Vor einem langen heißen Sommer

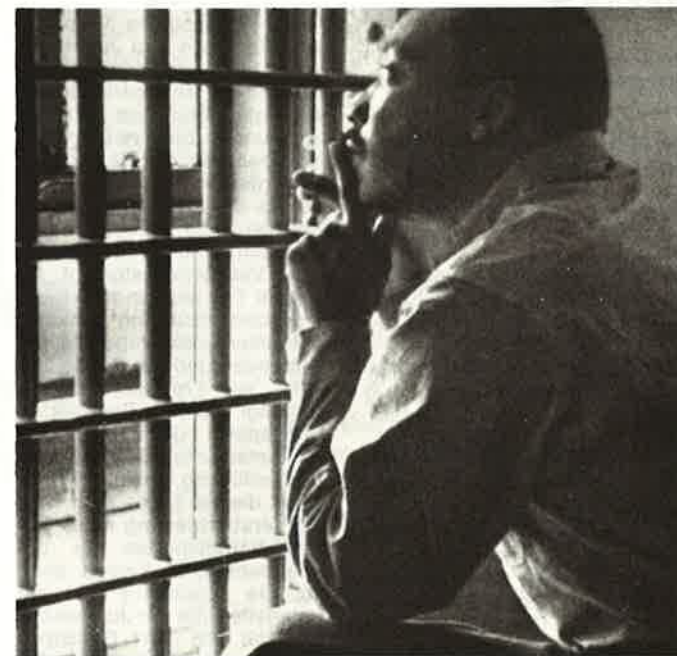
Nach dem Mord der US-Reaktion an Martin Luther King verschärfen sich die Klassenkämpfe

Von Ulrich Sander

Der Schuß von Memphis, der am 4. April den Führer der Bürgerrechtsbewegung der amerikanischen Neger, den Friedensnobelpreisträger Dr. Martin Luther King tötete, war auch der Startschuß der weißen Rassenfanatiker für einen langen heißen Sommer. Einen heißen Sommer, den sie der kämpfenden Negerbevölkerung bereiten wollen. Die 23 Millionen Neger der USA leben in ihren Ghettos ohne Hoffnung und ohne Chance. Eine der schwersten Bürden des schwarzen Mannes ist die Diskriminierung in der Arbeitswelt. Die Arbeitslosenrate der Neger ist doppelt so hoch wie die für Weiße. An diesem Zustand hat sich seit zehn Jahren nichts verändert. Die Arbeitslosigkeit unter Negerjugendlichen ist heute höher als zur Zeit der großen Depression der 30er Jahre. Der Unterschied zwischen den Einkommen der weißen und schwarzen Arbeiter wird ständig größer. Auch unter den beschäftigten Negern liegt das Einkommen wie bei den Arbeitslosen vielfach unter dem Existenzminimum. Groß ist die Wohnungsnot der Farbigen. Es ist ihnen nahezu unmöglich, außerhalb ihrer Ghettos zu wohnen. 2000 Kinder werden jährlich allein in New York mit Rattenbissen in die Krankenhäuser eingeliefert. Als aber im USA-Kongreß 40 Millionen Dollar zur Bekämpfung der Rattenplage in den Slums beantragt wurden,

lehnte eine Mehrheit diesen Antrag ab und bewilligte gleichzeitig ein 30-Milliarden-Dollar-Budget für die Ausweitung der US-Aggression in Vietnam.

Eine unerträgliche Diskriminierung der Neger liegt auch in der fortgesetzten Rassentrennung im Bildungswesen und im Mißbrauch der Polizeigewalt begründet, die Weiße und Schwarze unterschiedlich behandelt. Die Bürgerrechtsgesetzgebung wurde im Kongreß ebenso vernachlässigt wie die Gesetzgebung gegen die Verbreitung von Schusswaffen. Jetzt ist es sichtbar: Keines der elementaren Menschenrechte wollen die Herrschenden den Negern zubilligen. Die Blutspur der Reaktion begann vor Jahren in den Südstaaten und führte jetzt nach Memphis und darüber hinaus. Im November 1963 wird in Dallas der liberale Präsident Kennedy ermordet. Weiße Rassenfanatiker foltern im Juni 1964 in Neshoba/Mississippi drei weiße und schwarze Bürgerrechtskämpfer zu Tode. Im März 1965 wird die Bürgerrechtskämpferin Viola Liuzzo und im August der Student Jonathan Daniels ermordet. Auf den Bürgerrechtskämpfer James Meredith wird im Juni 1966 ein Mordanschlag verübt. Im Sommer 1966 und 1967 provozieren in zahlreichen Städten weiße Rassisten heftige Rassenunruhen. Dr. Martin Luther King wird verletzt. 120 Tote – zumeist Neger – und 3000 Verletzte sind die grausige Bilanz des „heißen Sommers“ 1967. Am Abend des 4. April 1968 wird Friedensnobelpreisträger King ermordet. Rund 30 Todesopfer sind nach den Zusammenstößen mit 100 000 Soldaten der Nationalgarde zu be-



klagen, die dem Attentat folgen. King hatte der Herrschaftsclique der USA die Maske vom Gesicht gerissen, indem er über den Vietnamkrieg sagte: „Dieser Krieg hat das bizarre Schauspiel geschaffen, daß die Streitkräfte der USA zu der gleichen Zeit und auf die gleiche Weise in den Ghettostraßen Amerikas und in den Dschungeln Asiens kämpfen.“ Martin Luther King hat für seinen Kampf persönliche Opfer gebracht: er hat in Gefängnissen gesessen, wurde verprügelt, beschimpft, bespuckt. „Die Heuchelei, die von den Vertretern der Regierung der Vereinigten Staaten nach dem Mord an Dr. Martin Luther King zur Schau getragen wurde, hat mich ganz krank gemacht“, sagte James Meredith. Er hatte die Reden der Politiker einerseits registriert, wie auch ihre Unterlassungen: keine Verabschiedung aller notwendigen Gesetze zur Hilfe für die Neger. Während Johnson offiziell noch Krokodilstränen vergoß, beauftragte er gleich-

zeitig den ehemaligen stellvertretenden Verteidigungsminister Cyrus Vance mit der Koordination des Vorgehens gegen die farbigen Demonstranten. Auch bei uns nahm die Heuchelei für Martin Luther King ein unerträgliches Ausmaß an. Es wurde verschwiegen, daß er mehr war als ein Apostel der Gewaltlosigkeit, daß er im Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker voranritt und daß dieser Kampf mehr ist als Rassenkampf, daß er Klassenkampf ist. King lehnte die Zugeständnisse an die Ideologie der modernen Kreuzritter und Weltgendarmen ab. Die Rührseligkeit Johnsons, der Springer-Presse und der CDU/CSU beleidigt sein Andenken. Der Negerführer Dick Gregory hat diesen Kräften eine eindeutige Antwort gegeben: „Hört endlich auf, von Gewaltlosigkeit zu reden, wenn ihr von unserem Bruder Martin Luther King sprecht. Denkt besser daran, für was er gekämpft hat: für Gleichberechtigung.“

Festival: Vietnam hilfe

Unser Mitarbeiter berichtet aus der bulgarischen Hauptstadt über die geplanten Solidaritätsaktionen mit Vietnam

Von Heinz-Jürgen Nieth

Während ich diese Zeilen schreibe, sind noch dreieinhalb Monate Zeit, bis hier in Sofia die IX. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für Solidarität, Frieden und Freundschaft eröffnet werden.

Ein Ereignis, zu dem sich bisher bereits über 1200 Jugend- und Studentenorganisationen aus über 120 Ländern angemeldet haben.

Die Jugend der Welt wird also in Sofia dabei sein. Das Festival — eine unbezahlbare Weltreise, durch keinen Urlaub an der Costa Brava aufzuwiegen!

Bei diesem Ereignis wird die Jugend der Welt Bericht geben über die nationalen Solidaritätsaktionen mit Vietnam, wie auch über die internationalen Kampagnen des Weltbundes der Demokratischen Jugend und des Internationalen Studentenbundes.

Die Vertretung aus der Bundesrepublik wird in einen Erfahrungsaustausch darüber eintreten können, wie Solidarität mit dem Volk Vietnams geübt werden kann. Zahlreiche Jugendorganisationen haben Spendenaktionen von imponierendem Ausmaß eingeleitet, besonders um Medikamente und Fahrräder für die Befreiungsfront anzuschaffen. Und das Internationale Vorbereitungskomitee des Festivals hat jetzt bunte Spendenmarken herausgegeben, die auf Briefe und Karten geklebt werden können. Der Erlös aus dem Verkauf dieser Marken dient der Hilfe für Vietnam.

Welche bedeutende Rolle die Solidaritätskampagne bei dem diesjährigen Festival spielen wird, geht insbesondere aus dem jetzt von der Ständigen Kommission des Internationalen Vorbereitungskomitees beschlossenen Programm zur „Solidarität mit dem Vietnamesischen Volk und seiner Jugend“ hervor. Unter diesem Motto steht bereits die Eröffnungskundgebung.

An alle Nationalen Vorbereitungskomitees und Jugendorganisationen hat das Festivalkomitee die Bitte gerichtet, für die Demonstrationen Transparente und dekorative Elemente vorzubereiten, die die Solidarität verdeutlichen.

Bereits der zweite Tag der IX. Weltfestspiele wurde vom IVK als Solidaritätstag mit der Jugend Vietnams festgelegt. An diesem Tag werden zahlreiche Freundschaftstreffen mit den vietnamesischen Jugendlichen stattfinden und am Rande von Sofia ein Freundschaftspark angelegt werden. Das hierbei eingesparte Geld wird den vietnamesischen Delegationen zur Verfügung gestellt. Höhepunkt dieses Tages aber wird die Verabschiedung eines Solidaritätstransportes für die vietnamesische Jugend sein, der die Geschenke und die materielle Hilfe der Jugend der Welt mit sich führt. Gleichzeitig wird eine Delegation des Festivals nach Vietnam abreisen, um die Geschenke zu überreichen. Sie soll noch vor Beendigung des Festivals zurückkehren, um vor den Teilnehmern über ihre Reise zu berichten.

Aber auch die vietnamesische Jugend wird bei diesem Festival alle Anstrengungen unternehmen, um den Festivalteilnehmern einen möglichst großen Einblick in ihr Leben, ihren Kampf und ihre Kultur zu geben. Diesem Zweck, so kündigten die vor einigen Tagen hier in Sofia weilenden Delegationen der „Arbeiterjugend von Vietnam (DRV)“ und des „Jugendverbandes für die Befreiung von Südvietnam“ an, soll ein großes Vietnam-Zentrum in Sofia dienen. Ein Zentrum, das Ausstellungen über das vietnamesische Volk enthält, in dem täglich Filme vorgeführt werden, in dem sich jeder über das Leben in Vietnam informieren kann und in dem Konferenzen sowie Treffen stattfinden werden.

Insgesamt werden 300 Jugendliche aus Nord- und Südvietnam am Festival in Sofia teilnehmen. Es wird jeder Teilnehmer die Möglichkeit haben, sich näher über Vietnam zu informieren. Jeder hat also die Chance, mit einem Partisanen zu sprechen, mit Kämpfern, die bei Hue und Saigon dabei waren.

In der Veröffentlichung des IVK zum Vietnam-Solidaritätsprogramm wird vorgeschlagen,

Mitte Dezember 1968 eine internationale Solidaritätskonferenz der Jugend und Studenten einzuberufen. Geplant ist eine Unterschriftensammlung während des Festivals. Die teilnehmenden Organisationen können dabei ein Dokument des IVK unterzeichnen, in dem Solidarität mit dem kämpfenden und leidenden Volk Vietnams zum Ausdruck kommt. Die besten Chansons und Filme, die Vietnam gewidmet sind, sollen während des Festivals mit besonderen Preisen ausgezeichnet werden. Für junge Amerikaner und Vietnamesen wird ein Treffen organisiert.

Das Festival wird also, das kann schon heute gesagt werden, wesentlich zur Verstärkung der Weitsolidarität für das Volk Vietnams beitragen.

„Warum ich gefeuert wurde“

Junger Arbeiter protestiert gegen Vietnam-Kriegsgewinnler

Von Reiner Altman

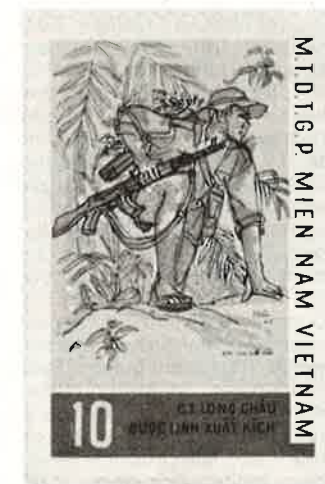
Bis zu meiner fristlosen Entlassung war ich Packer im Frankfurter Metallbetrieb NA-XOS-Union. Vor einigen Wochen habe ich eine Kiste mit Schleifscheiben an die Firma Dow-Chemical verpackt. Ihr wißt doch sicher, daß die Dow-Chemical in den USA Napalm herstellt, mit dem in Vietnam Männer, Frauen und Kinder grausam verstümmelt und umgebracht werden.

Ich hielt es für meine Pflicht, die Kollegen bei Dow-Chemical darauf hinzuweisen, daß sie in einer Firma arbeiten, die an einem schmutzigen Geschäft verdient. Kurz ent-

Fortsetzung auf Seite 26



Die Spendenmarken sind beim Arbeitskreis Festival, 605 Offenbach/M., Postfach 250, erhältlich. Dort



kann man sich auch zum Festival anmelden. Frühes Kommen sichert Platz! Für 548,— DM sind Sie dabei.

Tagebuch der Redaktion



„Ein Mörder sieht Dich an“ hatten wir als Schlagzeile in der Januarausgabe neben ein Johnson-Foto gesetzt. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft sah in dieser Feststellung eine „Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes“. Strafbar nach § 103 des Strafgesetzbuches. Eine spontane Solidaritätsaktion brachte dem zuständigen Frankfurter

Staatsanwalt Pfeifer eine Flut von Selbstanzeigen: etwa 700 Personen stellten fest: „Johnson ist ein Mörder“. Und erstatteten wegen dieser Äußerung Anzeige gegen sich selbst. Ergebnis der Solidarität: beim Frankfurter Landgericht trat man den Rückzug an. Sang- und klanglos wurde am 8. April das Ermittlungsverfahren gegen die Verantwortli-

chen unseres Jugendmagazins eingestellt.

Es war unhaltbar, uns für etwas vor den Kadi zu schleppen, was mindestens jeder zweite in diesem Lande denkt.

★

Dafür haut die Frankfurter Staatsanwaltschaft in Sachen „Prozeß gegen Hermann Sittner“ kräftig auf die Pauke.

elan-Redakteur Hermann Sittner hatte auf einem Steckbriefplakat Bundeskanzler Kiesinger der „Beihilfe zum organisierten Völkermord durch politische, finanzielle und moralische Hilfe bei der Aggression der USA in Vietnam“ beschuldigt.

„Kiesinger und sein Kabinett unterstützen einen Mörder!“ hieß es auf dem Plakat weiter. Bundeskanzler Kiesinger stellte daraufhin Strafantrag gegen Sittner.

Dieser Prozeß wegen Verstoß gegen § 185 StGB betrifft nicht allein Hermann Sittner. Er hat nur das ausgedrückt, was heute in der gesamten außerparlamentarischen Opposition gedacht wird. Kraß ausgedrückt, aber zutreffend. Das zeigt sich auch an dem brutalen Vorgehen der staatlichen Autorität gegen Vietnam-Demonstranten. Was uns betrifft, wir stehen solidarisch zu unserem Kollegen Hermann Sittner.

„Vor Gericht bin ich bereit, den Wahrheitsbeweis für meine Äußerungen anzutreten“, erklärte er.

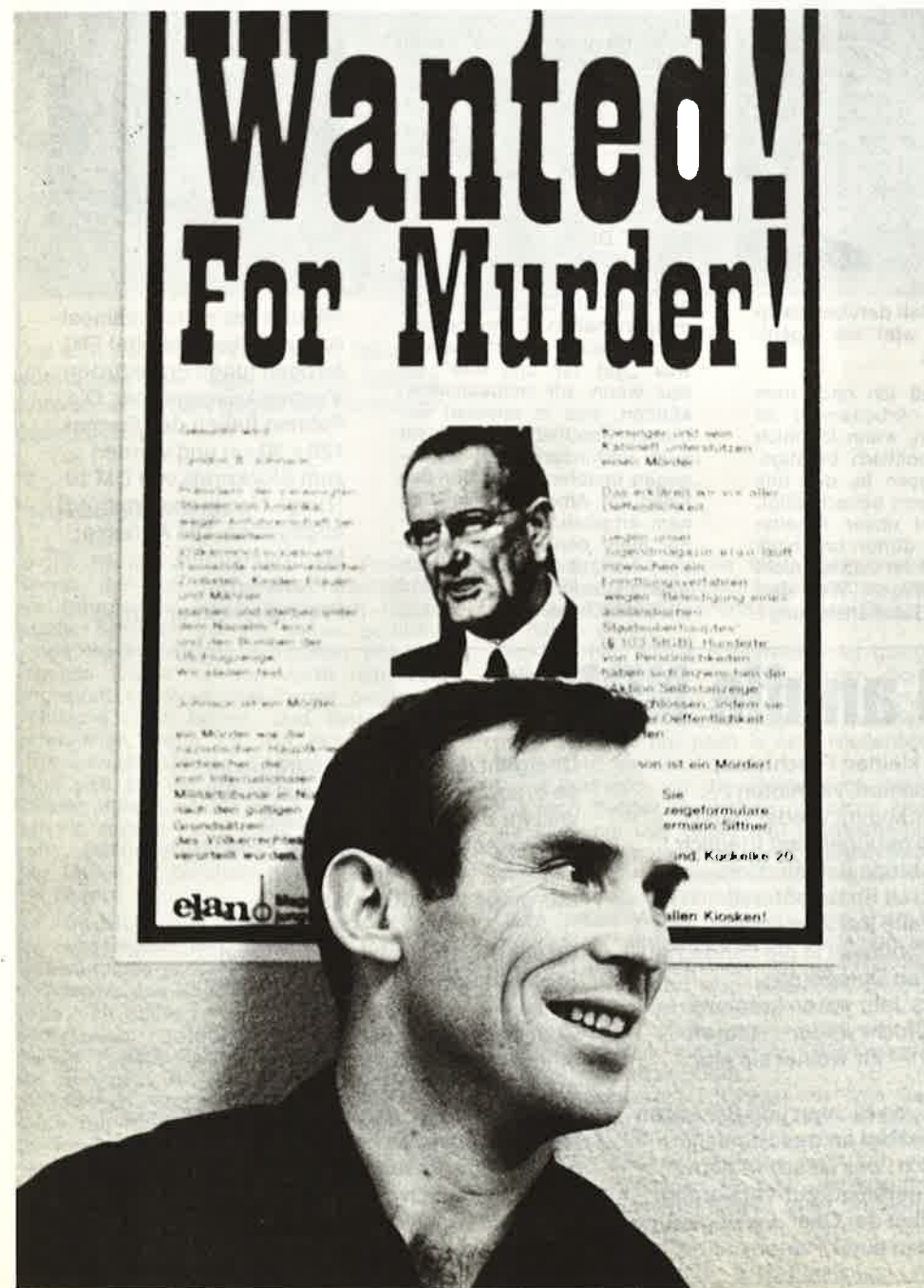
Damit würde die Bundesregierung zum ersten Mal gezwungen, sich vor der Öffentlichkeit mit Dokumenten, die den Völkermord der USA nachweisen, auseinanderzusetzen.

Die jüngste Periode der politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik zeigt, daß sich der Kampf erheblich verstärkt hat. Die Front der Vietnamkriegsgegner wird immer stärker.

Die Bundesregierung ist nicht bereit, ihre Unterstützung für die amerikanische Aggression in Vietnam einzustellen. Kiesinger will einen Prozeß wegen Formalbeleidigung.

Die Frankfurter Staatsanwaltschaft unterstützt ihn darin. Sie will die politische Beweisführung nicht zulassen.

Ein solcher Prozeß aber, der dem Angeklagten die Möglichkeit zur Beweisführung für seine Äußerung nicht zubilligt, darf nicht stattfinden!





Sie darf Politik machen! Oder ist es keine politische Entscheidung, wenn man mit einer Firma zusammenarbeitet, die Napalm für den Krieg in Vietnam herstellt?! Ist es keine politische Entscheidung, wenn man am Krieg in Vietnam verdient?! Warum dürfen unsere hohen Herren allein bestimmen, was in unseren Betrieben hergestellt wird und mit wem wir Geschäfte machen?

Wir sollen immer schön ruhig sein. Hauptsache, der Laden läuft! Es gibt aber Sachen, die sind wichtiger als der Betriebsfrieden: z. B. sind wir doch verpflichtet, uns gegen den Völkermord in Vietnam zu wenden. Wir sehen ja, wem diese Ruhe dient. Wenn wir alle still sind, ändern wir nichts! Dann bestimmen die Unternehmer weiterhin allein, was hergestellt wird und mit wem wir Geschäftsverbindungen haben. Dann bestimmen sie auch weiterhin allein, was „gut für uns alle“ ist. Nur wenn wir mitbestimmen können, was in unseren Betrieben geschieht, können wir auch verhindern, daß wir — gegen unseren Willen für den Krieg der Amerikaner in Vietnam arbeiten. Dann muß keiner mehr den Betrieb verlassen, weil der Unternehmensleitung Gewinne wichtiger sind als Menschenleben!



Fahnen der südvietnamesischen Befreiungsfront FNL fertigen junge Frankfurter Vietnamkriegsgegner. Die Fahnen haben das Format 120 x 80 cm und werden zum Stückpreis von DM 10 (zuzgl. Nachnahmegebühr) abgegeben. Die Adresse: Manfred Gilbert, 6 Frankfurt/M., Preungesheimer Str. 58.

geschlossen habe ich der Kiste einen Zettel beigelegt, auf dem ich auf diese Dinge hinwies. Am letzten Freitag nun wurde ich ins Personalbüro der Naxos gerufen. Der Personalchef zeigte mir einen Brief von DOW-Chemical an die Geschäftsleitung der Naxos-Union. Man beschwerte sich über meinen Zettel. Die DOW-Chemical hat Angst um den „Arbeitsfrieden“ in ihrem Betrieb. Sie will nicht, daß die Leute

in ihrem Betrieb darüber nachdenken, für wen sie eigentlich arbeiten.

Ich weiß, daß ich nach dem bestehenden Arbeitsrecht im „Unrecht“ bin, wenn ich mich im Betrieb politisch betätige. Aber wir wissen ja, daß uns das Arbeitsrecht benachteiligt, weil es nicht unser Arbeitsrecht ist. Wir dürfen uns nach diesem Recht im Betrieb nicht politisch betätigen. Was darf jedoch die Geschäftsleitung?

Dieter Süverkrüp

Gruß an die NPD

Ihr süßen, ihr kleinen Faschisten, ihr lange gesuchten, vermißten... na endlich! ihr kommt wieder raus! Gekämmt und gebügelt und friedlich, verlogen und blöde und niedlich. Und allzeit bereit für den Strauß. Entzückende alte Bekanntschaft, wie paßt ihr so hübsch in die Landschaft der herbstlichen Demokratie. Die mag übers Jahr schon krepieren. Das darf euch nicht weiter genieren. Warum nicht? — Ihr wolltet sie nie.

Zwar habt ihr von Richten und Schänden noch krustiges Blut an den Händen, doch schließlich: was ist schon dabei? Dem Starken gereicht zur Verzierung. Man weiß: selbst der Chef der Regierung war einstmals in eurer Partei.

Und geht die Wirtschaft bergnieder, so braucht man euch allemal wieder, weil ihr die willfährigsten seid. Denn wenn eines Tages die Proleten Fabriken verstaatlichen täten, das ginge vermutlich zu weit.

Ihr wißt, mit Gewehren und Lügen Proleten zum Schweigen zu kriegen. Ihr seid ja noch heute drauf stolz. Zum Herrschen bestimmte Geschöpfe sind stets die erlesensten Köpfe aus deutschem, edelstem Holz. Was deutsch ist, denkt weg, hält die Fresse. So bleibt auch die Freiheit der Presse im Hirn ihrer Schreiber beschränkt. Das schafft euch die zahlreichen Jünger. Der neue Faschismus ist springer als wie man denkt!



Das soll nach dem Willen der Bonner Notstandsplaner legal werden. Unsere Antwort: alle Kraft gegen die Notstandsgesetzgebung!

Fortsetzung von Seite 6

folgte. Er hat ein Vorbild: den Polizisten Kurras, der Benno Ohnesorg erschoss und vor Gericht mit einem Freispruch belohnt wurde. Springer, der mit seinen publizistischen Verdummungsinstrumenten die herrschende Klasse an der Macht hält, kann ungestraft zu Mord und Terror gegen die politische Linke hetzen. Und ihnen Terror unterstellen, wenn sie von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch machen. Springer kann sich auf die Machtinstrumente dieses Staates stützen, so wie sich umgekehrt Bonn auf ihn stützen kann, wenn es z. B. darum geht, Notstandsgesetzen propagandistisch den Boden zu bereiten. Eine Hand wäscht die andere.

So wird BILD dann eben mal hinter polizeilich angelegten und geschützten Stacheldrahtverhauen gedruckt. Die journalistischen Giftmischer des Hauses Springer bestimmen sogar den Umfang von Polizeieinsatz gegen Demokraten. Berlins Polizeipräsident fragte untertänigst bei Springers BZ-Vertreter an, ob er mit polizeilichen Maßnahmen zufrieden sei. Wenn Springers Manager das Zeichen zum „Knüppel aus dem Sack“ geben, werden schnell noch einige Demonstranten krankenhaushausreif geprügelt.

Trotzdem, der Karfreitag wurde für Springer auch hinter Polizeikordons zum schwarzen Freitag. Die Demonstranten haben mit ihrer

Anti-Springer-Kampagne einen Sieg errungen. Obwohl ab Samstagnachmittag die Springer-Pamphlete wieder in allen Städten zu haben waren. Die Aktionen waren erfolgreich zum geeigneten Zeitpunkt durchgeführt worden. Doch als am nächsten Tag die Springer-Druckereien von der Polizei eingegelt wurden, hätte der Sieg nur noch in eine Niederlage umgemünzt werden können. Denn Springer und die Staatsmacht lechzten nach Rache. Sie wollten die totale Notstandsübung. Das zeigte sich in Westberlin, als Demonstranten mit einer gewaltlosen Aktion vor der Polizeischule die Entlassung ihrer verhafteten Freunde verlangten. Ohne jeden Anlaß knüppelte die Polizei dazwischen, zertrümmerte die ordnungsgemäß geparkten Fahrzeuge der Demonstranten. Wer provoziert also eigentlich Gewalt, wer randaliert, wer übt Terror aus? Wenn Springer pfeift, kommt nicht nur die Polizei. In Ulm unterstützte Bundeswehr Springers Knüppelgarden. Daß Bundeskanzler Kiesinger vor dem Gedanken zittert, die Masse der Arbeiter könnte sich mit den Demonstranten verbünden, kann uns nur Aufgabe sein. So wie es in Köln gelungen ist, eine gemeinsame Front mit dem Betriebsrat der Druckerei herzustellen, in der Springer drucken läßt. So daß sich die Drucker und Setzer dort weigerten, zusätzliche BILD-Exemplare zu

drucken, die in anderen Städten nicht ausgeliefert werden konnten. Der dadurch entstandene Lohnausfall wurde von den Demonstranten durch eine Sammlung abgedeckt. Sogar der Druckereibesitzer Neven Du Mont erklärte sich weitgehend mit den Demonstranten solidarisch. Notwendig ist jetzt, daß Arbeiter, Studenten und Schüler in der Diskussion ihre Interessengleichheit herausarbeiten. Springer und seine Helfer können wir nur beeindrucken, wenn wir uns in Diskussion und Aktion einigen unter der Parole: Enteignet Springer! Laßt nicht zu, daß Terror gegen Demokraten gesetzlich sanktioniert wird. So wie es mit der geplanten Notstandsgesetzgebung beabsichtigt ist. Die herrschende Gesellschaft weiß sich nur noch mit brutaler Gewalt der Demokraten zu erwehren. Einige Demonstranten lassen sich zur Gewalt provozieren. Das weitere besorgen Provokateure. In Hamburg verletzte ein Kraftfahrer des Springer-Konzerns einen Demonstranten schwer. Während der vom Polizeiterror ausgelösten Zusammenstöße wurde ein Münchener Fotoreporter durch einen Steinwurf tödlich verletzt. Auch der Student Rüdiger Schreck starb in München an den Folgen seiner Verletzungen. Zwei weitere bedauernde Opfer der mit unvorstellbarer Härte geführten Auseinandersetzung.

Jugendliche zum
Programmmentwurf
der KPD:

SELBST TESTEN

Als Bonner Beitrag
zum Kalten Krieg hat
die Adenauer-Regie-
rung 1956 die KPD
verbieten lassen.
Viel Unrecht und die
Einschüchterung de-
mokratischer Bürger
sind die Ergebnisse
der politischen Straf-

justiz, die mit dem
Karlsruher Verbots-
urteil einsetzte. Dem
Verbot liegt die törichte
Illusion zugrunde, den
Marxismus-Leninismus
mit polizeilichen und
gerichtlichen Methoden
unterdrücken zu
können.

Die KPD hat einen
neuen Programmment-
wurf vorgelegt, auf
den es sofort Ermitt-
lungsrichter, Bundes-
anwaltschaft und
Polizei abgesehen
hatten, um seine
öffentliche Diskussion
zu verhindern.

elan fragte Jugend-
liche: Soll die KPD
wieder zugelassen
werden? Was haltet Ihr
vom neuen KPD-Pro-
grammentwurf?
Würdet Ihr die KPD
wählen?

Mitglieder des
Deutschen Theaters Berlin
lesen

KARL MARX 1818-1968



Zur 150sten Wiederkehr seines
Geburtstages erscheint diese
Platte mit Auszügen u. a. aus
Das Kapital, Texte über Lohn-
arbeit und Kapital, Klassen und
Klassenkampf, Die historische
Mission des Proletariats, Über die
Sozialdemokratie, Strategie und
Taktik, Die kommunistische
Gesellschaft.
Zur Schallplatte erhalten Sie
eine von Frans Masereel gestaltete
Ausgabe des
„MANIFEST DER
KOMMUNISTISCHEN PARTEI“



KARL MARX 1818—1968
30-cm-LP, Bestell-Nr. S 66 101
Preis (einschließlich der Sonder-
ausgabe des Manifests) DM 21,—
Zu beziehen durch den Buch- und
Schallplattenhandel od. direkt vom
Verlag »pläne« GmbH
46 Dortmund, Humboldtstraße 12

„Ich bin für die Wiedezulas-
sung der KPD. Die Behinde-
rung der Diskussion um das
KPD-Programm verurteile ich
auf das schärfste. Man darf die
öffentliche Diskussion über das
Programm einer Partei in einem
demokratischen Staat nicht ver-
bieten. Die Chance der KPD,
in den Bundestag zu kommen,
ist größer denn je. Die Unru-
hen in der Bevölkerung über
den Rechtskurs unserer politi-
schen Parteien und einer mise-
rablen Politik werden den Zu-
lauf zur KPD verstärken. Ich bin
auch bereit, die KPD zu wäh-
len.“

CHRISTINE ORBAN



„Ich bin für die Wiedezulas-
sung der KPD. Es gibt bei uns
keine Oppositionspartei mehr —
auch die FDP ist keine —. Die
KPD ist deshalb nötiger denn
je. Ob ich sie wählen werde,
hängt von ihrem Programm ab,
das ich gerne kennenlernen
möchte.“

KLAUS-DIETER GEHRSTZ



„Ich bin Sozialist. Darum ist für
mich die Wiedezulassung der
KPD keine Frage. Weil die SPD
nicht mehr die Interessen der
Arbeitnehmer vertritt, hat die
KPD die Chance, ins Parlament
zu kommen. Ich würde die KPD
wählen.“

LUTZ TÖPLER

„Ich bin für die Wiedezulassung
der KPD. Den neuen Programm-
entwurf kenne ich noch nicht. Ich
bin dagegen, die öffentliche Dis-
kussion über das neue KPD-Pro-
gramm zu behindern. Was von
einer Partei zu halten ist, will ich
selbst entscheiden. Das braucht
nicht der Innenminister für mich
zu tun.
Wenn die KPD mit einem besse-
ren Programm auftritt als die an-
deren Parteien, warum sollte
man sie dann nicht wählen?“

RAINER VEDDER



„Ich bin für die Wiedezulassung
der KPD und die freie und offene
Diskussion ihres Programmment-
wurfes.
Ich habe mir schon überlegt, ob
ich nicht eine radikale Partei
wählen soll. Die KPD würde ich
wohl kaum wählen. Ich glaube,
daß ihre Chancen jetzt noch ge-
ring sind, später aber sicherlich
wachsen.“

DETLEF TONI GROSSMANN



„Die KPD muß wieder zugelas-
sen werden, damit endlich eine
Opposition da ist. Man sollte der
KPD nicht das Recht nehmen,
ihr Programm der Öffentlichkeit
vorzulegen.
Obwohl ich selbst nicht die KPD
wählen würde, glaube ich doch,
daß sie in den Bundestag kommt.“

WERNER KÖHLER

„Ich bin für die Wiedezulas-
sung der KPD. Das Programm
der KPD scheint sehr attraktiv
zu sein, denn sonst würde man
seine Verbreitung nicht verbie-
ten. Doch wie schlecht ist es um
unsere Demokratie bestellt,
wenn man schon die Verbrei-
tung eines Parteiprogrammes
verbietet. Man sollte sich eher
überlegen, was das Programm
so attraktiv macht.
Ich würde evtl. KPD wählen,
denn von den jetzigen Parteien
verspreche ich mir nicht mehr
viel.“

ELLEN DIEDERICH



„Ich bin für die Aufhebung des
KPD-Verbots. Die Behinderung
der Programmdiskussion und die
Beschlagnahme der KPD-Pro-
gramme hat eines deutlich ge-
macht: Bei uns wird mehr nach
links, anstatt nach rechts ge-
blickt, obwohl von dort die Ge-
fahr kommt. Dies ist ein be-
denkliches Zeichen undemokra-
tischen Verhaltens unserer Re-
gierenden. Ich kenne den KPD-
Programmmentwurf, der mir im
großen und ganzen zusagt, zu-
mal die Interessen sämtlicher
Bevölkerungsschichten in ihm
angesprochen werden. Ich würde
eine wieder zugelassene KPD
wählen.“

MARCUS TSCHANN



„Auf jeden Fall sollte man die
KPD wieder zulassen. In an-
deren Ländern wie in Frankreich
und Italien gibt es ja auch die
KP. Ich bin für die ungehin-
derte Diskussion des neuen
KPD-Programmmentwurfes — wie
soll man das Programm denn
sonst kennenlernen?
Eine wiederzugelassene KPD
wird bei den nächsten Bundes-
tagswahlen bestimmt ins Parla-
ment kommen.“

UWE THOMAS

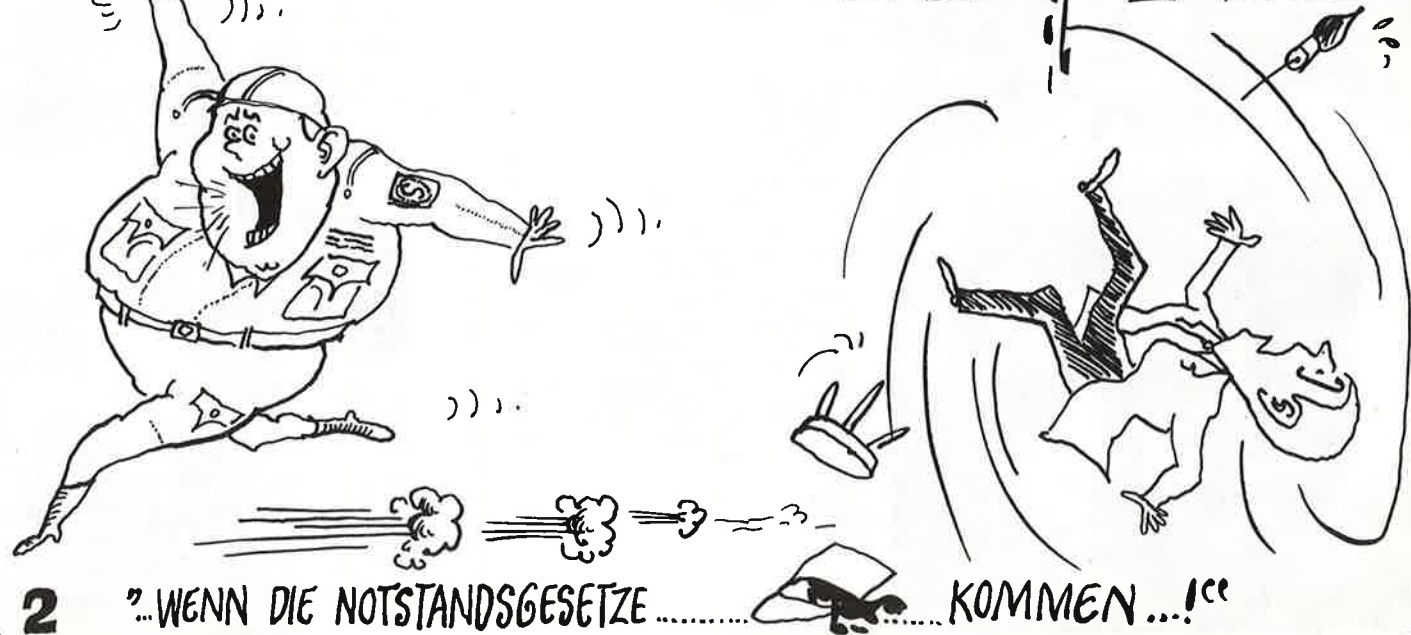
ARNO PCOOG:

DEMOKRATIE



1

DEMOKRATIE



2

"WENN DIE NOTSTANDSGESETZE.....KOMMEN...!"

Karl Hubert Reichel

Wie man Gewerk- schaften liquidiert

Oder: Über die
Anwendung
von Not-
stands-
gesetzen

Aktuelle
Geschichte:
2. Mai 1933



Am 2. Mai 1933 besetzten die Nazis die Gewerkschaftshäuser. An die Stelle der Gewerkschaften trat die Deutsche Arbeitsfront. Mit der

Zerschlagung der Arbeiter-Organisationen und den Notstandsgesetzen des 3. Reiches beschäftigt sich der folgende Beitrag. Er ist

ein weiterer Vorabdruck aus dem Buch „Wie macht man Kriege“ von Karl Hubert Reichel, das demnächst im Weltkreisverlag erscheint.

Nur sechs Worte spricht Hjalmar Schacht beim Herrenabend am 20. Februar 1933 im Reichstagspräsidentenpalais, in dem Göring residiert: „Und nun, meine Herren, zur Kasse!“¹⁾ Es ist die kürzeste der vier Reden des Abends, und sie hat klingenden Erfolg. Insgesamt drei Milliarden Mark spenden die versammelten zwei Dutzend Wirtschafts- und Bankmagnaten in den Nazifond zur Märzwahl 1933. Die beiden höchsten Beträge zeichnen die IG Farben mit 400 000 und der Flick-Konzern mit 200 000 Mark.

Bei diesem Herrenabend lassen sich die Großen der Wirtschaft nicht durch Privatsekretäre vertreten; sie sind selbst erschienen, und um die lange Tafel ist alles versammelt, was in der deutschen Schwerindustrie Namen und Macht hat. Krupp von Bohlen und Halbach, Schnitzler von der IG Farben, Springorum von Hoesch, Friedrich Flick, Voegler, der führende Mann der Vereinigten Stahlwerke. Als Gastgeber im Palais des Reichstagspräsidenten fungierte nicht Göring, sondern der Großbankier Hjalmar Schacht.

Hitler spricht. Er erläutert den Industriellen den Fahrplan, dem er als neuer Reichskanzler folgen will: „Privatwirtschaft im Zeitalter der Demokratie ist nicht aufrechtzuerhalten; sie ist nur denkbar, wenn das Volk eine tragende Idee von Autorität und Persönlichkeit besitzt. . .“

Die letzte Wahl in hundert Jahren

Auf Hitlers Programm steht die Beseitigung der Demokratie, mit der sich die Großunternehmer nie anfreunden konnten, obenan. Der Marxismus in Deutschland soll „erledigt“, eine starke Wehrmacht aufgebaut werden. Auch das hören die Herren am Tische gern, weil ihnen nur die Rüstung Maximalprofite bringt. Unverblümt ist Hitlers Schlußwort: „Wir stehen jetzt vor der letzten Wahl. Sie mag ausfallen, wie sie will, einen Rückfall gib es nicht mehr, auch wenn die kommende Wahl keine Entscheidung bringt.“²⁾

Göring assistiert: „Experimente werden nicht gemacht . . . Die Wahl am 5. März ist die letzte innerhalb von zehn Jahren, voraussichtlich aber in hundert Jahren.“³⁾

Es sind hartgesottene Geschäftsleute die den Ausführungen Hitlers aufmerksam folgen, doch die Aussicht auf Zeiten, in denen es keine Arbeiterparteien und keine Gewerkschaften, kein Streikrecht und kein aufmukendes Parlament mehr geben wird, bringt sie in Ekstase.

Erregt springt Gustav Krupp, der Kanonenkönig, auf. Überschwenglich dankt er namens der Anwesenden, weil „es höchste Zeit sei, endlich einmal in Deutschland Klarheit in den innerpolitischen Fragen zu schaffen . . .“ Er ist einig mit Hitler, „daß auch unserer Überzeugung nach nur in einem politisch starken, unabhängigen Staat Wirtschaft und Gewerbe zur Entwicklung und zur Blüte kommen könnten.“⁴⁾

Göring: „Ich habe ihn ja angezündet!“

Der frühere Generalstabschef Halder erinnert sich vor dem Nürnberger Gericht: „Anläßlich eines gemeinsamen Mittagmahls am Geburtstag des Führers 1942 kam in der Umgebung des Führers das Gespräch auf das

Reichstagsgebäude und seinen künstlerischen Wert. Ich habe mit eigenen Ohren gehört, wie Göring in das Gespräch hineinrief: ‚Der einzige, der den Reichstag wirklich kennt, bin ich; ich habe ihn ja angezündet.‘ Dabei schlug er sich mit der flachen Hand auf die Schenkel.“⁵⁾

Die einzigen Nutznießer des Reichstagsbrandes sind die Nazis. Am Tage nach dem Brand, man schreibt den 28. Februar, läßt Hitler den senilen Reichspräsidenten Hindenburg eine „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ unterzeichnen. Der Hindenburg-Erlaß ordnet an: „Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahme sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.“

Die Verordnung ermächtigt die Hitler-Regierung, im Notfall die Macht in den Ländern zu übernehmen und bei „schwerem Landfriedensbruch“ die Todesstrafe anzuwenden.⁶⁾

Die „kommunistischen Dokumente“

Mit dieser Notstandsverfassung, Jahrgang 33, hat Hitler die legale Handhabe, seine politischen Gegner mundtot zu machen. Der Terror wird zum System. In einer ersten Massenverhaftungswelle werden 4000 Funktionäre der KPD und zahlreiche Sozialdemokraten und Hitlergegner verschiedener Schattierungen verhaftet. Arbeiterzeitungen und liberale Blätter werden verboten.

Goebbels liefert sein „Meisterstück der Agitation“. Am Tage nach dem Reichstagsbrand lanciert er einen antikommunistischen Horror-Bericht in den „Amtlichen Preußischen Pressedienst“. Das Erfinder-Team des Nazi-Propagandachefs mixt die „kommunistischen Dokumente“: „Durch ein unmenschliches System“, so berichtet der Amtliche Preußische Pressedienst, „maßlosen kommunistischen Terrors sollte Deutschland in ein Chaos gestürzt werden. Mordanschläge gegen einzelne Führer des Volkes und Staates, Attentate gegen Eisenbahnen, lebenswichtige Betriebe und öffentliche Gebäude, Vergiftungen ganzer Gruppen . . . und das Abfangen von Geiseln, Frauen und Kindern hervorragender Männer sollten Furcht und Entsetzen über das Volk bringen und jeden Widerstandswillen des Bürgertums lähmen.“⁷⁾

Die gleichzeitig angekündigte Veröffentlichung der Dokumente ist niemals erfolgt. Aber das Haltet-den-Dieb-Rezept, dessen sich die Nazis bedienen, verfehlt auf viele Wähler nicht seinen Einfluß. Es fiel auf einen jahrelang vorbereiteten Boden, und so glauben viele Deutsche, daß es an der Zeit sei, mit den jahrelang verteuflten Kommunisten „aufzuräumen“. Offen droht Göring vor der Wahl auf einer Wahlversammlung in Frankfurt am Main : „Deutsche Volksgenossen! Meine Maßnahmen werden nicht angekränkt sein durch juristische Bedenken . . . Ich habe keine Gerechtigkeit auszuüben, sondern nur zu vernichten und auszurotten . . . Gewiß, ich werde die Macht des Staates und

der Polizei bis zum Äußersten gebrauchen, meine lieben Kommunisten, darum macht euch keine falschen Hoffnungen; aber den Kampf auf Leben und Tod, bei dem ihr meine Faust im Nacken spüren werdet, werde ich mit denen da unten führen — mit den Braunhemden.“⁸⁾

Das Ermächtigungsgesetz

Trotz des Terrors stimmt die Mehrheit des deutschen Volkes am 5. März gegen Hitler. Die antikommunistische Meinungsmache und der Terror bringen ihm 5,5 Millionen neue Stimmen; von der anvisierten absoluten Mehrheit ist er mit 44 Prozent der abgegebenen Stimmen weit entfernt.

Am 15. März berät das Kabinett ein „Ermächtigungsgesetz“⁹⁾, das Hitler freie Hand und den Schein der Legalität geben soll. Der Reichstag soll, so will es Hitler, dem Kabinett unumschränkte Vollmachten erteilen und dann auf lange Zeit Ferien machen. Dafür jedoch ist eine Verfassungsänderung erforderlich, die nur mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden kann. Der findige Göring löst dieses Problem auf seine Weise: Am 23. März tritt der Reichstag in der Kroll-Oper am Platz der Republik zusammen. Die 81 kommunistischen Abgeordneten und ein gutes Dutzend sozialdemokratische Reichstagsmitglieder „fehlen“; sie befinden sich in „Schutzhaft“. In den Gängen stehen SA-Leute Spalier. Vor der Oper tönen SA-Sprechchöre: Wir wollen das Gesetz — sonst Mord und Totschlag!

Das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat“ so lautet das offizielle Etikett für Hitlers Ermächtigungsgesetz

- nimmt dem Parlament die Gesetzgebungsbefugnis und überträgt sie auf den Reichskanzler;
- der Reichstag verliert das Recht, den Reichshaushalt zu kontrollieren, Verträge mit anderen Staaten zu genehmigen und Verfassungsänderungen einzubringen;
- gibt dem Kanzler das Recht, Gesetze zu erlassen, die von der Reichsverfassung abweichen können.

Nur einer widerspricht: Otto Wels, der Führer der Sozialdemokraten:

„Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser historischen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz kann Ihnen die Macht geben, Ideen zu zerstören, die ewig und unzerstörbar sind.“

Ein mutiges Wort.

Nach ihm erhebt sich Prälat Kaas, der Zentrumsführer. Seine Partei wird Hitlers Ermächtigungsgesetz zustimmen.

Die Abstimmung ist nur noch eine Formsache: 441 Ja-Stimmen, 94 sozialdemokratische Nein-Stimmen. Der Reichstag hat Selbstmord verübt.

Jetzt geht es Schlag auf Schlag. Als nächstes nimmt sich Hitler die Gewerkschaften vor, wie er es den Schwerindustriellen versprochen hat.

Der 2. Mai 1933

Die Regierung erklärt den 1. Mai zum Nationalen Feiertag. Arbeiterabordnungen aus

ganz Deutschland werden nach Berlin geflogen; ein Meer von Spruchbändern singt das Loblied des deutschen Arbeiters. Die maßgeblichen Führer der Gewerkschaften gehen Hitler auf den Leim; sie wirken mit an der großen Show, mit der die Gewerkschaftler eingelullt werden sollen. Sie, die zuvor zu Augenzeugen eines beispiellosen Terrors wurden, riechen den Braten nicht. In freudiger Erregung schütteln sie die Hand des Prop.-Chefs Goebbels, der am Abend des 1. Mai seinem Tagebuch anvertraut „Morgen werden wir nun die Gewerkschaftshäuser besetzen. Widerstand ist nirgend zu erwarten.“¹⁰⁾

Die Deutsche Arbeitsfront

Am 2. Mai beginnt der Sturm auf die Gewerkschaftshäuser. Die Gewerkschaften werden aufgelöst, ihr Vermögen wird beschlagnahmt, ihre Führer — auch die Kapitulanten — werden verhaftet, verprügelt, zum Teil ermordet. An die Stelle der Gewerkschaften tritt die Deutsche Arbeitsfront. Ley, ihr Kommandant, erklärt höhnisch: „Die Leiparts und Grassmanns mögen mit noch soviel Heuchelei dem Führer ihre Ergebenheit erklären — sie sitzen besser hinter Schloß und Riegel.“

Der Peitsche folgt das Zuckerbrot. Ley wendet sich an die Arbeiter: „Ich bin selbst ein armer Bauernsohn und kenne die Not . . . kenne die Ausbeutung durch die anonyme Macht des Kapitals. Arbeiter! Ich schwöre euch, ihr werdet nicht nur alles bereits Bestehende behalten, wir werden sogar noch den Schutz und die Rechte des Arbeiters weiter ausbauen.“¹¹⁾

Ein Meineid. Drei Wochen darauf schafft Hitler das Streikrecht ab. „Treuhänder der Arbeit“ legen künftig die Arbeitsbedingungen fest. Ley: Es sei an der Zeit, „dem naturgegebenen Führer eines Betriebes, das heißt dem Unternehmer, die absolute Führung wiederzugeben . . .“ Jetzt seien die Unternehmer wieder „Herr im Hause“.

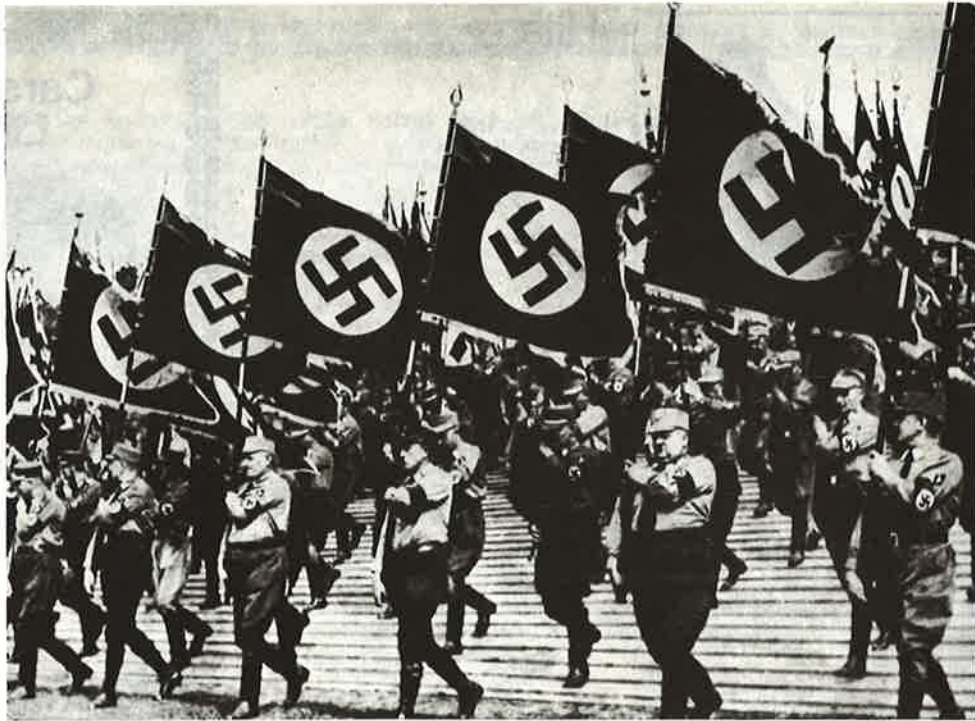
Kniefall und Auflösung der SPD

Am 10. Mai besetzen Görings Polizeieinheiten die Parteibüros der SPD. Das Parteivermögen wird beschlagnahmt. Trotzdem billigen die verbliebenen Reichstagsabgeordneten zehn Tage später im Reichstag einstimmig Hitlers Außenpolitik.

Mit beißendem Hohn antwortet Hitler: „Spät kommt ihr, doch ihr kommt! . . . Sie werden nicht mehr gebraucht!

Deutschlands Stern ist im Aufsteigen, der Ihre im Untergehen. Ihre Stunde hat geschlagen . . . Ich brauche Ihre Stimmen nicht . . .“ Der Kniefall vor Hitler nutzt der sozialdemokratischen Führung nichts mehr. Zwar distanziert sie sich noch eilig von ihren ins Ausland geflüchteten und dort gegen den Faschismus arbeitenden Genossen, doch am 22. Juni macht Innenminister Frick der fortschreitenden Selbstkastration ein Ende und löst die SPD als „volks- und staatsfeindlich“ auf.

Die anderen Parteien lösen sich nach und nach „freiwillig“ auf, auch Hugenberg's Deutschnationale Volkspartei, Hitlers Koalitionspartner, bleibt nicht verschont.



Reichsparteitag, Nürnberg 1933

Am 14. Juli erläßt Hitler ein „Parteigesetz“: „In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei . . .“¹²⁾

Arbeitspflicht für alle

Im Februar 1935 wird das sogenannte Arbeitsbuch eingeführt, das den Arbeiter zu einer Nummer im Wirtschaftsleben degradiert. Dieses Buch ermöglicht die lückenlose Überwachung jedes einzelnen Arbeiters; die Arbeitsämter übernehmen Regie und Überwachung — eine Regelung, auf die der Entwurf des Arbeitssicherstellungsgesetzes der Regierung Kiesinger zurückgreift.

Am 22. Juni, vierzehn Monate vor Kriegsbeginn, wird der totale Arbeitszwang eingeführt. Jeder Deutsche ist zur Arbeit verpflichtet. Das Arbeitsamt bestimmt, wo und in welchem Betrieb. Jedes Fernbleiben vom Arbeitsplatz, jeder Wechsel ohne staatliche Genehmigung konnte von nun an mit Geld- und Gefängnisstrafen geahndet werden. Die Entrechtung der Arbeiter ist damit perfekt, und die Wirtschaft hat die „innere Ruhe“ bekommen, deren sie für die reibungslose Hochrüstung bedurfte, entstanden ist ein Notstandsstaat, der die Arbeiter aller, in Jahrzehnten erkämpften Rechte beraubt.

Kraft durch Freude

Neben die Peitsche tritt allerdings eine knapp kalkulierte Ration Zuckerbrot. Arbeitsfront-Anführer Ley schafft die Organisation „Kraft durch Freude“, die preiswerte Urlaubsreisen und verbilligte Theaterkarten anbietet. Zwei 25 000-to-Schiffe werden gebaut; sie finden später Verwendung als Truppentransporter.

Auf Hitlers persönliche Order wird der VW-Trick gestartet. Die Deutsche Arbeitsfront übernimmt die Produktion eines „Volkswagens“, der auf Parteigeheiß nicht mehr als 990,— Mark kosten darf. Der österreichische Ingenieur Ferdinand Porsche liefert den Entwurf, Leys Arbeitsfront streckt fünfzig Millionen Mark vor, aber die eigentliche Finanzierung übernehmen die Arbeiter selbst: Nach Einzahlung von 750,— Mark, die in bequemen Wochenraten entrichtet werden können, erhält jeder Interessent eine Bestellnummer für seinen 990-Mark-VW. Ausgeliefert wird kein einziger Wagen; mit einem simplen Trick finanziert das Naziregime den Aufbau eines großen Rüstungswerkes aus den Taschen der Arbeiter.

Die Friedhofsruhe im Innern ist hergestellt und damit die Voraussetzung für ein reibungsloses Funktionieren der Blitzrüstung. Doch trotz Zuckerbrot und Peitsche bleibt das Mißtrauen der Naziführung gegenüber der Arbeiterschaft wach.

Himmler vor hohen Wehrmachtsoffizieren:

„Für den Fall des Krieges müssen wir uns darüber klar sein, daß wir eine recht erhebliche Anzahl unsicherer Kantonisten hier (in die KZ, d. Verf.) hineinnehmen müssen, wenn wir uns nicht den Nährboden für höchst unangenehme Entwicklungen im Falle eines Krieges schaffen wollen . . . Wir werden einen vierten Kriegsschauplatz haben: Innerdeutschland.“¹³⁾

1. Nürnberger Dokument D-204 (im folgenden als ND)
2. ND D-203
3. Ebenda
4. ND D-204
5. Shirer, a. a. O., S. 190
6. ND 1390 — PS
7. Shirer, a. a. O., S. 191
8. ND 1856 — PS
9. Dokumente der deutschen Politik, 1935, S. 20—24
10. ND 392 — PS
11. ND 614 — PS
12. Reimund Schnabel, Macht ohne Moral, Frankfurt/M. 1957, S. 52
13. Nationalpolitischer Lehrgang der Wehrmacht vom 15.—23. Januar 1937, Berlin 1937, S. 146 f.



Informationen

EIN GROSSES COMEBACK feiert Bob Dylan, der für fast zwei Jahre aus dem Gesichtskreis seiner Fans verschwunden war: Eine seiner neuen Kompositionen, „Mighty Quinn“, erreichte Spitzenplätze in den englischen und nordamerikanischen Hitparaden: sein Album „John Wesley Harding“ (CBS) führt seit einigen Wochen die britische LP-Liste an. In Kürze soll auch wieder eine Single des (immer noch zornigen?) jungen Mannes erscheinen: I'll Be Your Baby Tonight“ (CBS).

AUF BUNDESDEUTSCHEN BILDSCHIRMEN wird man demnächst Procol Harum sehen und hören können: Als Reaktion auf ihren großen Erfolg während der Deutschland-Tournee mit den Bee Gees schickte das Deutsche Fernsehen ein Kamerateam nach England, um einige Auftritte in britischen Klubs zu filmen.

DIE DREHARBEITEN für den dritten United-Artists-Film der Beatles nach „A Hard Day's Night“ und „Help“ sollen bereits im Juni dieses Jahres beginnen. Es stehen noch etwa sechs unveröffentlichte Lennon-McCartney-Kompositionen zur Verfügung (Ringo: „Eine Fortsetzung von „Sgt. Pepper“), die eventuell als Filmmusik verwendet werden.

THE SPENCER DAVIS GROUP, bekannt durch Hits wie „Keep On Running“, „Gimme Some Loving“ und „I'm A Man“, erlebte nach dem Ausscheiden der Brüder Muff und Stevie Winwood eine Krise, die nun, da die Gruppe sich neu formiert hat, überwunden scheint: Nachdem mit „Time Seller“ und „Mr. Second Class“ der Sprung in die Top Twenty nicht gelang, erwartet sich das Quartett (Spencer Davis/Sologitarre, Roy Fenwick/Bass, Eddie Hardin/Orgel und Gesang, Pete York/Schlagzeug) von ihrer neuesten Aufnahme „After Tea“ die endgültige Re-Etablierung auf dem Popmarkt.

DER SITAR-VIRTUOSE Ravi Shankar, der schon George Harrison das Sitar-Zupfen lehrte und so manches Auditorium in Ekstase versetzte, ist erstmalig in Deutschland auf einer LP zu hören: „Ravi Shankar At The Monterey International Pop Festival“, Liberty LBS 83 091 I; 19 DM.

Hits

QUITE RIGHTLY SO /
PROCOL HARUM (***)
— Regal-Zonophone —

Diese vorzügliche Aufnahme beweist, daß die Procol-Harum-Gruppe sich nicht auf den melancholisch-sakralen Stil ihrer beiden ersten Singles, „A Whiter Shade Of Pale“ und „Homburg“, festgelegt hat, sondern auch in Sachen Beat und Soul ein Wörtchen mit-singen will — und kann: das wird jeder bestätigen, der sich mit dem eigenwilligen Rhythmus der Platte vertraut gemacht hat.

DO YOU REMEMBER /
THE SCAFFOLD (**)
— Parlophone —

Dies ist die zweite Single der drei Pop-Witzbolde Mc Gough, Gorman u. Mc Gear, kurz: der Scaffold, und mir gefällt sie fast noch besser als ihr satirisch gefärbter Erstling „Thank U Very Much“: Der komisch-vertrauliche Singsang, gewürzt mit originellen Wortspielen, beschwört Erinnerungen an einen Wochenendausflug herauf.

JENNIFER ECCLES / THE HOLLIES (**)
— Parlophone —

Nachdem den Hollies mit ihrem „King Midas In Reverse“ wenig Erfolg beschieden war, kehrten sie zu einfacheren, aber erfolgversprechenden Klängen zurück: Die Melodie dieser Aufnahme erinnert untrüglich an „Carrie Anne“ — und auch der Text handelt diesmal wieder von einer Schulbekanntschaft, die sich letztlich zur großen Liebe auswächst.

IF I ONLY HAD TIME /
JOHN ROWLES (**)
— MCA —

Der Australier John Rowles soll, wie englische Popblätter berichten, wie ein farbiger Zwillingbruder des großen Engländer aussehen. Außerdem singt er mit dem gleichen sonoren Timbre. Und wenn er weiterhin so wohlklingende Aufnahmen wie diese hier liefert, wird sich auch sein Erfolg bald mit dem des Beinah-Ebenbildes messen können.

VALLERIE / THE MONKEES (*)
— RCA —

Nach dem recht anspruchsvollen „Daydream Believer“ ist das hier eine herbe Enttäuschung: Eine Aufnahme ohne musikalische Substanz und mit dümmlichem Text, die nur von einem Refrain getragen wird („Va — a — a — a — a — lleri!“) und unangenehm an die ersten Erfolge des steinreichen Quartetts erinnert („Last Train To Clarksville“).

Mein Bewertungssystem für Schallplatten:

**** = Sensation auf dem Popmarkt
*** = sehr gut gelungen
** = anhörsenswert
* = Durchschnitt

Carsten Linde



SONG MAGAZIN

Das Porträt:
Peggy Seeger &
Ewan Mc Coll

Zwar werden in Deutschland immer noch Shirley Heart & Colin Wilkie als bekanntestes englisches Folksinger-Duo vorgestellt, aber in England selbst und in den USA sind Ewan Mc Coll und Peggy Seeger weitaus beliebter. Im Gegensatz zu dem romantischen Straßentroubadur Colin Wilkie („Ich arbeite nicht gern — aber ich singe gern Lieder von der Arbeit“) ist Ewan Mc Coll ein echter Arbeiter-Sänger. Er schreibt Lieder für die Werktätigen und die Gewerkschaftstheater. Er singt für Bergleute, Straßenbauer, Fernfahrer — seit ihm einmal seine Stellung als Metallarbeiter gekündigt wurde, weil er sich weigerte, unbezahlte Überstunden zu machen. In der Tradition der alten schottischen, irischen und englischen Balladen dichtet und vertont er Protestlieder gegen die Bombe und den Krieg, die zugleich zur Aktion, zur Änderung der bestehenden Verhältnisse aufrufen. Peggy Seeger stand lange Zeit im Schatten ihres großen Stiefbruders Pete. Erst als sie in

England wohnhaft wurde, mit dem 20 Jahre älteren Ewan Mc Coll zusammen Konzerte gab, eigene Lieder schrieb und alte englische Volkslieder wiederentdeckte, wurde auch sie bekannt. Heute treten Peggy Seeger und Ewan Mc Coll einmal wöchentlich in Londoner Folk Clubs auf. Eine große Anzahl Langspielplatten wurden von diesem musikalischen und politisch engagierten Sängerpaar besungen.

Schallplatten von Ewan Mc Coll & Peggy Seeger:

New Britain Gazette 1
Folkways FW 8732

New Britain Gazette 2
Folkways FW 8734

Industrial Ballads
Vanguard VRS 9090

Champions & Sporting Blades
Riverside RLP 12—657

Bücher:

Ewan Mc Coll & Peggy Seeger Songbook
Oak Publications CJ 2012

Folksongs of Peggy Seeger
Oak Publications BT 2027

Als Termin für die INTERNATIONALEN ESSENER SONG TAGE steht nun endgültig der 25. bis 29. September 1968 fest. Eine Werbebroschüre mit den Porträts der eingeladenen Sänger schickt auf Anfrage das Jugendamt der Stadt Essen, 43 Essen, Heroldshaus am Kennedyplatz, kostenlos zu. Mittlerweile haben Phil Ochs (der auf Waldeck vom 12. bis 17. Juni zu hören ist) und Pete Seeger die Einladung zu den Essener Song Tagen nicht angenommen.

Die Zeitschrift SONG hat ihr Gesicht geändert: sie ist farbig geworden, bei größerem Format, mehr Umfang und billigerem Preis. SONG ist jetzt auch an Kiosken erhältlich und kostet 2,— DM. Artikel über die Pop-Musik der USA, das avantgardistische Kabarett Floh de Cologne, Mikis Theodorakis, Georges Brassens, Blues, Woody Guthrie Folk-Festivals, sowie Lieder von Biermann, Phil Ochs, Colin Wilkie machen SONG 6 lesenswert.

Das LITERARISCHE CHANSON IN DEUTSCHLAND beschreibt Wolfgang Victor Ruttkowski im Band 99 der Sammlung Dalp. Erschienen ist das Buch bereits 1966 im Francke Verlag Bern, es kostet 15,80 DM. Es bietet in erster Linie einen historischen Abriss des Chanson in Deutschland, wobei z. B. das Kapitel über „Das politische Chanson — Der „rote“ Song“ nicht umfassend informiert. Wertvoll und präzise hingegen sind die Definitionen und eine Literaturdiskussion im Anhang des Buches. Sehr umfangreich ist die Bibliographie und eine Diskographie, die aber — obwohl sie bis 1963 Vollständigkeit anstreben — noch Lücken aufweist: von Süverkrüp z. B. ist noch nicht die Rede. Ruttkowskis Buch zählt trotz mancher Ungenauigkeiten zu den wenigen lesenswerten Werken, die sich mit dem deutschen Chanson befassen.

ACHTUNG CLUBS! Der Folksinger Guy Carawan, ein enger Mitarbeiter von Martin Luther King, ist vom 18. 6. — 10. 7. 1968 in Deutschland und kann noch einige Konzerte und Workshops geben. Lest die Story über ihn im nächsten e l a n, aber setzt euch schon jetzt (sofort!) wegen Termine und Information in Verbindung mit Helga Linde, 752 Bruchsal, Augartenstraße 13.



G U Y
C A R A W A N

MIKIS THEODORAKIS: Ich rufe zum Kampf! Diesen Titel trägt die neueste LP der Pläne-Plattenproduktion (46 Dortmund, Humboldtstraße 12, Bestellnummer: S 55 110, 22,50 DM) Dora Giannakopoulou (deren Stimme Mercouri und Mouscouri vereint) singt neue Lieder mit Texten von Theodorakis und Yanis Ritsos. Begleitet wird sie von dem Bousuki-Spieler Stelios Doussis und dem Gitarristen Markos Vlatakis. Welche Lyrik in den Versen und der Musik von Theodorakis liegt, wird durch diese LP auf einzig-

artige Weise belegt. Wie alle Pläne-Platten ist auch diese hervorragend ausgestattet, u. a. mit den vollständigen deutschen Übersetzungen aller Texte und einer Photokopie des mittlerweile weltbekannten Armeebefehls Nr. 13.

Die CARMINA URANA von Hanns Dieter Hüsch sind „Vier Gesänge gegen die Bombe“, die bereits 1959 entstanden. Am Beispiel dieser scharf formulierten Gesänge wird deutlich, daß es in Deutschland bereits (wieder) engagierte Lieder gab, als nur selten von Chansons und Protestsongs gesprochen wurde. 1964 (im selben Jahr legte der Pläne-Verlag die Schallplatte mit Hüschs Carmina Urana vor) erschien im Damokles Verlag Ahrensburg in einer Auflage von tausend nummerierten, handsignierten Exemplaren Hüschs politische Carmina Urana als Buch (72 Seiten, mit 32 ganzseitigen Zeichnungen von Jürgen von Tomei). Zu empfehlen für Sammler von Chanson- und Kabarett-Literatur, die für 24 DM ein wichtiges Dokument zur Entwicklung des deutschen engagierten Liedes erhalten.

Die „MOTHERS OF INVENTION“ sind in den USA eine verfemte Musikerclique: ihre musikalischen Produkte werden von keiner Radiogesellschaft verbreitet, da sie zu revolutionär-radikal-avantgardistisch klingen. Die Tonschöpfungen ihres Komponisten und Texters Frank Zappa sind schwierig zu definieren; zu viel Neues, bisher Ungehörtes mischt sich mit bekannten Stilelementen und Klischees aus Blues, Honky-Tonk-Rhythmen, Jug-Band-Musik, gelegentlich auch der Folklore, Jazz aller Stilepochen, vor allem aber Beat und Rock'n Roll. Die Musik der Mothers wird durch die rezeptativen Gesänge und Zappas geräuschvolle Collagen-Mixtur zu einem psychedelischen Rausch der Töne, wenn man sich auch anfangs gegen die „Disharmonien“ sträuben mag.

Revolutionär wie seine Musik sind auch die Worte des großen Zappa: brutal und zynisch in ihrer sexuellen Offenheit und Deutlichkeit, anarchistisch in ihrer politischen Aussage. Zappa und seine Mothers of Invention zerstören alles Porzellan in Amerikas guter Gesellschafts-Stube. Bislang verbreitet sich ihre Musik (die konsequenter ist als die der Fugs) nur im Untergrund. Das Verdienst der Schallplattenfirma Verve ist es, die Platten der Mothers nun auch in Deutschland zu vertreiben. Großartig im Free-Beat-Stil ist das Album „Absolutely Free“ (Verve 710 006 21 DM) aber auch die etwas ältere LP „Freak Out“ (Verve 710 005 19 DM) vermag dem an Bee-Gee-Klang gewöhnten Ohr völlig neue Sphärenklänge anzubieten.

DAS CHANSON — seine Herkunft und Entwicklung beschreibt der Musikredakteur des Spiegels Felix Schmidt in einem neuen Werk der Sammlung Damokles. „Chanson“ wird von Schmidt als politisch-soziales, zeitkritisches Lied definiert, wobei er gleichwohl nicht das religiöse Lied oder das unpolitische Lied ausklammert. Information, Analyse und Interpretation des französischen Chansons sind (von Francois Villon bis zu Anne Sylvestre) mit viel Wissen und Wissenschaftlichkeit dargestellt. Trotz vieler Fakten und Begriffsbestimmungen liest sich der Text dieses hervorragenden Buches leicht. Wohltuend stechen die vom Autor verfaßten Prosaübersetzungen einiger Chansontexte von dem leider üblichen „Reim dich oder ich freß dich“-Übertragungsschema ab. Eine umfassende Diskographie (für die deutschen Sänger nicht mehr ganz vollständig) informiert über sämtliche in Deutschland erhältliche Schallplatten der französischen Chansonniers. Dieses lesenswerte Buch schließt eine Lücke und wird sehr empfohlen: FELIX SCHMIDT — DAS CHANSON — SAMMLUNG DAMOKLES 19,80 DM.

BRD

1. Lady Madonna
2. Mighty Quinn
3. Cinderella Rocketella
4. The Legend of Xanadu
5. Sind Sie der Graf von Luxemburg
6. Pictures of Matchstick Men
7. Tin Soldier
8. Words
9. Judy In Disguise
10. Everlasting Love

Beatles (Odeon)
Manfred Mann (Fontana)
Esther & Abi Ofarim (Philips)
Dave Dee & Co. (Star Club)
Dorthea (Philips)
Status Quo (Vogue)
Cilla Black (Columbia)
Small Faces (Polydor)
Bee Gees (Polydor)
John, Fred & His Playboy Band (Columbia)
Love Affair (CBS)

ENGLAND

1. Lady Madonna
2. Dallah
3. What a Wonderful World
4. Congratulations
5. The Dock of the Day
6. Cinderella Rocketella
7. Step Inside, Love
8. Legend of Xanadu
9. If I were a Carpenter
10. If I only hat Time

Beatles (Odeon)
Tom Jones (Decca)
Louis Armstrong (HMV)
Cliff Richard (Columbia)
Otis Redding (Stax)
Esther & Abi Ofarim (Philips)
Cilla Black (Parlophone)
Dave Dee & Co. (Fontana)
Four Tops (Tamla Motown)
John Rowles (RCA)

FRANKREICH

1. Nights In white Satin
2. Mal
3. Comme un Garçon
4. Riquita
5. Hush
6. If I were a rich Man
7. J'al gardé l'Accent
8. Il est cinq Heures, Paris s'éveille
9. Some velvet Morning
10. Berry Blues

Moody Blues (Deram)
Johnny Hallyday (Philips)
Sylvie Vartan (RCA)
Georgette Plana (—)
Billy Joe Royal (CBS)
Roger Whittaker (Metronom)
Mireille Mathieu (Barclay)
Jacques Dutronc (Vogue)
Nancy Sinatra & Lee Hazlewood (Reprise)
Les Charlots (—)

USA

1. The Dock of the Bay
2. Young Girl
3. Valleri
4. La-La means I love you
5. Since you've been gone
6. Cry like a Baby
7. Lady Madonna
8. Love is blue
9. Honey
10. Mighty Quinn

Otis Redding (Atlantic)
Union Cap (—)
Monkees (RCA)
Deffonics (Bell)
Arccha Franklin (Atlantic)
Box Tops (—)
Beatles (Odeon)
Pave Mauriat (Philips)
Bobby Goldsboro (—)
Manfred Mann (Fontana)

song

**Popscene usa / floh de
cologne/theodorakis/
über brassens/blues/
woody guthrie/festiv
als/lieder von bierma
nn, phil ochs, colin wil
kie u.a./und noch vie
l mehr in song 6/größ
eres format, farbe/im
nächsten song: revolut
ionslieder vietnam, la
teinamerika, spanien
/ verlangen sie song i
m buchhandel, kiosk o
d. beim verlag/ song
852 erlangen, t.21344**

film magazin



Detlef
Langer

Tage des Zorns

Oberhausen 68

Zu erwarten war, daß das Kurzfilmfestival in Oberhausen nicht von der Unruhe im Lande verschont blieb. Nicht zu erwarten war aber, daß die Festivalleitung so ungeschickt und autoritär auf filmische Provokationen reagierte. Denn dieses Festival galt bis vor kurzem selbst noch als Provokation für die Bundesregierung, es war als „rot“ verschrien, nur weil hier immer die sozialistischen Länder einschließlich der DDR ihre Filme zeigen konnten. Dafür sperrte die Regierung dem Festival notwendige Zuschüsse – bis zum letzten Jahr. Und nun ist man dankbar und ein „braves Kind“, wird um des finanziellen Druckes wegen verlängerter Arm der Zensur. Der Stein des Anstoßes war der Kurzfilm „Besonders wertvoll“ von Hellmuth Costard. Die Auswahlkommission hatte den Film für den Wettbewerb ausgewählt, die Festivalleitung hatte dies öffentlich bestätigt. Zwei Wochen später jedoch, am ersten Festivaltag, schloß die Leitung den Film aus dem Wettbewerb aus. Mit der folgenden Begründung: das Publikum müsse vor dem Tatbestand der Beleidigung geschützt werden (ein Penis spielt die Hauptrolle in diesem Film); der Staatsanwalt habe sich gemeldet; die Geldgeber hätten sie unter Druck gesetzt.

Die Festivalleitung befand sich zweifelslos in einer Zwangslage, denn dieser Film zwang vor allem, Farbe zu bekennen, Stellung zu beziehen. Und zwar gegen den veralteten und überholten Paragraph 184 „gegen die Verbreitung unzüchtiger Schriften und Bildwerke“ und gegen die Entmündigung des Publikums und gegen die Abhängigkeit von den finanziellen Druckmitteln der Geldgeber. Doch die Festivalleitung gab klein bei, sie war bereits in die autoritären Strukturen unseres Staates integriert.

Die Zusammenhänge wurden später noch deutlicher. Zweiundzwanzig junge deutsche Filmern zogen aus Protest gegen diese Entscheidung und aus Solidarität mit diesem Film ihre eigenen Filme aus dem Wettbewerbsprogramm zurück. Sie wollten ihre Filme (einschließlich „Besonders wertvoll“) in einer eigenen Veranstaltung vorführen. Zuerst in einem Kino in Oberhausen. Jedoch Herr Pesch, der Kino-Monopolist in dieser Stadt, – und er war stolz darauf, ein Monopolist zu sein – weigerte sich und verhinderte durch Telefonate auch Vorführungen in den Kinos anderer Städte. Dann meldete sich die Stadt Wattenscheid und meinte, sie sei mutig genug, die Filme vorzuführen, auch wenn fünf Staatsanwälte kämen, wichtiger sei die Freiheit der Kunst. Alles war klar, jedoch zwei Stunden vor der Veranstaltung lehnte der Oberstadtdirektor „aus technischen Gründen“ ab (es gebe Nachschlüssel zur Stadthalle und so sei die Geschlossenheit der Vorführung nicht zu si-

chern). Vorher hatten sich bei der Stadt Wattenscheid Geldgeber aus der Landeshauptstadt Düsseldorf gemeldet. Dann gelang die Vorführung schließlich in den Räumen der Ruhr-Universität. Der Staatsanwalt kam zwar, aber zu spät, und so ist ein Verfahren „wegen Verbreitung unzüchtiger Filme“ zu erwarten. Dieses Sonderprogramm der zweiundzwanzig jungen deutschen Filmern war zweifellos das beste und interessanteste der Kurzfilmtage. In diesem Programm präsentierte sich das „andere Kino“, der deutsche „Untergrund-Film“. Er hat sich um eine Hamburger Gruppe kristallisiert und ist mit diesem Eklat in Oberhausen an die breiteste Öffentlichkeit getreten.

Diese Jung-Filmer wollen provozieren, sie wollen weg von den falschen, glatten, geleckten Filmen, vom Diktat der technischen Provokation. Sie wollen lebendige Filme, die die Zuschauer aus ihrer Gelassenheit reißen. Diese Ruhe-Störung ist durchaus politisch gemeint. „Besonders wertvoll“ war so ein politischer Film, sein Ziel war politische Provokation mit obszönen Mitteln, und er hat es erreicht: indem er zur Stellungnahme, zur persönlichen Entscheidung zwang, indem er die gesellschaftlichen Repressionsmittel, die wirtschaftliche und politische Zensur bewußt machte und offenlegte. Aber auch die anderen Filme der Gruppe sind im weitesten Sinne politisch, indem sie die Zuschauer aus ihrer Identität reißen, sie nicht ruhig zu Bett gehen lassen: Werner Nekes (24) mit irritierenden Filmexperimenten; Thomas Struck (25) mit einer filmischen Unbekümmertheit, die die ganze Leblösigkeit der Filmindustrie enthüllt; Klaus Wildenhahn (38) mit präzisen Dokumentarfilmen („In der Fremde“), Lutz Mommartz (34) allein schon mit der Tatsache, daß auch Oberinspektoren in ihrer Freizeit gute Filme drehen können.

Der deutsche „Untergrund-Film“ ist eine Provokation: für die Filmwirtschaft, denn sie wird einfach nicht mehr zur Kenntnis genommen; für die Filmkritik, denn sie wird diesen Filmen mit ihren alten Begriffen nicht mehr beikommen; für die Politiker, denn die jungen Filmern werden ihre Filme ohne Bewertungsstelle und Selbstkontrolle drehen; für die Zuschauer, denn ihnen wird keine Unterhaltungskost mehr geboten.

Diese Filme kann man ausleihen über die „Cooperative unabhängiger Filmern“, 2 Hamburg 36, Brüderstraße 5. Sie kosten im Durchschnitt pro Vorführminute DM 3,00. Es sind neue, es sind andere Filme als die Streifen der Traumfabrik.

Außerhalb des Programms

Adelante

Adelante zeigt Dokumente zum spanischen Widerstand. Gespräche mit Studenten, Priestern, Arbeitern und Gewerkschaftlern in Spanien. Lange und intensive Gespräche über die ideologischen Positionen der Widerständler und über politische und gewerkschaftliche Aktionen in den illegalen Arbeiter-Räten, den Comisiones Obreras. Dieser Film von Bernhard Schütze (Musik Juan und Rosé) zeigt deutlicher und bewußter als alle Fernsehdokumentationen, wie sich in Spanien die aktive Widerstandsbewegung gegen die faschistische Diktatur formiert hat, mit welchen Schwierigkeiten sie zu kämpfen hat, welche Erfolge sie schon aufweist. Ein ehrlicher und aufmerksamer Film, ein unbedingt klarer und schöner Film. (Zum Ausleihen nachfragen bei: Luy Tratter, Frankfurt, Oberlandau 107).



Hanoi, Dienstag den 13.

Hanoi, Dienstag den 13., ein kubanischer Dokumentarfilm über Nordvietnam, wurde schon in Leipzig gezeigt und dort prämiert. Eine überzeugende und unaufdringliche Dokumentation des Widerstandes der nordvietnamesischen Bevölkerung. Bilder aus dem Alltag gehen über in die Schilderung eines Bombenangriffes. Dazu kein Kommentar, allenfalls sparsame Musik. Allein als Rahmen wird ein Vietnam-Reisebericht des kubanischen Schriftstellers José Martí aus dem Ende des 19. Jahrhunderts vorgelesen. Diese Worte verleihen den Bildern eine historische Dimension, sie veranlassen den Zuschauer nachzudenken, sie zeigen ihm, daß der Befreiungskampf in Vietnam nicht ein politisches Zufallsprodukt ist, sondern eine geschichtliche Etappe auf dem Weg zur Selbstbestimmung. Ein bewußt „parteilicher“ Film.



Kursbuch 12 1968

Der nicht erklärte Notstand

Dokumentation und Analyse
eines Berliner Sommers von
Peter Damerow, Peter Furth,
Odo v. Greiff, Maria Jordan
und Eberhard Schulz

Polizei I:
An der Bürgerkriegsfront,
»Die permanente Notwehr«

Politik an der
Freien Universität

Polizei und
demonstrierende Minderheit.
Zur Vorgeschichte
des 2. Juni

Rekonstruktion
einer Räumung

Polizei II:
Projektion und Provokation

Polizei III:
Konforme Kriminalität

Volkes Stimme

Justiz

Nachbemerkung

Suhrkamp

Millionen sind stärker als Millionäre

Das offizielle Programm

Millionen sind stärker als Millionäre. Dieser Film ruft zum Widerstand gegen die Notstandspläne der Bundesregierung auf. Ein unbedingt notwendiger und politisch wichtiger Film. Er wurde hergestellt von der Münchener Gruppe „Das Team“ (Regie: Franz X. Stötzinger, Manfred Vosz; Text: Friedrich Hitzer, Christian Geißler). ELAN-Leser kennen sie als Mitarbeiter dieser Zeitschrift. Dieser Notstandsfilm zeigt die Verbindung der Regierungspläne mit Neofaschismus und Militarisierung, er zeigt die geschichtlichen Parallelen zum hitlerischen Ermächtigungsgesetz. Dieser Film wagt nicht mehr ab, er reflektiert nicht mehr, weil einfach keine Zeit mehr ist, zu reflektieren. Es ist die Zeit, Position zu beziehen, konkret gegen die Pläne anzugehen. Und dazu dient dieser Film: als Appell an das eigene politische Engagement. Darum sollte er überall gezeigt werden: in den Jugendclubs, in der Gewerkschaftsjugend... (über: Manfred Vosz, 8 München 23, Kaiserstr. 51).

Ohne die zurückgezogenen deutschen Filme waren die Kurzfilmtage in Oberhausen schwach und farblos. Die Preise und Prämien waren eher eine Verlegenheitslösung. Den Preis für das beste und vielseitigste Länderprogramm erhielt Jugoslawien. Das wohl zu recht. Den Großen Preis für den besten Experimentalfilm wurde „Off on“ (USA) zugesprochen, eine ästhetische Farbspielerei, aber nicht progressiv. Die Trickfilme bewiesen immer mehr, daß sie zur Zeit über harmlose Gags und intellektuellere Walt-Disney-Imitationen nicht hinauskommen. Bei den Dokumentarfilmen fiel vor allem „Die sechste Seite des Pentagon“ von Chris Marker auf, eine subtile Dokumentation des amerikanischen Widerstandes gegen den Vietnamkrieg. Dieser Film erhielt den Preis der Filmjournalisten. Von den deutschen Filmen, die im offiziellen Programm verblieben waren, wurde allein ein Film von Werner Herzog prämiert (Letzte Worte“). Der Kurzfilm ist eine fiktive Dokumen-

tation über einen Mann, der bis zuletzt auf einer ehemaligen Lepra-Insel lebte und sich nun weigert, noch etwas zu sagen, nicht einmal das Wörtchen „nein“. Ein eigenwilliger und interessanter Film. Um so erstaunter ist man, wenn man hört, daß dieser junge Regisseur (25) nun einen Spielfilm beendet hat und die Verleihe sich weigern, den Film zu vertreiben. Diese Tatsache macht deutlich, wie verfilzt die deutsche Filmindustrie noch ist. Sie zeigt, daß der sogenannte „junge deutsche Film“ wahrscheinlich nur eine „Scheinblüte“ war und an der Produktionsstruktur nichts geändert hat. Um so notwendiger erscheint also der Weg, den die Hamburger gegangen sind, der Weg in den „Untergrund“, in den bewußten Widerstand.



We like Beech-Nut,



denn Beech-Nut ist ganz große Klasse. Schmeckt genauso wie in U.S.A. Kein Wunder - er wird nach Original-U.S.A.-Rezept hergestellt.



BEECH-NUT KAUGUMMI





Lieder der Sowjet union

Sowjetischer Armeechor in Paris
(Leitung: Boris Alexandrow):
Vol. 1, LDX-S 4260, 30 cm, DM 18,—
Vol. 2, LDX-S 4274, 30 cm, DM 18,—
Vol. 3, LDX-S 4290, 30 cm, DM 18,—

Chöre der sowjetischen Flotte
(Leitung: Bogolepow):
LDX-S 4231, 30 cm, DM 18,—

EP 3.055, 17 cm, DM 8,—

Chöre der Wolga:
LD-S 4.164, 25 cm, DM 15,—

Lieder und Tänze aus Armenien:
LD-S 4.195, 25 cm, DM 15,—

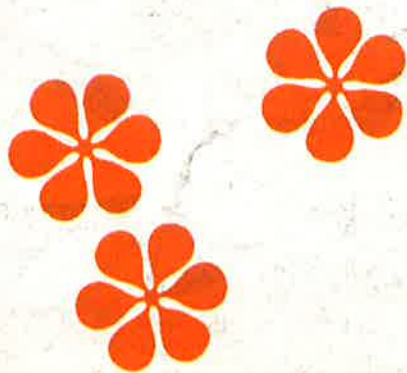
Lieder aus dem sowjetischen
Orient:
LD-S 4.224, 25 cm, DM 15,—

Lieder und Tänze der Ukraine:
LD-S 4.225, 25 cm, DM 15,—

Kinderlieder aus der Sowjetunion:
LDY 4.100, 17 cm, DM 8,—

Diese Platten sind nur noch in
geringer Auflage vorhanden.

Bestellungen



Folksongs

Judy Collins (mit Jim McGuinn)
LDX-S 4.324, 30 cm, DM 18,—

Peggy Seeger: Felsen von Ken-
tucky
LDY 4.154, 17 cm DM 8,—

WESTERN STORY — Frontier
Ballads by Pete Seeger
FWX-M 55.003, 30 cm, DM 18,—

FOLKSONG SELECTION — Tradit-
ional and Western, Rhythm and
Blues

(Pete Seeger, Cisco Houston,
Leadbelly, Big Bill Broonzy,
Champion Jack Dupree u. a. m.
FWX-SP 1.601, 30 cm, DM 18,—

Amerikanische Folklore mit Pete
Seeger, Cisco Houston, Sonny
Terry, City Ramblers u. a. m.
K 54, 30 cm, DM 18,—

Lieder und Tänze Bulgariens
LDY 4030, 17 cm, DM 9,—

Lieder und Tänze Rumäniens
LDY 4028, 17 cm, DM 9,—

Lieder und Tänze Ungarns
LDY 4038, 17 cm, DM 9,—

Lieder aus Vietnam
LDY 4046, 17 cm, DM 9,—

Lieder und Tänze Lateinamerikas
(u. a. Argentinien, Bolivien, Brasi-
lien, Mexico)
LD/S 4208, 30 cm, DM 19,—

Lieder von Mikis Theodorakis
LDX/S 4327, 30 cm, DM 19,—

Weltkreis verlags- GmbH.

Schallplatten vertrieb



Revolutions lieder

Lieder des spanischen Bürger-
krieges
LDX-S 4279, 30 cm, DM 19,—

Kubanische Revolutionslieder
LDX-S 4288, 30 cm, DM 19,—

Mexikanische Revolutionslieder
LDX-S 4309, 30 cm, DM 19,—

Lieder der FNL Südvietnam
LDX-S 4316, 30 cm, DM 19,—

Revolutionslieder
(u. a. Marseillaise, Internationale)
EP-45 3001, 17 cm, DM 9,—

Lieder der Freiheit — Die Ge-
schichte Frankreichs im Chanson
(1789—1848—1871)
LDX - S 4336, 30 cm, DM 19,—

Weiterhin zu beziehen: Folklore
aus fast allen Ländern der Erde.

**6000
Frankfurt/
Main
Robert-
Mayer-Str. 50**